

3AL

HOEVER LIBRARY  
2

LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER  
LIBRARY

# Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 6

BERLIN, DEN 8. FEBRUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALEN

## AUS DEM INHALT

Die Sprache der Dreadnoughts / Geschke: Die Reichskonferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter der KPD / Rathbone: Macdonald und die Kontinentalrevolution in China / Pickens: Das Negerproblem / Ordon: Bemerkungen über die Bauernbewegung in Europa / Martynow: Der Zyklus der ideologischen Evolution — geschlossen / Meschtscherjakow: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das Finanzkapital

In die Postzeitungsliste eingetragen

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 6 8. FEBRUAR

## I N H A L T

	Seite
Die Sprache der Dreadnoughts . . . . .	249
Geschke: Die Reichskonferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter der KPD . . . . .	255
Rathbone: Macdonald und die Konterrevolution in China . . . . .	259
Pickens: Das Negerproblem . . . . .	262
Ordon: Bemerkungen über die Bauernbewegung in Europa . . . . .	267
Martynow: Der Zyklus der ideologischen Evolution — geschlossen . . . . .	276
Dubrowski: Die Agrarreformen der Nachkriegszeit . . . . .	285
Meschtscherjakow: Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das Finanzkapital . . . . .	294
Orlowski: Die Komintern und die Landarbeiter . . . . .	302

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	" 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	" 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	" 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar "

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY  
HAMBURG BERLIN

## DIE SPRACHE DER DREADNOUGHTS

Der Weltimperialismus bereitet eine offene militärische Intervention gegen das chinesische Volk vor. Schanghai soll die Basis für einen offenen Angriff auf die nationalrevolutionäre Regierung werden. An der Spitze des Feldzuges steht der englische Imperialismus. Die Voraussetzung der Intervention ist, daß die zwischen den verschiedenen imperialistischen Cliques bestehende Rivalität, die einer Wiederherstellung der konterrevolutionären Einheitsfront in Schanghai im Wege steht, beseitigt wird. Bis zu dem Augenblick, wo dieser Artikel geschrieben wird, gibt es noch keine erschöpfenden Nachrichten darüber, in welchem Maße es der englischen Diplomatie gelungen ist, die Befürchtungen und das Mißtrauen, die Amerika und Japan hegen und die einen militärischen Feldzug der Imperialisten ins Innere Chinas verhindern, aus der Welt zu schaffen. Jedoch läßt sich bereits jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß diese Gegensätze zwischen den Imperialisten an und für sich durchaus nicht ausreichend sind, um den sich vorbereitenden Schlag abzuwenden. Die Räuber können sich über die Teilung der Beute sehr wohl einig werden, falls die werktätigen Massen Chinas durch beharrlichen, ausdauernden Widerstand ihnen nicht einen Strich durch die Rechnung machen und das internationale Proletariat den Imperialisten das über Schanghai drohend erhobene Schwert nicht aus den Händen schlägt.

Als im Mai 1925 die Engländer in Schanghai auf die demonstrierenden Arbeiter und Studenten feuerten, wurde Schanghai zum natürlichen Zentrum der revolutionären Bewegung, von dem aus sich in stürmischem Tempo die Wogen des nationalen Befreiungskampfes über ganz China ergossen. Diese Wogen brachten sogar die in revolutionärem Sinne rückständigsten Massen des chinesischen Volkes in Bewegung und ließen die revolutionäre Freiheitsbewegung in China zu einer bis dahin noch nicht dagewesenen Höhe anschwellen.

Gegenwärtig gestaltet sich die Lage so, daß sich die allgemeine Aufmerksamkeit erneut auf Schanghai richtet, daß erneut Ereignisse heranreifen, die die gesamte chinesische revolutionäre Bewegung sowie die gesamte Weltgeschichte aufs tiefste beeinflussen müssen. Die Aufmerksamkeit sowohl der revolutionären Arbeiterklasse als auch der imperialistischen Räuber konzentriert sich auf jenes riesige Industrie- und Handelsgebiet Chinas, von dessen Besitz faktisch das Schicksal des Imperialismus in China abhängt. Wenn Schanghai in den Händen der imperialistischen Räuber bleibt, so bedeutet das für sie die Möglichkeit, ihre Herrschaft in China weiter aufrecht zu erhalten, die Möglichkeit, auch weiterhin mehr oder weniger erfolgreich die in erster Linie gegen den Imperialismus gerichtete revolutionäre Bewegung zu bekämpfen. Der Verlust Schanghais bedeutet dagegen, daß das Schalten und Walten der Ausländer in China sich seinem unabwendbaren Ende nähert.

Es leuchtet deshalb ohne weiteres ein, daß die Kabinette aller, in irgendeiner Weise an China interessierten imperialistischen Mächte fast ununterbrochen tagen und Mittel und Wege suchen, um dieses Ende wenigstens

noch auf einige Zeit fernzuhalten, bzw. wenigstens Palliativmaßnahmen ausfindig zu machen, die es ermöglichen würden, dieses wichtige Zentrum des Industrie- und Handelslebens Chinas weiter in imperialistischem Besitz zu halten.

Die Maßnahmen jedoch, die früher in den Händen eben dieser englischen Imperialisten ein Allheilmittel gegen alle Arten von Uebel waren, erweisen sich gegenwärtig in China bereits nicht mehr so wirksam. Seitdem der große Schanghaier Streik im Mai 1925 Großbritannien anschaulich zeigte, daß sich durch die früheren Methoden, nämlich durch den Einsatz eigener bewaffneter Kräfte, nur entgegengesetzte Resultate erreichen lassen, erfuhr die Taktik der Imperialisten in China starke Veränderungen. Stärker als bisher traten „nationale“ chinesische Kräfte hervor, die dazu bestimmt waren, die Revolution niederzuschlagen, wobei die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund bleiben sollten. Sun Tschuan-fang sollte die „nationalen“ chinesischen Interessen gegen den Vormarsch der „Bolschewiki“ des Südens verteidigen, Wu Pei-fu hatte Zentralchina zu schützen, während Tschang Tso-lin die Ehrenrolle eines Schutzengels des geheiligten Eigentumsrechtes im Norden übertragen wurde. In gewissem Grade teilte diese Lorbeeren mit ihm sein Agent Tschang Tsu-tschan in Schantung. Diese Kräfte sollten die Schutzwehr der imperialistischen Herrschaft in China bilden, einen Staudamm gegen das wuchtige Vordringen der revolutionären Welle. Natürlich verfolgten diese Generale auch ihre persönlichen Interessen, wodurch sie sich manchmal von ihren faktischen Drahtziehern entfernten. Es gab gewisse Schattierungen in den Stimmungen und in der Politik, im großen und ganzen aber dienten sie objektiv den Grundinteressen ihrer imperialistischen Gebieter.

Dieser Staudamm hat sich nun als unzuverlässig erwiesen. Wu Pei-fu ist nach und nach in der Versenkung verschwunden, nachdem ihm die Kantoner Truppen in Zentralchina eine entscheidende Niederlage beigebracht hatten. Auch Sun Tschuan-fang erlitt eine Niederlage, von der er sich nicht erholen kann. Die ausschlaggebenden Gebiete Zentralchinas wurden von den revolutionären Kantonstruppen besetzt und die revolutionäre Regierung des Südens selbst übersiedelte nach Wutschang, wodurch sie zeigen wollte, daß der Machtkampf zwischen der Revolution und der Konterrevolution sich erst im Anfangsstadium befindet. Dadurch ergab sich sofort eine Ungleichheit der Kräfte. Zwar ist Tschang Tso-lin im Norden unangestastet geblieben, zwar bereitet er sich nach wie vor in verstärktem Maße auf den Zusammenstoß mit den revolutionären Truppen vor, Zentralchina ist aber bereits in den Bereich des revolutionären Südens gerückt, dessen Truppen nach und nach von Tsche-Tsian aus nach Schanghai vordringen, während Sun Tschuan-fang bereits zu schwach ist, um den Kantoner Truppen irgendwelchen entscheidenden Widerstand leisten zu können.

Es war also vergeblich, auf die „nationalen“ reaktionären Kräfte in Zentralchina gegenwärtig setzen zu wollen. Wenn die Imperialisten ihre „Errungenschaften“ nicht verlieren wollten, so mußten sie, um die Entwicklung und Ausdehnung der revolutionären Bewegung in China wenigstens einigermaßen aufhalten zu können, andere Maßnahmen treffen und eine andere Taktik wählen. Es kam infolgedessen zu dem schlaun Manöver des englischen Imperialismus — dem berühmten Memorandum, das gerade

diese Ziele verfolgte und außerdem den Zweck hatte, den reaktionären Kräften Chinas die zum Kampf erforderlichen Mittel zu verschaffen. Die chinesischen Arbeiter und Bauern jedoch, und sogar jener Teil der chinesischen nationalen Bourgeoisie, der auf Seiten der nationalen Befreiungsbewegung steht und für den in der Hauptsache das „berühmte“ Memorandum verfaßt worden war, sind aufgeklärt genug, um zu wissen, was sie von den verschiedenen Memorandums zu halten haben, die von den Imperialisten stets dann herausgegeben werden, wenn ihnen das Wasser bis zum Halse steht. Das Memorandum wurde sofort dechiffriert und zeitigte nicht jene moralische Wirkung, auf die die Weisen des Foreign Office gerechnet hatten. Außerdem stieß dieses Memorandum auf einen derart heftigen Widerstand seitens der anderen Imperialisten, daß der Idee der Einheitsfront aller Imperialisten gegen das revolutionäre China sofort ernsthaft Abbruch getan wurde. Auch zeitigten die Versuche, den „Schutz des Lebens und des Eigentums der Ausländer“ als Vorwand zu benutzen, um einen Zusammenstoß mit den revolutionären Behörden Hankaus zu provozieren, ein ganz unerwartetes Resultat. Die revolutionären Regierungsorgane besetzten das englische Konzessionsgebiet in Hankau, wobei es zu keinerlei Zwischenfällen kam, mit denen man künftig die neuen „Arbeitsmethoden“ der Imperialisten in China hätte rechtfertigen können.

Sämtliche Methoden, zu denen die Imperialisten und besonders England, als die meist interessierte Macht in China, ihre Zuflucht nahmen, haben somit — um nicht mehr zu sagen — zu keinerlei Erfolgen verholfen. Diese Versuche haben die revolutionäre Bewegung lediglich noch mehr erstarken lassen, haben sie noch weiter vertieft. Die mit dem Hankauer Konzessionsgebiet gemachte Erfahrung aber zeigt, was sich in Schanghai ereignen kann, wenn es von revolutionären Truppen besetzt wird. Schanghai aber ist, wie wir bereits ausgeführt haben, jenes Zentrum, dessen Verlust für die Imperialisten ein sehr nahes Ende ihrer Herrschaft in China bedeutet. Wir wollen diese Bedeutung Schanghais mit einigen Zahlen illustrieren. Nachstehend bringen wir eine Uebersicht über die ausländische Einfuhr nach Schanghai im Vergleich zu den anderen wichtigsten Hafenorten Chinas\*. (In Haikwan Taels.)

	1923	1924	1925
Hankau . . . . .	38 551 704	60 713 522	54 015 064
Kanton . . . . .	73 846 423	54 019 748	40 430 586
Tientsin . . . . .	76 178 355	76 132 448	85 087 916
Dairen . . . . .	68 416 348	77 160 431	77 991 545
Schanghai . . . . .	417 870 452	483 469 942	431 887 836

Wenn wir in Ergänzung dieser Ziffern darauf verweisen, daß die gesamte Einfuhr nach China aus ausländischen Staaten im Jahre 1923 — 948 633 920 H. Taels ausmachte, im Jahre 1924 — 1 039 102 156 Taels und im Jahre 1925 — 965 090 593 Taels, so ergibt sich ein durchaus klares Bild. Ueber Schanghai geht fast die Hälfte der gesamten Einfuhr Chinas aus dem Auslande; es ist somit ein riesiger Verteilungspunkt, von dem aus sich der Einfluß der ausländischen Imperialisten auf ganz China erstreckt. Es ist daher natürlich, daß gegenwärtig, wo die Gefahr gerade über diesem Zentrum und über diesem industriellen Knotenpunkt schwebt, alle Anstrengungen Englands darauf gerichtet sind, ihn zu verteidigen und ihn davor zu bewahren, daß sich die

\*) China. The Maritime Customs. Foreign trade of China. 1925. P. II, v. I.

„traurige“ in Hankau gemachte Erfahrung auch in Schanghai wiederholt. Und ausgerechnet in diesem Moment erweisen sich die „nationalen“ militärischen Kräfte, die diesen wertvollen Knotenpunkt England sichern sollten, gefechtsunfähig und außerstande, ihre Aufgabe eines Staudammes gegen die revolutionäre Welle zu erfüllen. Zweifellos verfolgt der englische Imperialismus mit seinen politischen Manövern, seinen Memorandums, der Zusammenziehung der bewaffneten Kräfte sein Hauptziel — den Kampfwillen jener Schichten der nationalen chinesischen Bourgeoisie zu schwächen, die jetzt der nationalen Freiheitsbewegung angeschlossen sind, sie durch die englische bewaffnete Macht einzuschüchtern, sie von der Einheitsfront abzuspalten, um dann die Arbeiter und Bauern Chinas zu besiegen.

In dieser Lage beginnt England zu vergessen, daß noch kein Monat seit der Ueberreichung des „berühmten“ Memorandums verstrichen ist, in dem es die Revolutionsregierung und das chinesische Volk seiner Freundschaft versicherte und das Versprechen gab, die berechtigten Forderungen des chinesischen Volkes zu berücksichtigen und in den Fragen der Verletzung der chinesischen Souveränität auf Zugeständnisse eingehen zu wollen — und konzentriert fieberhaft seine Land- und Seestreitkräfte in Schanghai, um es gegen die Einnahme durch die revolutionären Truppen der Kantoner Regierung zu verteidigen. Die englische Regierung begann ihre Truppen und Kriegsschiffe gleichzeitig mit der Ueberreichung des Memorandums abzuschicken, in letzter Zeit aber haben diese Truppensendungen nach China buchstäblich fieberhaften Charakter angenommen. Fast jeder Tag bringt die Nachricht über den Auslauf neuer Kreuzer und Torpedoflottillen aus den verschiedenen Stützpunkten des britischen Imperiums, über die Vorbereitung zur Absendung von Ueber-Dreadnoughts, von Bataillonen und Regimentern, Flugzeugflottillen usw. In den Sitzungen des englischen Kabinetts, die sich mit der chinesischen Frage befassen, wird ein Heer von Fachleuten für die einzelnen Waffengattungen hinzugezogen. Und schließlich bittet die Regierung die Vertreter der parlamentarischen Opposition zu sich, um sie über den Ernst der Lage in China und die von der britischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten. Natürlich geschieht das nicht zu dem Zweck, um etwa Einwände von Macdonald zu hören, sondern dazu, um sich rechtzeitig seine Unterstützung zu sichern — ist doch „das Vaterland in Gefahr“, könnten doch die Fabrikherren von Manchester gewaltige Verluste erleiden. Was kann die Opposition gegen einen Schutz der Taschen und Geldsäcke der Unternehmer einwenden? Der englische Imperialismus kann aus China hinausgeworfen werden — das wäre ein nationales Unglück. Ueberzeugt von der Kraft derart einleuchtender Gründe, verläßt Macdonald betrübt das Ministerium Baldwins, die englischen Kreuzer aber setzen ihre Fahrt nach China fort, die indischen Regimenter bereiten sich vor zur Abfahrt nach Schanghai, und zur Verteidigung Schanghais gegen die Revolution wird ein „Verteidigungskorps“ aus 10 Bataillonen, Artillerie, Hilfstruppen usw. gebildet. Macdonald veröffentlicht eine Erklärung gegen den aggressiven Ton der offiziellen Kundgebungen über die Lage in China, wendet sich aber mit keinem Wort gegen die militärischen Vorbereitungen der englischen Regierung selbst. Der Generalrat und das Exekutivkomitee der Labour Party hüllen sich in Schweigen und unternehmen keinerlei Maßnahmen, um unter den Arbeitern eine Kampagne gegen die militärischen Vorbereitungen der Regierung zu

organisieren. Die Regierung aber ist fieberhaft bemüht, alle imperialistischen Kräfte zur Abwehr der revolutionären Offensive gegen Schanghai zusammenzufassen. Gewisse Ergebnisse hat diese Arbeit bereits gezeitigt. Von allen Seiten werden militärische Kräfte der Mächte nach China abgesandt. Im Hafen von Schanghai liegen 58 ausländische Kriegsschiffe, die in jedem beliebigen Augenblick 5000 Soldaten ans Land setzen können. Unter diesen Kriegsschiffen sind 21 amerikanische und 10 japanische Schiffe. Aus den Philippinen, den Hawai-Inseln und anderen Punkten eilen die Kriegsschiffe nach Schanghai, während in Japan, das geographisch China weit näher liegt, eine genügende Anzahl von Schiffen zur Ausfahrt bereit steht, um den ganzen Hafen von Schanghai zu füllen. Noch nie war die Gefahr der Intervention in China so nah und so real wie augenblicklich, soweit man natürlich bei einem Zustand, wo sich ausländische Kriegsschiffe bereits in vielen Hafenorten Chinas befinden, von einer bloßen „Gefahr“ sprechen kann. Die englische Presse gibt offen zu, daß das einzige Hindernis, das der Anwendung dieser bewaffneten Kräfte gegen die Revolution in China entgegensteht, darin liegt, daß bis jetzt noch kein Einvernehmen zwischen den wichtigsten imperialistischen Mächten herbeigeführt werden konnte. Durch bewaffnete Kraft kann aber die auf Befreiung von der unerträglichen Unterdrückung der Imperialisten gerichtete Bewegung der Millionenmassen nicht vernichtet werden. Hat der erste Zusammenstoß in Schanghai (1925) eine gewaltige Bewegung gegen die Imperialisten zur Folge gehabt und die nationale Freiheitsbewegung auf eine ungeahnte Höhe erhoben, so wird die gegenwärtige Situation mit der Perspektive einer Intervention der Mächte nur ein Resultat haben: die endgültige Vernichtung der Imperialisten in China, was für Kombinationen sie auch unternehmen mögen.

Der englische Imperialismus ist überzeugt, daß er in Schanghai ein Spiel treibt, bei dem er nichts zu verlieren hat. Unabhängig davon, ob es ihm gelingt, die chinesische revolutionäre Bewegung im offenen Kampfe niederzuschlagen, rechnet er darauf, allein schon durch die Tatsache einer gewaltigen militärischen Demonstration die Kräfte der nationalrevolutionären Bewegung zu untergraben, Spaltung in ihre Reihen zu tragen, die Mukdener Konterrevolution zu stärken und auf diese Weise seinen schwindenden Einfluß in China zu befestigen. Die englische bürgerliche Presse berichtet zynisch-prahlerisch davon, daß eine ganze Armee nach Schanghai transportiert werden soll, und daß an ihrer Spitze der General Duncan stehen werde, der ehemalige Agent der englischen Regierung beim Stab der Denikin-Armee, und betont dabei, daß man jetzt bestimmt mit dem Ende „des über zwei Wochen dauernden Tourniers O'Malley—Tschen“ rechnen könne. Bekanntlich sollte der in Hankau von den Engländern organisierte wirtschaftliche Boykott, die Schließung der Banken und aller Handelsunternehmungen zu demselben Ziel führen, nämlich dazu, die nationale Regierung zu terrorisieren und Verwirrung in den Reihen der Armee zu stiften. Die englischen Chinafachleute versicherten ihren Lesern, die Schließung der Englischen Bank in Hankau werde zur Folge haben, daß das gesamte Handelsleben bis zur Jangtse-Linie in Chaos gerät und Unruhen in den Truppen ausbrechen, deren Sold man nicht rechtzeitig werde auszahlen können. Jetzt, da diese Provokation mißlungen ist, wollen die Organisatoren der Intervention dies auf eine andere Art verwirklichen. Sie rechnen darauf.

daß die nationalrevolutionäre Regierung, terrorisiert und erpreßt durch die Drohung mit der Intervention, Zugeständnisse machen und vor den Imperialisten kapitulieren wird, obwohl diese durchaus nicht etwa Sieger sind, sondern Räuber, die in letzter Zeit in China eine Niederlage nach der anderen erlitten haben. Sie rechnen darauf, daß die Perspektive der offenen Intervention vor allem jene verkappte Intervention verstärken wird, die die Imperialisten nach wie vor betreiben, indem sie die konterrevolutionäre Armee Sun Tschuan-fangs und Tschang Tso-lins mit Waffen, Geldmitteln und Offizieren versorgen. Schließlich hoffen sie darauf, daß bereits die Gefahr eines Zusammenstoßes mit dem bis an die Zähne bewaffneten Weltimperialismus in dem weniger widerstandsfähigen rechten Flügel der nationalrevolutionären Bewegung Schwankungen, vielleicht sogar eine Panik hervorrufen wird. Natürlich schließt all das nicht aus, daß die Imperialisten im geeigneten Augenblick mit ihrer ganzen militärischen Uebermacht über die chinesische Revolutionsarmee herfallen und versuchen, sie im offenen Kampf zu vernichten.

Das sind die Pläne der Imperialisten. Sie beruhen auf der Ueberzeugung, daß das internationale Proletariat den imperialistischen Räubern gestatten wird, ihre Absichten gegenüber der chinesischen Revolution zu verwirklichen. Ein unentbehrlicher Bestandteil dieser Verschwörung ist die Verleumdungskampagne gegen die chinesische Revolution, die zur Zeit in der gesamten bürgerlichen Presse geführt wird, sowie das unehrliche Doppelspiel der reformistischen Führer, das auf der Ausnutzung dieser Verleumdungskampagne aufgebaut ist. Weiter unten wird der Leser einen Artikel über den Macdonaldismus finden, der unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirksamste Form der Unterstützung der gegen China gerichteten Pläne der Bourgeoisie ist. Die „wohlgemeinten“ Ratschläge Macdonalds an die Adresse der Revolutionsregierung, bei den Verhandlungen mit den Engländern sei Nachgiebigkeit und Verständigungsgeist geboten, sind dazu bestimmt, die Verantwortung für die Intervention auf das chinesische Volk abzuwälzen. Die Führer des Reformismus möchten die chinesische Revolution vernichten und raten ihr, sich auf Gnade und Ungnade dem Kampfgenossen Denikins, General Duncan, auszuliefern.

Dem internationalen Proletariat hat man den Fehdehandschuh hingeworfen. Es muß darauf reagieren, indem es all seine Kräfte anspannt, entschlossen die Intervention bekämpft und bereit ist, keine Opfer zu scheuen, um der chinesischen Revolution um jeden Preis wirksame, aktive Hilfe angedeihen zu lassen. In diesem Kampf müssen alle Arbeiterorganisationen, alle ehrlichen antiimperialistischen Bevölkerungsschichten hineingezogen werden. Die kommunistischen Parteien müssen durch entschlossene Anwendung der Einheitsfronttaktik erreichen, daß das Doppelspiel und die Sabotage der reformistischen Führer bloßgestellt wird und die breiten Massen sich an einer Kampagne beteiligen, deren Losung heißt: „Hände weg von China“.

Den Matrosen und Soldaten, die man nach Schanghai schickt, muß klar gemacht werden, daß der Sieg der Imperialisten in China den Sieg des Faschismus im internationalen Maßstab sowie einen noch schonungsloseren, noch brutaleren Angriff des Kapitals gegen die Arbeit in allen kapitalistischen Ländern, in erster Linie in England, bedeuten würde.

Der Weltimperialismus glaubt, daß er ein risikoloses Spiel treibt, wenn er das chinesische Volk erpreßt, terrorisiert und mit Feuer und Schwert zu unterdrücken sucht. Er muß eines Besseren belehrt werden. Der Politik der imperialistischen Räuber muß in Schanghai ein entscheidender Schlag versetzt werden.

#### O. GESCHKE :

### DIE REICHSKONFERENZ DER VERANTWORTLICHEN PARTEIARBEITER DER KPD

Die Konferenz, die am 13./14. Januar 1927 getagt hat, gewinnt eine besondere Bedeutung als Auftakt zu dem am 2. März beginnenden Parteitag der KPD. Sie gibt in ihrer Zusammensetzung, in ihrem ganzen Verlauf ein Bild der Entwicklung der Partei seit Erscheinen des „Offenen Briefes des EKKI“ im September 1925, zeigt uns, welche dort gestellten Aufgaben erfüllt sind und welche Perspektive wir dem 11. Parteitag geben können.

Was ist eine Reichskonferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter? Eine beratende Körperschaft, zusammengesetzt aus den politischen Sekretären, den politischen Redakteuren, den Org.- und Gewerkschaftssekretären sowie Betriebsdelegierten aus den 28 Bezirken der deutschen Partei. In dieser Zusammensetzung zeigte sich schon ein großer Fortschritt seit dem 10. Parteitag, besser gesagt, seit dem Erscheinen des „Offenen Briefes“. Bisher hatten wir den Zustand, daß jede Zentrale, ob „Brandler“- oder „Fischer“-Zentrale, ihren besonderen Funktionärstab hatte. Zum Beispiel standen in der Zeit des Fischer-Scholem-Regimes alle Hauptfunktionäre der „Brandler-Zentrale“ gewissermaßen z. D., zur Disposition. Diese Parteiarbeiterkonferenz wies ehemalige Funktionäre unter Brandler sowie unter Fischer auf; dazu ist ein neuer Kader von Funktionären durch die jetzige Zentrale der Partei herangebildet, in die verantwortliche Arbeit hineingezogen worden. Schon dies beweist, daß seitens der Parteileitung ernsthaft an der Verwirklichung einer Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in und durch alle Organisationen der Partei gearbeitet wird. Weiterhin hat aber die sehr breit gepflegte innerparteiliche Diskussion bewiesen, daß nicht nur der obere, sondern auch der gesamte Funktionärkörper der Partei in seiner Zusammensetzung der Forderung des „Offenen Briefes“ entspricht. Wenn — wie die Scholem und Genossen behaupten — dies durch die Tatsache des Ausschlusses von 1300 Parteimitgliedern\*) ad absurdum geführt wird, so galt es doch für die Partei, als Sektion der Kommunistischen Internationale, den linken Fraktionsmachern zum Trotz in ein anderes Verhältnis zur Komintern und zur leninistischen Theorie zu kommen.

\* Zur Behauptung der Scholemiten über den Ausschluß von 1300 Mitgliedern sei nur festgestellt, daß Scholem diesen Beweis nie wird erbringen können. Diese seine Behauptung wird nicht wahrer, wenn er sie immer und immer wiederholt, wie es auch vor der Kommission des 7. Plenums der Erweiterten Exekutive geschah.

Feinde der Komintern, die gar zu gern wieder die „gute, alte Zeit“ ihres Regimes, ihrer doppelten Buchführung herbeiführen möchten, die den Gesundheits- und Aktivisierungsprozeß mit allen Mitteln stören, mußten — um der Partei willen — entfernt werden.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die Gruppe Urbahns-Scholem-Fischer-Schlecht, die durch letzteren auf der Konferenz vertreten wurde. Seine Ausführungen gipfelten in der Behauptung, daß

„die Exekutive die Aufgabe gehabt hätte, einmal wirklich die grundlegenden Probleme Sowjetrußlands klarzulegen, um an Hand dieser Probleme die internationale Arbeit aufzeigen zu können.“

Genosse Schlecht hat anscheinend die ganze Diskussion über „die russische Frage“ nicht verfolgt, aber er hat fleißig und immer „Stellung genommen zu den russischen Problemen“. Frisch-fröhlich diskutiert er drauf los und betet, den Standpunkt der Exekutive der KI und des ZK der KP der SU entstellend, den Genossen Trotzki und anderen Führern der Opposition folgendes nach:

„Wenn der Sozialismus in einem Lande aufgebaut werden kann, ohne daß, wie Marx sagt, es notwendig ist, daß höher entwickelte Industrieländer mithelfen, dann bedeutet das, daß diese Aufbauperiode Jahrzehnte dauern muß und daß man der Auffassung ist, daß während dieser Zeit es zu irgend welchen Erhebungen nicht kommen kann und wird.“

Die Reichskonferenz quittierte diese frei erfundenen Phantasien mit lebhaftem „Hört, hört!“. Doch Schlecht spinnt seinen schlechten Faden weiter:

„Wenn man dieser Auffassung ist, dann bedeutet das natürlich, daß man auch seine Maßnahmen, seine wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen darauf einstellen muß, daß man versuchen muß, diese Periode dadurch zu überbrücken, daß man in den verschiedenen Ländern versucht, durch reformistische Maßnahmen den Kurs einzuhalten, um die scharfen Gegensätze in dieser Weise zu überbrücken.“

Womit Schlecht die Ursachen des „Opportunismus und Reformismus der Kommunistischen Internationale“ auf Grund seines Studiums der russischen Probleme klarlegt. Zur Verhinderung der Liquidierung der Kommunistischen Internationale empfiehlt er in seiner Resolution die Wiederaufnahme aller zu Unrecht ausgeschlossenen Linken, also aller Unschuldslämmer von Katz bis Scholem. Genosse Schlecht blieb allein auf weiter Flur mit seiner Resolution. Kein einziger Delegierter schloß sich ihm an.

Die einmütige Ablehnung des Schlechtschen Standpunktes und die Annahme der Resolution des ZK zum Bericht über die 7. Erweiterte Exekutive, die mit 200 gegen 4 Stimmen erfolgte, zeigt die Einflußlosigkeit des ultralinken Liquidatorentums. Die vier Gegenstimmen wurden von der Weber-Gruppe abgegeben, dabei ist beachtenswert, daß ein Mannheimer Genosse aus dem Betrieb, trotzdem er zur Opposition gehört, sich der Stimme enthielt.

Welchen Standpunkt entwickelt der Genosse Weber? Sowohl in seiner Rede wie in seiner vorgelegten Resolution bezichtigt er den Genossen Bucharin und das Plenum der 7. Erweiterten Exekutive der „mangelhaften Analyse der weltwirtschaftlichen Lage“, durch die die falsche Schlußfolgerung einer kapitalistischen Stabilisierung erwächst. Er behauptet: „Wir befinden uns in absolut objektiv revolutionärer Situation“ und verweist dann auf die „Plattform der Weddinger Opposition zur 7. Erweiterten Exekutive der Komintern“.

Die Partei wird sich, trotzdem die noch am meisten mit den Arbeitern

verwachsene Weber-Gruppe durch breiteste Diskussion und ideologische Aufklärung eingedämmt und dezimiert wurde, nicht dem Irrglauben hingeben dürfen, daß diese linken Stimmungen und ihre Gruppierungen schon überwunden sind. Diese Stimmungen werden genährt werden durch die kleinsten opportunistischen Fehler, die von irgendeinem Genossen in irgendeinem Nestchen gemacht und dann sofort von der Opposition als ein „charakteristisches Zeichen des rechten, opportunistischen ZK und der gesamten Partei“ hingestellt werden.

Die Weddinger Opposition verlangt in ihrer Plattform „die praktische Verwirklichung der Parteidemokratie“. Sie wendet sich dagegen in ihrer Resolution gegen die Entscheidung der 7. Erweiterten Exekutive in Sachen Brandler und Thalheimer. Sie

„protestiert mit aller Schärfe gegen diese offene Rehabilitierung der beiden Hauptschuldigen des Oktober 1923, die überdies bis heute noch kein Eingeständnis über ihre fehlerhafte Politik abgelegt haben, also auf diesem Fehler beharren.“

Denselben Standpunkt nahmen noch Genossen aus einzelnen Bezirksorganisationen der Partei ein. Sie übersahen dabei, daß die disziplinarischen Maßnahmen gegen die Genossen Brandler und Thalheimer nur wegen ihrer fraktionellen Betätigung ausgesprochen wurden, daß aber heute noch wie 1924 die Komintern auf der Verurteilung der von ihnen im Jahre 1923 gemachten politischen Fehler steht.

Im „Offenen Brief des EKKI“ wurde besonders betont, daß im Zusammenhang mit der inneren Parteidemokratie „die Heranziehung neuer Kräfte, darunter auch der besten Mitglieder der ehemaligen Opposition, die der Komintern und der Partei treugeblieben sind“, eine Notwendigkeit wird. Und hier hat die Reichskonferenz einen großen Schritt vorwärts verzeichnen können.

In Moskau hat der Genosse Meyer eine Erklärung abgegeben, in der er die politischen Fehler von Brandler und Thalheimer verurteilt und sich bereit erklärt, zusammen mit dem ZK gegen diese und ähnliche Fehler zu kämpfen; sich bedingungslos und vorbehaltlos der Führung des Zentralkomitees der Partei unterordnet und sich verpflichtet, gegen jede Fraktionstätigkeit und irgendwelche Gruppierungen innerhalb der Partei zu kämpfen. Wegen dieser Erklärung erfolgte ein scharfer Vorstoß eines Genossen, der in ihrer Abgabe eine Schwächung des politischen Ansehens des Genossen Meyer sah und erklärte, daß er Meyers Standpunkt weder billigen noch sich demselben anschließen könne. Genosse Meyer betonte in seiner Rede, daß er trotz der Kritik die von einem Genossen geübt wurde, zu seiner Erklärung in Moskau stehe. Worauf es jetzt ankomme, sei, die Konzentration der Partei durchzuführen, um dadurch zu einer stärkeren politischen Arbeit der Partei zu kommen.

Durch diese Erklärung des Genossen Meyer, in der er seine Verurteilung der Fehler des Oktober 1923 wiederholt, wurde einerseits die Abspaltung des Genossen Meyer von der Gruppe der Genossen Brandler-Thalheimer vollzogen, andererseits aber wurde mit ihm auf dem Boden der Politik der Komintern eine vorbehaltlosere und festere Einheit mit dem ZK und der Partei ohne irgendeine Konzession des ZK hergestellt. Die Parteikonferenz zeigte klar, wie weit der Konsolidierungsprozeß der Partei vorgeschritten ist. Jetzt wird es Aufgabe des ZK sein, diesen Prozeß auch in den Bezirken, ja, in

jeder Ortsgruppe weiterzutreiben, auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern stehend, alle Kräfte der Partei zusammenzureißen, um so ihre politische Linie geschlossen und einheitlich und demnach erfolgreicher durchführen zu können. So werden die noch vorhandenen Schwächen und Mängel, vor allem in der Gewerkschaftsarbeit, leichter überwunden, so wird die Stoßkraft der Partei verstärkt werden.

Der weitere Verlauf der Reichskonferenz, vor allem im zweiten Punkt der Tagesordnung: Vorbereitung des 11. Parteitages, bewies, daß im Vordergrund nicht mehr die Diskussion über die innere Parteifrage steht, sondern, daß zu den praktischen Aufgaben von den Genossen sehr ernsthaft Stellung genommen wird. Die Behauptungen der Opposition, daß vor allem der Bezirk Berlin-Brandenburg durch die innerparteiliche Diskussion Mitglieder verloren habe, wurde auf Grund der Abrechnungen widerlegt, aber festgestellt wurde auch, daß die Werbekraft der Partei unter den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern durch das parteifeindliche Auftreten der Ultralinken geschwächt wurde. Damit ist aber nicht gesagt, daß nun die Partei auf jede Selbstkritik (die natürlich etwas ganz anderes als die Handlungen der Katzisten und Scholemiten ist, die bestrebt sind, die Partei zu diskreditieren) verzichten soll. Jedoch auch diese Kritik muß in kameradschaftlichem Geiste und so ausgeübt werden, daß jedem Arbeiter verständlich wird: diese Kritik entspringt einem ausgeprägten Verantwortlichkeitsgefühl der Gesamtpartei als Führerin des Proletariats für die Sache des Proletariats. Solch eine Selbstkritik der Partei wird mögliche Mißverständnisse zwischen Leitung und Massen, zwischen Funktionären und Mitgliedern mit ausgleichen helfen. Je mehr die Masse der Mitglieder an den politischen Entscheidungen der Partei mitwirkt, um so besser wird die Zentralisation der Tätigkeit der Kommunisten, aber auch zugleich die Bildung einer starken, den täglichen Anforderungen gewachsenen Führung ermöglicht. Auch in dieser Frage — der Frage des demokratischen Zentralismus — hat die Partei — wie die Reichskonferenz beweist — gerade auf Grund des „Offenen Briefes“ gute Fortschritte gemacht. Die kommenden Bezirksparteitage und der Reichsparteitag werden in der Herausbildung arbeitsfähiger Leitungen und richtiger Arbeitseinteilung, zwei entscheidende Faktoren für den demokratischen Zentralismus, ganz besondere und äußerst wichtige Aufgaben gestellt bekommen. Die Ausführungen, die diese Punkte berührten, werden abgerundeter auf dem 11. Parteitag in Essen zu stellen sein und müssen zum Teil dort schon durchgeführt werden.

Den Weg zu den Massen hat die Partei nach den Septembertagen von 1925 ebenfalls gefunden. Die Taktik der Einheitsfront wurde mit großem politischen Erfolg angewandt, aber in der organisatorischen Auswertung dieser Erfolge sind große Schwächen und Mängel zu verzeichnen. Das ist wiederholt, wie vorher vom ZK, auch auf der Konferenz zugegeben worden. Aber es wurden darüber hinaus auch positive Vorschläge gemacht, die wiederum unter aktiver Teilnahme der Delegierten diskutiert und so zum Gemeingut aller Delegierten wurden; diese werden nun in ihren Bezirken, ihren Betrieben, ihren Bezirksparteitagen alle Anregungen weitergeben, zum Gemeingut der Gesamtpartei machen. Der 11. Parteitag wird auf Grund dieser Diskussion diese Organisationsschwäche beheben.

So gilt es auch, die Lehren aus dem englischen Bergarbeiterstreik, aus dem Hamburger Hafendarbeiterstreik der Mitgliedschaft einzuimpfen. Diese Lehren sind von ungeheurer Bedeutung für die noch schwache Gewerkschaftsarbeit der deutschen Partei. Im Kampfe gegen die kapitalistische Rationalisierung und ihre Folgen, ebenso in der äußerst wichtigen Frage der Erwerbslosen, der Lohn- und Arbeitszeitfragen, wurden Erfahrungen gesammelt. Diese müssen ausgewertet, für jeden Bezirk, für jede Industriegruppe, für jeden Betrieb konkretisiert werden. Dabei werden die gemachten Fehler, opportunistische Abweichungen, erneut klarzustellen sein.

Der Schwerpunkt der Arbeit der nächsten Wochen wird neben der Erfüllung der täglichen, gegenwärtigen Aufgaben in einer gründlichen Vorbereitung des 11. Parteitages liegen. Diese Arbeit muß sämtliche Mitglieder in ihren Bann ziehen. Die Bedeutung dieses Parteitages geht weit über den Rahmen Deutschlands hinaus. Es wird ein Parteitag von internationaler Bedeutung. Darüber muß sich die deutsche Partei klar sein — die Essener Tagung wird gewissenhaft verfolgt werden von den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern, die heute noch als Sympathisierende außerhalb der Partei stehen, morgen zu Mitgliedern gewonnen werden müssen, die heute als Opposition in SPD und Gewerkschaften sich befinden und für heute und morgen die kameradschaftliche Unterstützung und Führung gebrauchen.

Um den ideologischen Einfluß der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auf breite Massen des deutschen Proletariats zu brechen, ist die Einheitlichkeit, die Konsolidierung, die Konzentration der Kräfte der Partei eine notwendige Voraussetzung. Ebenso notwendig ist die Schaffung einer vom Vertrauen der Mitgliedschaft getragenen Führung der Partei. Die Bedeutung der leninistischen Führung einer kommunistischen Partei ist jedem politisch denkenden Arbeiter klar. Eine einheitliche Partei unter einheitlicher Führung zur Durchführung aller konkreten Aufgaben wird die organisatorische Auswertung aller politischen Erfolge sichern, wird die Partei vor den Gefahren des Opportunismus mit schützen und ihr den Sieg über alle Feinde des Proletariats geben.

H. P. RATHBONE :

## MACDONALD UND DIE KONTERREVOLUTION IN CHINA

Macdonalds Versuche, die chinesische Revolution zu untergraben, haben sich in so rapidem Tempo entwickelt, daß sie in Anbetracht der gegenwärtigen Ereignisse ganz besonders beachtet werden müssen; denn sie enthalten alle Methoden der aktiven Konterrevolution und zugleich der ekelhaftesten Heuchelei.

Bei seiner Rückkehr aus der Sahara im Dezember identifizierte Macdonald in einem Interview mit dem „Daily Herald“ sofort die sozialdemo-

kratische Politik gegenüber China mit der des Kapitalismus. Er sagte: „Wir können nicht zugeben, daß wir in den Augen der Chinesen hingestellt werden als die schwarzen Teufel dieses ganzen Stückes.“ Es reizt uns, zu fragen, wer dies nicht „zugeben“ kann, wenn nicht die Kapitalisten Englands: sind doch deren Riesenprofite aus der Ausbeutung des chinesischen Volkes in letzter Zeit rapide gesunken, und zwar gerade infolge dieser „üblichen“ Neigung der Chinesen, wie sich im Boykott von Hongkong usw. zeigte. Doch Macdonald ist freundlich genug, dies selbst zu erklären, für den Fall, daß es jemand sonst entgehen könnte. „Wir,“ sagte er, „können dies sowohl aus industriellen wie aus politischen Gründen nicht tun.“

Was müssen „w i r“ also tun? Wieder gibt er Auskunft. Er sagt, daß das System von Konzessionen usw. „sich für uns überlebt hat und uns keinen Nutzen und Vorteil mehr bringt“. Solange China sich ungestraft vom englischen Kapitalismus durch Zerstörung, Zerstückelung und Raub weißbluten ließ, war er, Macdonald, vollkommen damit einverstanden, doch jetzt hat dies „seinen Nutzen und Vorteil“ verloren. Diese Extraprofite werden vielleicht gänzlich verloren gehen. Darum wollen wir uns eilen, bevor es zu spät ist, eine neue Politik anzuwenden; wollen wir dem „neuen China“ helfen. Denn wenn wir das tun, „so werden — davon bin ich überzeugt — . . . die etwas kurzsichtigen Geschäftsleute, die sich darüber jetzt beklagen, in kurzer Zeit die bewundernswerten Resultate dieser Politik preisen.“

In der „Socialist Review“ vom Januar schilt Macdonald die englische Regierung sanft für ihr Zögern hinsichtlich der Anwendung einer „vernünftigen“ Politik: denn inzwischen, so sagt er, „hat u n s e r Handel gelitten und infolgedessen . . . leiden auch u n s e r e auswärtigen Interessen furchtbar durch den Mangel an intelligenter Voraussicht“. (Von uns hervorgehoben. H. P. R.) Aber natürlich, erklärt er: „Ein bloßes Davonlaufen (aus China. H. P. R.) würde sicherlich unsere Stellung gegenüber der Kantoner revolutionären Regierung nicht festigen.“ Natürlich, „w i r“ würden doch dann die Extraprofite verlieren, nicht wahr, Mr. Macdonald? Also müssen wir verhandeln. Hier aber wendet er sich an die Kantoner Regierung. Lehnt die Kantoner Regierung Verhandlungen ab, „so wird sie die Schuld für irgendwelche ungünstigen Ereignisse mit zu tragen haben“:

Also nach Macdonald können die englischen Kapitalisten mit vollem „Recht“ und ohne jede Schuld unzählige Chinesen hinhängen.

Macdonald erklärt, daß „die Streitkräfte, die in den chinesischen Gewässern verbleiben, sich dort nur zum Schutze englischer Staatsangehöriger befinden und sofort nach Behebung der Gefahr zurückgezogen werden“.

In einem Artikel im „Forward“ vom 15. Januar 1927 geht Macdonald noch weiter und erklärt: „Die Kantoner Regierung ist für die Volksmenge, die sich vor den Barrieren des englischen Konzessionsgebiets in Hankau zusammendrängte, verantwortlich, und wenn es infolgedessen zu Blutvergießen kam . . . so trifft die Schuld die Behörde, der es nicht gelang, diese Menge in der Hand zu behalten.“ Diese „Volksmenge“ aber, wie er sie verächtlich nennt, war eine Arbeiterdemonstration, und die englischen Truppen, die ihren freien Durchmarsch in den Straßen des sogenannten englischen Konzessionsgebiets verhinderten, sind schuld an dem Tode mindestens eines Demonstrationsteilnehmers. Aber Macdonald wäscht seine Hände in Unschuld. Er hat noch mehr über diese Volksmenge zu sagen: Er sagt, nie-

mand solle „die Gefahr, die eine Volksmenge bedeutet“, unterschätzen. Eine erregte Volksmenge ist sowohl in England wie in China eine sehr unangenehme, unverantwortliche Sache.

„Es ist weder für China noch für uns gut, daß die Liquidierung (der Verträge H. P. R.) durch aufrührerische Volksmengen geschieht. Wenn es doch geschieht, so ist ein Konflikt unvermeidlich, wie der Sonnenaufgang des morgigen Tages, und niemand kann uns dann die Schuld zuschieben.“

Ausgehend von seinem Eintreten für den englischen Kapitalismus in seinem „Daily-Herald“-Interview, ist Macdonald mit der ihm eigenen Logik weitergegangen bis zur offenen Gegnerschaft gegen den Kampf des chinesischen Volkes — bis zur offenen Konterrevolution.

Wir wollen den Charakter dieser Logik in dem von ihm eingeschlagenen Weg untersuchen. Er fragt sich nicht, wieso die Chinesen in dem Engländer den „Teufel des Stückes“ sehen, denn wenn er es täte, so würde die Reputation seiner Logik arg beschädigt werden. Er würde dann gefunden haben, daß von allen Kapitalisten gerade die englischen die größten akkumulierten Profite in China angelegt haben; und darum tritt Macdonald als der Verteidiger derjenigen auf, die jeden Rekord in der Beraubung und Ausbeutung der Bauernmassen geschlagen haben.

Seit dem Beginn der Intervention in China waren stets die Engländer die stärksten Fürsprecher dieser Intervention. Der englische Kapitalismus war es, der die Kriege anzettelte, um dem chinesischen Volke gegen seinen Willen den Import von Opium aufzuzwingen, und es waren die englischen Kapitalisten, die bei diesen Kriegen die größte Beute machten. Der englische Vertreter auf der Opium-Konferenz des Völkerbundes trat mit Erfolg gegen die chinesische Forderung auf, den Import von Opium aus Indien nach China zu verhindern; denn für die englischen Kapitalisten ist die Opiumproduktion äußerst profitabel. Von den englischen Kapitalisten ging der Versuch aus, eine Untersuchung der Schanghaier Mordtaten zu verhindern. Auf das Konto der englischen kapitalistischen Regierung entfällt auch das Massaker in der wehrlosen Stadt Wanshien sowie die Ermordung streikender chinesischer Arbeiter auf einer chinesischen, unter englischem Besitz stehenden Eisenbahn. Und es waren endlich die englischen Kapitalisten, die, nachdem sie die konterrevolutionären Kräfte Schangs und Wus mit ihrem eigenen Gelde unterstützt hatten, den teuflischen Plan faßten, sie mit dem Gelde der Chinesen selber zu unterstützen. Dies geschah dadurch, indem man sowohl Schang wie Sun in dem letzten Memorandum gestattete, die Washingtoner Extrasteuern zu erheben.

Macdonald tritt als der Verteidiger der englischen Kapitalisten auf, aber er sagt kein Wort über die Methoden, die die Engländer anwenden, um ihre kolossalen Profite einzuheimsen. Es wird z. B. berichtet, daß in derselben englisch-amerikanischen Tabakgesellschaft, die 24 Prozent Dividende auszahlt, 800 Kinder unter zwölf Jahren beschäftigt sind. In einem Bericht über eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Schanghai brüsten sich die Engländer, daß sie in Schanghai weniger Kinder beschäftigen als die anderen Nationalitäten. Doch sie erwähnen nichts davon, daß die Engländer direkt oder durch Pacht große Teile des Landes in Schanghai besitzen, daß die englischen Banken Schanghai beherrschen, daß faktisch die englischen Interessen in Schanghai die „vorherrschenden Interessen“

sind. („Times“, 13. Jan. 1927.) Indirekt heimst der englische Kapitalismus durch seine „vorwiegenden Interessen“ ungeheure Profite aus der Ausbeutung der Arbeiterkinder ein, die 14 Prozent der gesamten Arbeiterschaft in Schanghai ausmachen.

Da die Arbeiter ihre Kinder nur in die Fabriken schicken, weil der Hunger sie dazu zwingt, so ist es nicht erstaunlich, daß in Schanghai „40 Prozent der Arbeiter unter dem Armeenniveau leben müßten“, wenn ihre Kinder nicht zum Einkommen der Familie beitragen würden; dies berichtet A. B. Finch, der Korrespondent der „New-York Times“ in Schanghai und Redaktionsmitglied der Schanghaier „Sunday Times“. Die Arbeitszeit ist die gleiche für erwachsene Arbeiter und für Kinder, und zwar arbeiten die meisten 12 Stunden täglich, 7 Tage in der Woche, 364 Tage im Jahr.

Doch Macdonald gibt sich die größte Mühe, das Prestige des englischen Imperialismus in China zu retten. In einem Artikel im „Forward“ vom 15. Januar 1927 schreibt er: „Die Methoden der Massakrierung der Bevölkerung in Wanshien sind schlecht, doch die Entscheidung liegt bei Kanton. Kanton muß sich mit dem englischen Kapitalismus verständigen. Wenn es dies nicht will, nun, dann liegen die Konsequenzen „nicht in unseren Händen“; die unvermeidliche Logik der Tatsachen wird uns dann zwingen, die Methode von Wanshien anzuwenden, „wir“ wollen sie aber nicht. Jedoch die unvermeidliche Logik der Tatsachen duldet keinen Widerspruch.

Jawohl; Macdonald erfüllt — das zeigt sich — getreulich seine Pflicht als Kettenhund des englischen Imperialismus.

## WILLIAM PICKENS: DAS NEGERPROBLEM

Der Verfasser dieses Aufsatzes, William Pickens, ist kein Kommunist. Er ist einer jener wenigen Neger, denen es gelungen ist, die oberen Sprossen der gesellschaftlichen Stufenleiter im kapitalistischen Amerika zu erklimmen. Ein gelehrter, bürgerlich-radikaler Journalist ist er, einer der Führer der Freiheitsbewegung der Neger.

Mr. Pickens ist Verfasser einer ganzen Reihe von Werken, die durchdrungen sind von leidenschaftlichem Haß gegen die Rassenunterdrückung, darunter: „Der Erbe der Sklaven“, eine Sammlung von Reden und Abhandlungen unter dem Titel „Der neue Neger“, ein Band kurzer Erzählungen „Die Rache der Götter“, usw.

Er ist auch Mitglied des „Bürgerklubs“ in New York und der amerikanischen Negerakademie. Gegenwärtig bekleidet er die Stelle eines Hauptsekretärs des Verbandes für den Kampf um die Entwicklung der farbigen Völker, zu dessen Mitgliedern er vom Gründungstage an gehört.

Obschon der Verfasser nicht Kommunist ist, gewährt die Redaktion diesem Artikel mit um so größerem Vergnügen Raum, als er die Heuchelei der Demokratie enthüllt und zeigt, daß selbst bürgerlich-radikale Führer der nationalen Freiheitsbewegung verstehen, daß nur im Bunde mit einer siegreichen proletarischen Revolution eine wirkliche Befreiung der unterdrückten Völkerschaften möglich ist.

Die Redaktion

### I. Gegenseitige Abhängigkeit der Unterdrückten

In dem Maße, wie die Verbindungen zwischen den verschiedenen Teilen der Welt häufiger und rascher werden, werden auch die politischen und sozialen Weltprobleme von einander abhängiger. Als man noch 6 Monate

benötigte, um von Neu-Orleans Güter nach Berlin zu transportieren, und 12 Monate, bis man eine Antwort erhielt auf eine Bestellung von Berlin aus nach Neu-Orleans, da hatte der ausgebeutete schwarze Arbeiter von Louisiana noch weniger gemein mit dem ausgebeuteten weißen Arbeiter im Herzen Deutschlands. Als aber der Telegraph die Verständigung innerhalb von Minuten ermöglichte und das Dampfschiff die Dauer des Transportes auf Tage reduzierte, entsprang daraus ein großes gemeinsames Interesse zwischen dem schwarzen Arbeiter der südlichen Vereinigten Staaten und dem weißen Arbeiter im Herzen Deutschlands, ganz gleich, ob die Arbeiter selber dieses gemeinsame Interesse schon begriffen oder nicht. Insofern, als jetzt die Erzeugnisse der amerikanischen schwarzen Arbeiter den europäischen Markt nur einige Tage später erreichen als die Erzeugnisse der europäischen weißen Arbeiter, ist die Wirkung dieselbe, wie wenn die Schwarzen der neuen Welt über den Atlantischen Ozean gebracht worden wären und nun Seite an Seite mit den weißen Arbeitern der alten Welt arbeiteten. Die Arbeitsbedingungen dieser zwei Arbeitergruppen müssen von nun an aufeinander einen bestimmenden Einfluß ausüben. Die Arbeiter der Welt konkurrieren jetzt miteinander, sie müssen diese Konkurrenz in die solidarische Aktion umwandeln, wenn sie nicht untergehen wollen. Die veraltete und eingerostete Weltdiplomatie hat sich darauf beschränkt, klägliche Schranken aufzurichten in Gestalt von Einwanderungsgesetzen, Paßschwierigkeiten und Zollschranken. Es ist niemand eingefallen, daß das endgültige wirksame Heilmittel nur sein kann, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter der ganzen Welt miteinander in Einklang zu bringen.

Offensichtlich ist unsere soziale Entwicklung weit hinter der industriellen und kommerziellen Technik zurückgeblieben. Denn sonst würden die arbeitenden Massen in England und Deutschland ein größeres Interesse zeigen für die am Mississippi und in Minnesota bestehenden Arbeitsbedingungen. Die schwarzen Landarbeiter in den Baumwollfeldern Amerikas wirken mit bei der Bestimmung der Lebenshaltung der Fabrikarbeiter in Deutschland. Die Hindufrauen, die für 3 Schilling in der Woche in den Gruben eines englischen Edelmannes in Indien arbeiten, bestimmen die Löhne der verzweifelt kämpfenden Bergarbeiter in England und Wales.

Aus solchen sozialen Weltbeziehungen ergibt sich für die unterdrückten und vergewaltigten Völker der Erde, für die Kolonialsklaven und nationalen Minderheiten die Notwendigkeit, zusammenzutreten und ihre Erfahrungen auszutauschen. In Brüssel wird am 5. Februar 1927 die Vorkommission des 1. Weltkongresses solcher Völker und Klassen zusammentreten, wie: die Neger von Amerika und Afrika, die Hindus von Afrika und Asien, die kämpfendenn Nationalisten Chinas, die ägyptischen Patrioten, und Hunderte anderer. Denn im Licht der neuen Beziehungen, die von der fortschreitenden Wissenschaft der Menschheit geschaffen werden, sind „Landesprobleme“ und „Landesangelegenheiten“ Begriffe, die eine größere, umfassendere, vielleicht weltweite Bedeutung erhalten müssen. Der letzte Krieg hat deutlich genug gezeigt, daß heute nicht einmal zwei Nationen einen ganz „privaten“ Streit ausfechten können, ohne daß derselbe für die anderen Nationen Interesse und Folgen hätte.

In den Vereinigten Staaten gibt es 12 bis 15 Millionen Menschen, die zu den Negern gerechnet werden. Davon haben viele weniger Negerblut in den

Adern als manche Weiße, die ihre Negerabstammung nicht kennen oder nicht zugeben wollen. Diese Neger sind seit mehr als 3 Jahrhunderten im Lande, faktisch genau so lange wie die weißen Einwohner, denn von dem Moment ihrer Einwanderung an waren den Weißen fremde Arbeitskräfte sehr willkommen. Während der ersten 250 Jahre waren diese Schwarzen dem Namen und den Tatsachen nach Sklaven, und erst seit den letzten 60 Jahren sind sie dem Namen nach freie Menschen. Ihre Befreiung durch die Verfassung wurde herbeigeführt durch den fundamentalen wirtschaftlichen Konflikt, der zwischen ihrer Sklavenarbeit im Süden und der Arbeit der freien weißen Arbeiter im Norden erwuchs, ein Konflikt, der noch eine Zuspitzung erfuhr durch Kreise, die aus moralischen und religiösen Gründen die Sklaverei ablehnten. Die Entwicklung der Technik machte diesen Konflikt immer unerträglicher. Die Befreiung der Negerbevölkerung von der auf ihr lastenden Unterdrückung kann nur erreicht werden durch die Beseitigung des Gegensatzes zwischen der unterdrückten und schlecht bezahlten Arbeit in irgendeinem Teile der Welt und der Arbeiterschaft, die in irgendeinem anderen Teile der Welt für ihre Freiheit und für menschenwürdige Entlohnung kämpft.

Wo immer in der Welt Menschen unter wirtschaftlicher und politischer Unterdrückung leiden, da müssen diese energisch gegen die Ächtung, die Rechtlosigkeit und Lynchverfolgungen der Neger in Amerika kämpfen. Und ebenso müssen sie allen Versuchen entgegenreten, in Südafrika eine politisch entrechtete und dauernd als minderwertig betrachtete schwarze Kaste zu schaffen. Gleiches Recht für alle Rassen der Menschheit, das muß der erste Grundsatz der Arbeiterklasse sein. Und sie muß das Gewicht ihres Einflusses nicht nur gegen die Unterdrückung in den Kolonien zur Geltung bringen, sondern auch gegen die Aufrichtung willkürlicher und brutaler Rassenschranken gegenüber Rassenminderheiten oder beherrschten Rassen in der ganzen Welt.

## II. Richter Lynch in den Vereinigten Staaten

Im Verlauf des Jahres 1926 wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika nahezu 40 Menschen „gelyncht“; einige davon wurden lebendig verbrannt und andere auf die schauerlichste Art gefoltert und getötet. Die Opfer waren fast durchweg Neger, allerdings waren auch zwei oder drei wehrlose, arme Weiße darunter. Einige der Opfer waren Frauen. Zum Teil hatten die im Lynchverfahren Ermordeten ihre völlige Unschuld an jedem Verbrechen bereits nachgewiesen, zum anderen wäre ihnen das gelungen, wenn sie vor einem ordentlichen Gerichtshof gestanden hätten. Im südlichen Teil der Vereinigten Staaten kann ein Neger vom Mob aus jedem geringsten Anlaß getötet werden. Vor einigen Jahren wurde in Georgia ein alter Mann gelyncht, weil er den Versuch gemacht hatte, zwei Weiße an der Vergewaltigung zweier Mädchen zu hindern. Der alte Mann hatte die Weißen nicht angegriffen, sondern ihnen nur mit seiner alten Jagdflinte gedroht, um sie von den angegriffenen Mädchen wegzuscheuchen. Darauf kamen die anderen Weißen der Gemeinde und halfen den zwei Schändern, den alten Neger zu lynchen.

In den letzten 40 Jahren wurden in den Vereinigten Staaten nach den

statistischen Angaben nahezu 4000 Menschen gelyncht. Viele andere Lynchopfer wurden überhaupt von keiner Statistik erfaßt.

In dieser Zahl sind die Hunderte nicht inbegriffen, die vom Pöbel bei Straßentumulten getötet wurden, und auch nicht die ungezählten Tausende, die von Weißen gemordet wurden, wobei die Weißen für den Mord unbestraft blieben. Im südlichen Teil der Vereinigten Staaten ist es allgemeine Praxis, Weiße, die sich des Negermordes schuldig gemacht haben, freizusprechen.

Nur in sechs von den insgesamt 48 Staaten kamen während der letzten vier Jahre keine Fälle von Lynchjustiz vor; die Mehrzahl der Fälle ereignete sich in den südlichen Staaten.

Die einzige organisierte und ehrliche Anstrengung zur Bekämpfung der Lynchjustiz während dieser ganzen Zeit wurde vom Landesverband zur Verteidigung der Farbigen gemacht; dieser Verband besteht jetzt seit 18 Jahren. Der Verband hat die Lynchjustiz in Wort und Schrift bekämpft und hat versucht, die Verurteilung von Lynchmördern vor Gericht herbeizuführen. Er hat in der Gesetzgebung der Staaten und auf dem Nationalkongreß Gesetze eingebracht, nach denen Lynchmörder wie andere Mörder zu bestrafen wären. Einige Staaten haben solche Gesetze angenommen und wenden sie an. Einige südliche Staaten haben allerdings gleichfalls Gesetze gegen die Lynchjustiz angenommen, aber es scheint, daß sie dieselben nur anwenden, wenn das Opfer der Lynchjustiz ein Weißer ist.

Der Kongreß in Washington hat in dieser Hinsicht versagt; er weigerte sich, ein Landesgesetz gegen die Lynchjustiz anzunehmen; ein solches Gesetz wäre weit wirksamer als die lokalen Gesetze der einzelnen Staaten. Das örtliche Vorurteil beeinflußt im allgemeinen die örtlichen Gerichte, und wenn ein Neger gelyncht wurde, so ist es fast unmöglich, 12 Weiße zu finden, um eine Jury zu bilden, die einverstanden wäre mit einer Verurteilung der Lynchmörder. Gewöhnlich haben die Weißen in der Jury Bekannte oder Freunde unter dem Pöbel. In den südlichen Staaten sind dank der Verwaltungsschiebereien alle Geschworenen Weiße, auch wenn ein Neger in einem Prozeß Partei ist, ja sogar, wenn beide Parteien Neger sind. Ein Landesgerichtshof könnte einen Verbrecher aus seiner heimischen Umgebung wegnehmen und ihn dort aburteilen, wo er nicht seine Freunde und Bekannten in der Jury hat. Trotz der traurigen Statistik hat sich der Landeskongreß bisher geweigert, etwas zu tun, und zwar hauptsächlich wegen der Stimmen der Weißen aus den Südstaaten auf dem Kongreß; diese bilden immer eine aktive und mächtige Minderheit, wenn die Rechte der Neger in dieser Körperschaft zur Verhandlung stehen.

Diese Untätigkeit des Kongresses hat noch eine andere Ursache: es gibt keine Neger im Kongreß, denn sie werden, besonders im Süden, entweder um ihr Stimmrecht betrogen, oder von den Wahlurnen weggeprügelt. Ein Zehntel der Bevölkerung der Vereinigten Staaten besteht aus Negern, so daß, wenn die Neger ihren richtigen Vertretungsanteil im Landeskongreß hätten, im Parlament und im Senat etwa 60 Negerabgeordnete sein müßten. In einer Anzahl der Südstaaten würde die Hälfte oder fast die Hälfte der Gesetzgeber aus Farbigen bestehen, wenn sie nicht gesetzwidrig oder durch gemeine Gaunereien ihres Stimmrechtes beraubt wären. Diese politische

Entrechtung der farbigen Bevölkerung macht es derselben noch schwerer, die Lynchjustiz zu bekämpfen.

Durch wissenschaftliche Angriffe auf das Uebel und durch energische und tapfere Veröffentlichungen hat der Landesverband zur Verteidigung der Farbigen es vermocht, die Lynchjustiz bei allen Völkern verächtlich zu machen. Die schrecklichen Tatsachen der Lynchjustiz wurden in allen Ländern der Welt bekanntgemacht und diese Kampagne geht noch weiter. In einem Jahr wurden 200 Menschen gelyncht, und nach dem Weltkrieg wurden in einem Jahr 14 Männer und Frauen vom Pöbel verbrannt; 11 davon wurden lebendig verbrannt.

Faktisch lassen sich alle Lynchmorde in irgendeiner Form durch wirtschaftliche Konflikte erklären: vielleicht hat der Neger höheren Lohn verlangt oder Bezahlung für geleistete Arbeit, oder bessere Behandlung als Arbeiter oder einen größeren Anteil an der Ernte, die er produzieren half, vielleicht hat er sich ein zu schönes Haus gebaut oder eine zu schöne Farm gekauft und hat damit den Neid seiner weißen Nachbarn geweckt; vielleicht hat er auch sein Besitztum oder seine Frau gegen Angriffe von Seiten Weißer verteidigt. Vor einigen Monaten wurden zwei junge Neger und eine junge Negerin in Aiken, Süd-Carolina, auf schreckliche Weise gelyncht, weil sie ihr Heim und ihr Leben gegen einen unverschuldeten Angriff Weißer verteidigt hatten; sie wußten nicht einmal, daß diese Weißen Gerichtsbeamte waren. Der Angriff war wahrscheinlich von einigen Weißen veranlaßt, die den Wunsch hatten, die landwirtschaftlichen Erfolge eines anderen Weißen, für den diese Neger und ihre Familien arbeiteten, zu verhindern. So kann irgendein wirtschaftlicher Gegensatz zwischen zwei mächtigen Weißen den Lynchterror über die Neger bringen, die zufällig die wirtschaftlichen Sklaven des einen oder anderen Weißen sind. Es ist bemerkenswert, daß die größte Zahl von Lynchfällen mit den schrecklichsten Formen der Folterung sich in den Gebieten ereignet, wo die Ausbeutung der Negerarbeit am stärksten ist. Man darf daran zweifeln, ob einer wirtschaftlich ausgebeuteten Klasse jemals vom Gesetz gleicher Schutz zuteil wird, wenn der Buchstabe des Gesetzes dies auch so bestimmt. Die öffentliche Kampagne gegen die Lynchjustiz während der letzten fünf oder sechs Jahre hat die Zahl der Lynchfälle zurückgehen lassen, aber man darf kaum hoffen, daß das Uebel vollständig ausgerottet werden kann ohne allgemeine Landesgesetzgebung und ohne soziale Reformen, die geeignet wären, den Neger in seinen wirtschaftlichen Rechten besser zu schützen.

ORDON:  
BEMERKUNGEN ÜBER DIE BAUERN-  
BEWEGUNG IN EUROPA

In den Agrarländern

Gegenwärtig ist in sehr vielen Ländern Europas, sowohl in den Agrar- wie auch in den Industrieländern zu beobachten, daß die politische Aktivität der Bauernschaft zunimmt und daß ein bedeutender Teil dieser Bauernschaft sich entschiedener nach links wendet.

Vor allem verschärft sich der Klassenkampf auf dem flachen Lande in den Agrarländern, insbesondere in solchen, die Ueberreste der Leibeigenschaft und des Feudalismus aufweisen. Außer der ungelösten Agrarfrage wird die schwierige Lage der werktätigen bäuerlichen Schichten in diesen Ländern von den zunehmenden Steuerlasten, dem wachsenden Militarismus und der nationalen Unterdrückung verschärft, die die bäuerliche Bevölkerung der von Polen, Rumänien, Jugoslawien, der Tschechoslowakei usw. annektierten Gebiete über sich ergehen lassen muß. In denjenigen Gebieten, in denen der Klassendruck durch den nationalen kompliziert wird und dieser in einer gewaltsamen Kolonisation seitens der herrschenden Nation seinen Ausdruck findet, geht die bäuerliche Bewegung zeitweilig zum unmittelbaren bewaffneten Kampf über, indem sie die Form einer Partisanenbewegung annimmt.

Andererseits wird im gegenwärtigen Augenblick die Bauernbewegung durch die verstärkte Konsolidierung der bäuerlich-kapitalistischen und begüterten Elemente auf dem Dorfe gekennzeichnet. Neben dem Anwachsen der Linksorientierung und der revolutionären Strömungen innerhalb der werktätigen Bauernschichten ist auch die Stärkung der Gegenrevolution auf dem flachen Lande unverkennbar.

Außer von den Gutsbesitzern wird der Agrarfaschismus von der Dorfbourgeoisie und mancherorts auch von den wohlhabenderen mittleren Bauern unterstützt, wobei an der Befestigung dieser gegenrevolutionären Basis die Geistlichkeit und zum Teil die ländlichen Intellektuellen, die Dorfschullehrer und die Beamtschaft, keinen geringen Anteil haben. Die heutigen Versuche der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer, etwas Ähnliches wie eine bäuerliche Vendée gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats und des mit ihm verbündeten Teiles der werktätigen Bauernschaft ins Leben zu rufen, verdienen es, mit verdoppelter Aufmerksamkeit verfolgt zu werden. Die dahin gerichtete Tätigkeit wird eifrig ausgeübt und beeinflußt in manchen Gegenden die halbproletarischen Schichten auf dem flachen Lande.

In letzter Zeit verstärkt sich besonders in einer Reihe von Ländern die faschistische Tätigkeit unter der bäuerlichen Jugend. Heute, da in ganz Europa eine Verstärkung des faschistischen Einflusses vor sich geht, die als Vorbedingung für die militärische Intervention gegen die Sowjetunion anzusehen ist, muß diese Erscheinung die besondere Aufmerksamkeit aller kom-

munistischen Parteien auf sich lenken. Bedauerlicherweise haben wir die bäuerliche Bewegung in den meisten europäischen Ländern noch wenig erforscht, und unsere Tätigkeit auf dem Dorfe wird in vielen Ländern erst jetzt in die richtigen Bahnen geleitet, obwohl die Bauernfrage in ihrer ganzen Aktualität bereits vom 2. Kongreß der Komintern aufgeworfen wurde. Deshalb werden wohl die nachstehenden flüchtigen Bemerkungen von einigem Nutzen sein.

**Italien.** Die Bauernschaft macht in Italien annähernd 60 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Jedoch vollzieht sich dort in letzter Zeit eine äußerst stürmisch verlaufende Industrialisierung des Landes, wobei sich der Norden immer mehr industrialisiert und alle Bemühungen angewandt werden, um den Agrarcharakter des Südens im Interesse der heute in Italien herrschenden norditalienischen Industrie zu wahren.

Der italienische Bauer erfährt am eigenen Leibe die Wirksamkeit der „Schere“ zwischen den landwirtschaftlichen Produkten und den Industrieerzeugnissen, die er für sich und seine Wirtschaft braucht; er verspürt die Wirksamkeit der industriellen Schutzzölle, darunter der Zölle auf landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Düngemittel, er verspürt die äußerste Schuldenlast und den unzureichenden landwirtschaftlichen Kredit, die schwere Steuerlast, die drückenden Pachtbedingungen usw.

Der Kampf der Nachkriegszeit zwischen den Industriellen und den Agrariern um die Schutzzölle auf Importwaren endete mit einem Kompromiß zwischen beiden kapitalistischen Gruppen. Im Jahre 1925 wurde auch der Schutzzoll auf Getreide (*dazio sul grano*) eingeführt. Dieser Schutzzoll wurde mit Rücksicht allein auf die Interessen der Agrarier festgesetzt. Die Agrarier verfügen über ungeheure mit Getreidekulturen bebaute Landflächen (die sogenannten „Getreidewerke“), während die werktätige Bauernschaft kein Getreide für den Markt erzeugt, sondern oft genötigt ist, welches anzukaufen.

Die Vertrustung der italienischen Industrie hat auch die Erzeugung der für die Bauernschaft so notwendigen Düngemittel ergriffen. Es bildete sich der Trust „Montecatini“ (für chemische Produkte und Düngemittel). Dieser Trust arbeitet im innigsten Kontakt mit der Schwerindustrie, die die Düngeschlacken liefert, mit der Oelstoffindustrie und mit allen industriellen Unternehmungen, deren Produkte und Nebenprodukte den Bedürfnissen der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden. Der „Montecatini“-Trust verfügt auf dem Gebiete der Düngemittel über das Monopol und setzt die Preise für diese Produkte willkürlich fest. Der Ankauf ausländischer Düngemittel mit Umgehung des „Montecatini“ ist — infolge der entsprechenden Zollmaßnahmen und der Vereinbarungen des Trusts mit den entsprechenden Behörden — eine Unmöglichkeit. Zu alledem steht der „Montecatini“ im Bunde mit den Spitzen der Italienischen Föderation der Agrarkonsortien, d. h. den regionalen Genossenschaftsverbänden der Landwirte zum Ankauf von Maschinen, Düngemitteln usw.

Die Gewährung von unermeßlichen Krediten an die Industrie verstärkte die in den Jahren 1925/26 besonders zugespitzte Nachkriegsinflation, nachdem sie der Bauernschaft die Kredite entzogen und ihr sogar die letzten Ersparnisse genommen hatte. Die Aufgaben der Stabilisierung erheischten die Anwendung neuer Mittel, und die Regierung beschloß, sie auf Kosten eben

dieser bäuerlichen Massen durchzuführen, auf Kosten ihrer letzten Ersparnisse, indem sie eine neue faschistische innere „Liktorenanleihe“ auflegte.

Die bäuerliche Steuerlast in Italien ist dreistufig. Die direkte Besteuerung der Bauernschaft setzt sich aus Kommunal-, Regional- und Staatssteuern zusammen. Die Steuern zeichnen sich durch ihre besondere Buntscheckigkeit und Vielfältigkeit aus. Hinzu kommen die indirekten Steuern, zu denen die „inneren Zölle“ gerechnet werden müssen, die die Bauern bei dem Verbringen ihrer Produkte nach der Stadt zu erlegen haben. Die Einziehung der Steuern von den Bauern wird mit der größten Grausamkeit gehandhabt, und mancherorts wird die Versteigerung des bäuerlichen Eigentums und Landes in solchen Ausmaßen und mit solcher Schnelligkeit ausgeführt, daß sie einen ganzen Wust außergewöhnlicher Mißbräuche spekulativer Art gezeitigt haben. Es ist durchaus natürlich, daß die Steuererhebung besonders aktive Proteste seitens der Bauern hervorruft und daß oft Zusammenstöße, Steuerstreiks u. a. m. vorkommen.

Es muß zu allem dem hinzugefügt werden, daß die landwirtschaftlichen Verträge, an denen sehr bedeutende Schichten der italienischen Bauernschaft — die Pächter und Halbpächter — interessiert sind, sich seit Ueberprüfung der Verträge durch die offiziellen faschistischen bevollmächtigten Landwirtschaftskörperschaften äußerst verschlechtert haben.

Die politische Lage der Bauernschaft erlitt im letzten Jahre tiefgehende Veränderungen, durch die die schweren Bedingungen der Bauernwirtschaft in Italien noch verschärft wurden.

Die faschistische Ordnung hob die ländliche Selbstverwaltung auf und führte in die Dorfgemeinden das persönliche Regiment des Podestà (des Gemeindevorstehers) ein. Die Bauernschaft büßte also nicht nur die Mitwirkung an der Verwaltung der sie unmittelbar betreffenden öffentlichen Angelegenheiten ein, sondern verlor auch die unmittelbare Kontrolle über die lokale Steuerveranlagung und über die Verwendung der kommunalen Geldmittel. Als besonders schwerwiegend erwies sich die Aufhebung der örtlichen kommunalen Selbstverwaltung für die Interessen der fremdstämmigen — slawischen und deutschen — Bauernschaft. Hinsichtlich der letzteren muß hinzugefügt werden, daß in Südtirol die ländlichen Selbstverwaltungsorgane eine Reihe von wirtschaftlichen Funktionen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens und der gegenseitigen Hilfe erfüllten und daß ihre Abschaffung die wirtschaftliche Selbsthilfe der Landbevölkerung schwer schädigte.

Neben der Abschaffung der ländlichen Selbstverwaltung wurde durch die Einführung der faschistischen „Verbandsordnung“ die Koalitionsfreiheit der städtischen und ländlichen Werktätigen aufgehoben. Die gewaltsame Verbindung einander entgegengesetzter Interessen und die Zersplitterung der Kräfte der Bauernschaft wirkten auf ihre wirtschaftliche Freiheit äußerst bedrückend. Die faschistischen Verbände bedienen sich gewaltsamer Eingriffe im Verein mit administrativen und politischen Drohungen und Druckmitteln, um die Bauernschaft für sich zu gewinnen, wobei die nichtfaschistischen Bauernverbände gewaltsam abgebaut werden. Auf dieser Grundlage entspann sich der langwierige Kampf um die Verbandsfreiheit, den die Landarbeiter und die Bauern von Molinella gegen die faschistischen Verbände, die örtlichen Agrarier und Machthaber führten.

Das kühne Auftreten des kommunistischen Abgeordneten Grieco im faschistischen Parlament aus Anlaß der Einsetzung der „Podestà“ und anderer gegen die Bauernschaft gerichteter Maßnahmen der faschistischen Regierung fand ein Echo in den breiten Bauernmassen. In ihren Kreisen wuchsen die Sympathien für einen proletarisch-bäuerlichen Block.

Die große Masse der armen Bauernschaft empfindet eine elementare Hinnegung zum Kommunismus; insbesondere sind es die besitzarmen Schichten der sardinischen Bauernschaft, die die Gefolgschaft der Sardinischen Autonomistenpartei bildet. Der im Süden tätige „revolutionäre Autonomist“ Guido Dorso äußert — zwar in unbestimmter und ausweichender Form — seine Zustimmung zur Formel eines Bündnisses zwischen der Bauernschaft des Südens und dem Proletariat des Nordens. Die katholischen Führer der slowenischen Bauern sind genötigt, ihre Gefolgschaft von den landwirtschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion zu unterrichten. Der Führer der linkskatholischen Bauernbewegung Miglioli reist nach der Sowjetunion und schreibt ein begeistertes Buch über die Leninsche Lösung der Agrarfrage. („Eine Bauernrevolution.“) Nach dem Zerfall der Bauernpartei gewinnt die KPI die Leitung der Dorfarmut in Piemont.

Bereits auf dem 2. Römischen Kongreß der KPI im Jahre 1922 wurden die „römischen Agrarthesen“ auf der Grundlage der Thesen des 2. Kongresses der Komintern angenommen. In Uebereinstimmung mit den Thesen des 4. Kongresses der Komintern und des 1. Internationalen Bauernkongresses arbeitete die Agrarsektion der KPI einen Programmentwurf für die Betätigung auf dem flachen Lande aus. Dieser Entwurf diente als Grundlage für die Aufstellung der „Agrarthesen“, die im Januar 1926 durch den 3. Kongreß der KPI angenommen wurden. Werden die Thesen über die Arbeit unter der Bauernschaft des Südens hinzugenommen, die für den Parteitag der Bauernschaft des Südens ausgearbeitet wurden, dann ergibt sich eine Reihe streng durchdachter Dokumente, die der erfolgreichen bolschewistischen Tätigkeit unter der italienischen Bauernschaft den Weg weisen.

Die Agrarsektion der KPI veröffentlichte mehrere Broschüren und Aufrufe zu wichtigen Aktionen. Das Blatt der KPI, die „Unità“, ließ den bäuerlichen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden und veröffentlichte in seinen Spalten den reichhaltigen Stoff der Dorfberichterstatte. Die italienische KJ verrichtet ihrerseits eine erfolgreiche Arbeit unter der bäuerlichen Jugend. Die Partei schuf ein Netz von Zellen auf dem flachen Lande, errang sich Einfluß in den Organisationen der Landarbeiter und ging an die Einsetzung von Bauernausschüssen. Die Partei unterstützte die bäuerliche Massenorganisation der „Liga zum Schutze der Bauernschaft“, schuf in den bestehenden Massenorganisationen ihre eigenen Fraktionen oder aber mit der Partei sympathisierende linke Gruppen und brachte sogar die Verbindung mit einflußreichen linken Führern usw. zustande.

In Anbetracht der besonders schwierigen Bedingungen, des äußerst starken faschistischen Druckes auf dem flachen Lande usw. muß die Agraraktion der KPI in jeder Hinsicht als mustergültig anerkannt werden.

**J u g o s l a w i e n.** Jugoslawien besteht seiner agrarischen Struktur nach aus verschiedenen gearteten Provinzen: Serbien und Montenegro, in denen der

bäuerliche Kleinbesitz dominiert; die Wojwodina, Kroatien und Slowenien, wo große Ländereien sich im Besitz von kapitalistischen Großgrundbesitzern befinden; Bosnien, die Herzegowina und Mazedonien, wo feudale Latifundien zu finden sind. Dementsprechend ist der Kampf der Bauern der einen Provinz von dem der anderen sehr verschieden. Während in Serbien und Montenegro der Kampf gegen Kapitalismus und Bürokratie im Vordergrund steht, bildet in den anderen Provinzen der Kampf ums Land die treibende Kraft. Die „Agrarreform“ gilt als bereits durchgeführt. Von 1 100 000 Hektar des Großgrundbesitzes wurden nur 329 000 Hektar enteignet. Dieses Land wurde unter 217 000 Familien verteilt, was pro Familie im Durchschnitt nicht mehr als 1,5 Hektar ergibt. Im allgemeinen sind 126 000 neue kleine Bauernwirtschaften (mit einer durchschnittlichen Fläche von 3,6 Hektar) geschaffen worden. Die Durchführung dieser „Reform“ bildete nicht nur eine Waffe der Regierung gegen die Gutsbesitzer nichtslowenischer Nationalität, sondern auch eine Waffe der kolonialisatorischen Politik und Raffgier für die großserbische Regierungselique.

Das Land erhielten die kriegsfreiwilligen Serben und die Anhänger der Regierungspartei (der von Paschitsch geleiteten „Radikalen Partei“). Infolge der fehlenden staatlichen Beihilfe waren 30 bis 40 Prozent der Kolonisten nicht imstande, ihre Wirtschaft in Gang zu bringen. Die Lage der Bauernschaft wird besonders durch die unerträgliche Steuerlast verschlimmert, wobei im Vergleich zur Vorkriegszeit die Grundzinssteuer im Jahre 1923 auf 500 Prozent erhöht wurde. Zudem wurde die Steuerveranlagung ungleichmäßig durchgeführt; so zahlte beispielsweise die Wojwodina 150 Prozent mehr als das vormalige Serbien.

Jetzt geht es aber auch dem serbischen Bauer, der früher durch Erleichterungen in der Entrichtung der Grundzinssteuer bestochen wurde, an den Kragen.

Die schnelle Verbreiterung der „Schere“ verschlimmert die Lage der Bauernschaft. Im Jahre 1926 sanken die Preise der Landwirtschaftserzeugnisse um 38 Prozent, während die Industrierzeugnisse teurer wurden. Infolge mangelnden billigen Staatskredits gerät der Bauer in die Klauen der Wucherer, und die Versteigerung der Bauernwirtschaften wird immer mehr zu einer alltäglichen Erscheinung. Die vorjährige Ueberschwemmung vernichtete 30 bis 40 Prozent der Ernte. Statt für eine Beihilfe an die Bauernschaft verausgabte die Regierung über 30 Prozent des Budgets für Rüstungszwecke und über 50 Prozent für den bürokratischen Apparat zur Unterdrückung der Volksmassen. Obwohl die Regierung und sogar die industriellen Kreise die Landwirtschaft als die Grundlage des Staates anerkannt haben, erhält der Bauer dennoch außer Redensarten keinerlei wirkliche Unterstützung von seiten der Regierungspartei (der Radikalen Partei). Die oppositionelle Demokratische Partei, die sich für die Repräsentantin der kleinbäuerlichen Interessen hält, hat auf ihrer letzten Tagung festgestellt, daß die Lage der Bauernschaft eine soziale Bedrohung darstellt, ohne daß diese Partei etwas zur Verbesserung der Lage unternommen hätte.

Den einflußreichsten Faktor in der Oppositionsbewegung bildet die kroatische bäuerlich-nationale Freiheitsbewegung. Um sie gruppieren sich im Kampf gegen die großserbische Clique die bäuerlichen Bewegungen der

anderen jugoslawischen Nationalitäten. Nach Raditschs Kapitulation vor dem König und der großserbischen Clique erlitt die kroatische Bauernpartei Raditschs (die frühere „republikanische“ Kroatische Bauernpartei) zwei Spaltungen. Aus ihr gingen zwei Gruppen hervor: eine Rechte mit dem ehemaligen Minister Trumbitsch und Lorkowitsch an der Spitze und eine Linke unter der Führung von Dr. Butsch. Die Rechte begründete die Kroatische Förderalistische Bauernpartei, die zur Grundlage die Forderung der Autonomie für Kroatien hat; die Linke kämpft als Opposition außerhalb einer Parteiorganisation und gibt das Blatt „Die republikanische Freiheit“ heraus. Die Linke hat gewisse Erfolge, besonders in Dalmatien zu verzeichnen, aber sie beschränkt sich auf allgemeine nationale und republikanische Parolen und macht nicht zum Ausgangspunkt ihrer Agitation die Lösung der Landfrage zugunsten der Bauern, wodurch sie Raditsch die Ueberwindung der Krise innerhalb der Partei erleichtert hat. Als Raditsch Minister wurde und seine Partei überdies das Landwirtschaftsministerium erhielt, verriet diese Partei nicht allein die kroatische nationale Freiheitsbewegung, sondern auch die Bauernschaft. Sie hat einen Nachtrag zum „Agrarreformgesetz“ in Vorbereitung; dieser Nachtrag sanktioniert den vollkommenen Abbau der Reformen. Also werden neun Zehntel der Latifundien und des Großgrundbesitzes unangetastet bleiben, während für das aufgeteilte eine Zehntel die heutigen Besitzer einen untragbaren Wucherpreis werden zahlen müssen. Obwohl die Bedingungen für die Tätigkeit der KPI auf dem flachen Lande günstig sind, weil die Agrarkrisis wächst, die „Agrarreform“ sabotiert wird, die Steuerlasten und die Unterdrückung der Minderheiten zunehmen u. a. m., war es der Kommunistischen Partei noch nicht möglich, die Tätigkeit auf dem Dorfe gehörig zu entfalten. Es ist ihr bis jetzt noch nicht gelungen, sich die Empörung und Gärung unter den von Raditsch verratenen Bauernmassen zunutze zu machen. Gewiß, die Partei hat begonnen, ihre Zellen auf dem flachen Lande zu organisieren. Aber sie beschränkte sich darauf und ergriff keinerlei Maßregeln, um die Entwicklung des linken Flügels in der Raditsch-Partei zu fördern und ihn mit der radikalen Bauernbewegung in Einklang zu bringen.

**B u l g a r i e n.** Die gegen die Bauernschaft gerichtete Steuer- und Zollpolitik der Regierung sowie die Zunahme der Tabakgewinnung (die Tabakausfuhr betrug im vergangenen Jahr 41 Prozent des Gesamtwertes der Ausfuhr) führten zu einer schweren Agrarkrisis. Im Sommer 1925 war die Regierung gezwungen, in dieses Agrarland für 50 Millionen Lewa Getreideprodukte zur Ernährung der Bevölkerung einzuführen. Die Besteuerung ist dermaßen hoch, daß sie pro Kopf der Bevölkerung 1400 Lewa (46 Mark) im Durchschnitt beträgt. Dabei werden bloß 5 Prozent des Budgets zu produktiven Zwecken (Ackerbau, Industrie, Handel und Handwerk) und zu Wohlfahrtszwecken verausgabt. 33 Prozent werden für Heer und Schuldentilgung verwandt, und 47 Prozent von der Beamtschaft geschluckt. Das während der Amtszeit Stambulijskis eingeführte Gesetz über die allgemein-staatliche Arbeitspflicht wird heute von dem Kabinett Ljaptschew gegen die Bauern angewandt. Der letzte Regierungsbericht weist darauf hin, daß im Jahresdurchschnitt die Bauern für diesen neuen Frondienst etwa 600 000 Arbeitstage aufwenden müssen, wobei alle diejenigen Bauern herangezogen werden, die am aktivsten gegen den faschistischen Terror auftreten. Der

Bauer gerät in Schulden und wird das Opfer der Wucherer. Staatskredite werden vor allem den Industriellen gewährt. Im Jahre 1924 erhielten sie 785 Millionen Lewa, während die Ackerbauern (80 Prozent der Bevölkerung Bulgariens) bloß 63 Millionen bekamen. Die Bauern sind gezwungen, den Wucherern bis zu 100 Prozent Zinsen zu zahlen. Zugleich wird der Bauer von den Aufkäufern gerupft, die ihm — nach dem Geständnis des Ministerpräsidenten Ljaptschew — für Tabak und sonstige Erzeugnisse bloß etwa 50 Prozent der Weltmarktpreise zahlen. Ihr Gewinn erreichte im Jahre 1926 über 2 Milliarden Lewa, d. h. ein Drittel des gesamten Staatsbudgets.

Nicht nur versagt die Regierung dem Bauernstand ihren Beistand, sie erschwert ihm auch auf jegliche Art seine Selbsthilfe; sie zerstört seine Genossenschaften unter dem Vorwand, die staatsgegnerischen Elemente zu bekämpfen.

Infolgedessen verstärkt sich die revolutionäre Gärung unter den Bauern.

Im Landwirtschaftsverband, dessen Leitung die Bauernverräter Tomow und Turlakow mit Unterstützung der faschistischen Regierung an sich gerissen haben, wächst der Einfluß des linken Flügels, der die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern vertritt. In letzter Zeit läuft die Politik Ljaptschews und der Hofkamarilla darauf hinaus, eine Spaltung im Landwirtschaftsverband zu provozieren und mit der Linken Schluß zu machen. Die Vertreter der zentristischen Orientierung (die Exminister, wie Obow u.a.), die gegen die Zusammenarbeit des Verbandes mit den Arbeitern auftreten, machten durch Vermittlung der Regierungen Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Frankreichs den Versuch, mit dem Zarenhof hinsichtlich ihrer Rückkehr zu einem Einverständnis zu gelangen. In letzter Zeit hat sich die Tätigkeit des Zentrums im Verbandsverbande verstärkt, wodurch die für die Regierung so erwünschte Spaltung herbeigeführt wird. Der Kampf um die Erhaltung der Einheit des Landwirtschaftsverbandes und der interne Kampf um den Uebergang der Macht zur Linken, die über die tatsächliche Mehrheit verfügt, stellen gegenwärtig die wichtigste Aufgabe dar. Es ist indessen wahrscheinlich, daß die Zentristen auf dem von der Rechten einberufenen Verbandstag die Spaltung provozieren werden. Trotz des bestialischen Terrors wächst die revolutionäre Stimmung der breiten Bauernmassen.

Die Kommunistische Partei hat ihre früheren Irrtümer eingesehen und hält im allgemeinen in bezug auf die Bauernschaft die richtige Linie ein. Sie stellt ihre ländlichen Organisationen wieder her, indem sie die linken Elemente des Landwirtschaftsverbandes im Kampf gegen die Regierung unterstützt und in den Massen die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern befestigt.

Rumänien. Die Bauern des früheren Rumäniens haben dank der „Agrarreform“ zum Teil die feudale Ausbeutung und die Abhängigkeit von dem Hochadel abgeworfen, sind aber dafür in die Netze des Bankkapitals und der Wucherer geraten. Die Erhöhung der Steuern, die zu Rüstungszwecken und zur Besoldung der Beamtschaft verwandt werden, führt zur Verschuldung der Bauernschaft und infolgedessen zum Ruin sogar ihrer mittleren Schichten. Die im Interesse des Handelskapitals festgesetzten Getreideausfuhrzölle entziehen der Bauernschaft ihre letzten Säfte. Am schwersten ist die Lage der Bauern der nationalen Minderheiten, d. h. in der

Dobrudscha, in Bessarabien, in der Bukowina und in Siebenbürgen. Diese Gebiete werden kolonisiert. Besonders bezeichnend sind die Willkürhandlungen gegenüber den Bauern in Bessarabien und in der Dobrudscha. Die durch die Gewaltsamkeit und Willkür der Behörden zur Verzweiflung gebrachte Bevölkerung steht auf. Ihre Erhebungen werden blutig unterdrückt. In der letzten Zeit hat die rumänische Regierung in der Dobrudscha über die Hälfte der bulgarischen Bauern ihres Grundbesitzes beraubt. Trotzdem sie sich hier bereits unter der Türkenherrschaft angesiedelt hatten, wurden von ihnen dokumentarische Beweise für ihr Anrecht auf das Land gefordert. Sogar denjenigen, die sie beibringen konnten, wurde das Land zur Hälfte abgenommen. Die Gemeindewiesen und Wälder wurden beschlagnahmt, ein grenzenloses Willkürregiment wurde aufgerichtet. Jetzt werden diese Ländereien von Bauern rumänischer Nationalität kolonisiert. In der letzten Zeit hat sich die Bauernpartei mit der Mittelstandspartei verbündet und hat allen ihren programmatischen Forderungen zugunsten der werktätigen Bauernmassen abgeschworen. Es unterliegt indessen keinem Zweifel, daß unter den Mitgliedern der früheren Bauernpartei die oppositionelle Strömung sich verstärken wird, die mit der Zeit die Bauernorganisation wieder aufleben lassen wird. Die Kommunistische Partei mit Ausnahme einzelner Genossen unterließ fast jegliche Tätigkeit unter den Bauern Altrumäniens. Sie schuf dort kein eigenes Parteinetz auf dem flachen Lande, entfaltete keine Agitation unter den Landarbeitern und wirkte fast gar nicht unter den Massen. Trotzdem die Möglichkeit bestand, ein Netz von Parteizellen auszuspannen und Fraktionen sowie Linksgruppen sowohl in den bäuerlichen Genossenschaften wie in der Bauernpartei ins Leben zu rufen, wurden diese Möglichkeiten nicht von der KPRu ausgenutzt; wenn auch der Versuch gemacht wurde, mit der bäuerlichen Massenbewegung in Verbindung zu treten, so beschränkte er sich gewöhnlich auf die Unterhaltung von Beziehungen zu einzelnen schwankenden Führern der Bauernpartei. Es ist Aufgabe der KPRu, die notwendige Tätigkeit auf dem flachen Lande entschieden in Angriff zu nehmen, besonders in Anbetracht der zunehmenden Einigung der reaktionären Kräfte in Rumänien und der wachsenden Gefahr einer militärischen Intervention gegen die Sowjetunion.

**Polen.** In Anbetracht der bedeutenden Anzahl großer Güter, die etwa 32 bis 34 Prozent des gesamten Landes ausmachen, leidet die Bauernschaft unter Landmangel und Landlosigkeit. Von der 3 000 000 Höfe betragenden Gesamtzahl der Bauernwirtschaften verfügen 2 100 000 Höfe über eine Fläche von weniger als 5 Hektar. Das polnische Dorf ist ungeheuer überbevölkert. Vor dem Kriege betrug die alljährliche Abwanderung in die Stadt oder ins Ausland, hauptsächlich nach Deutschland auf Saisonarbeiten, im Durchschnitt 600 000 Personen. Gegenwärtig, angesichts der chronischen Industriekrisis und der Unmöglichkeit, ins Ausland auszuwandern, beginnt dieses ländliche Arbeitslosenheer zu einer ständigen Bedrohung für die in Polen herrschenden Klassen zu werden. Um eine Agrarrevolution in Polen zu hintertreiben, kokettierte die Bourgeoisie seit 1918 mit der Bauernschaft, indem sie ihr versprach, ihr auf dem Wege einer „Agrarreform“ Land zu verschaffen. Aber bis auf den heutigen Tag ist außer der Kolonisation des von Polen okkupierten westlichen Weißrußland und der Ukraine nichts getan worden, um den Landhunger der Bauernmassen zu stillen. Gegen-

wärtig jedoch macht die faschistische Pilsudski-Regierung den Versuch, das Gesetz vom 28. 12. 1925 durchzuführen, das faktisch den Abbau der früheren Gesetze über die Agrarreform darstellt, wodurch sie das Programm der gestürzten Witos-Regierung in die Tat umsetzt.

Der Minister für Agrarreformen Stanewitsch kennzeichnet die Lage folgendermaßen:

„Die Staatskasse verfügt über keinerlei Mittel und kann für die Umgestaltung des Agrarsystems keine bedeutenden Summen auswerfen. . .“ „Das Statut vom 28. 12. 1925 ist ein Kompromiß und befriedigt als solches niemanden. Gleichzeitig baut es als Kompromiß vielen sozialen Konflikten vor und muß deshalb ausgeführt und schnellstens verwirklicht werden. . .“ „Ich muß als Minister für Agrarreformen ein Januskopf mit zwiefachem Gesicht sein, das eine, gemäßigte, dem Westen (dem eigentlichen Polen) und das andere, radikalere, dem Osten zeigen . . . Unsere Agrarfrage ist nicht nur sozialer und wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Eben deshalb hätte ich den Wunsch, meine Tätigkeit auf die östlichen Randgebiete zu konzentrieren; denn ich glaube, daß eine reiche, zufriedene Bauernschaft im Osten der beste Schutzwall für Polen und zugleich für ganz Europa gegen die vom Kreml herausgegebenen Parolen bilden werde.“ (Aus einer in Lemberg gehaltenen Rede, zitiert im „Neuen Polnischen Kurier“ vom 9. 9. 1926.)

Die Absichten des polnischen Faschismus sind vollkommen klar. Was in Wirklichkeit die Durchführung des Agrargesetzes darstellt, ergibt sich unter anderem aus einer Aeußerung des PPS-Blattes „Der Arbeiter“ vom 11. Januar 1927:

„Die Blätter veröffentlichen eine Liste der Güter, die 1928 zwangsweise den Bauern käuflich überlassen werden sollen, falls sie nicht im Jahre 1927 von den Großgrundbesitzern freiwillig zum Verkauf gebracht werden. . . Es wird da ein Spiel getrieben, das dräuend Zwangsenteignung genannt wird; in Wirklichkeit jedoch wird den Gutsbesitzern, die sich als benachteiligt gebärden, die Erlaubnis erteilt, die untauglichen Ländereien zu parzellieren, wobei nur einige Hektar oder einige Dutzende Hektar Land der Güter in Aussicht genommen sind. . .“ „Dieses Spiel ist denn doch zu peinvoll für das werktätige Volk. Deshalb muß es aufgegeben werden. . .“

Die Versuche der faschistischen Regierung, das Staatsbudget auf einer „gesunden“ Landwirtschaft aufzubauen und auf eine teilweise „Agrarisierung“ Polens hinzusteuern, traten in Erscheinung auf der Tagung der polnischen Magnaten unter Pilsudskis Mitwirkung und machen sich bereits bemerkbar. Die Vorteile kommen in die Tasche der Gutsbesitzer und Wucherer, die werktätigen Schichten sind im Nachteil. Im einzelnen führte die massenhafte Getreideausfuhr durch die Gutsbesitzer und die Dorfbourgeoisie bei dem etwa 20 Prozent betragenden diesjährigen Mißwachs zu einer zunehmenden Teuerung, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die werktätigen Bauernmassen trifft.

Im allgemeinen hat sich die Lage dieser Massen beim Uebergang zur Stabilisierung infolge des unerträglichen Steuerdrucks sehr verschlechtert. Besonders schwierig jedoch ist die Lage der Bauernschaft im westlichen Weißrußland und in der Ukraine.

Die Bauernschaft, die mit der Maiumwälzung Pilsudskis die Hoffnung auf Landerwerb und auf eine Besserung ihrer Lage verknüpfte, verliert recht schnell ihre Illusionen. Der andauernde Verfall der reaktionären und kompromißbereiten Bauernorganisationen, das schnelle Wachstum der radikalen Bauernvereinigungen mit der Parole: unentgeltliche Enteignung der Gutsländereien, Bündnis der Arbeiter und Bauern im Kampfe um die Macht

usw. (die „Unabhängige Bauernpartei“, die weißrussische „Hromada“, der ukrainische Landarbeiterverband, die Entstehung linker Strömungen in anderen Bauernorganisationen) — zeugen von dem Anwachsen antifaschistischer revolutionärer Stimmungen auf dem flachen Lande. Die Taktik der Kommunistischen Partei in bezug auf die bäuerlichen Massenorganisationen förderte das Wachstum der revolutionären Gesinnung der Bauernschaft. Es gelang der Partei, ihre Organisationen über das flache Land auszuspannen. Künftig muß die Partei jegliche politische Kampagne mit den wirtschaftlichen Forderungen der Bauernschaft inniger verknüpfen als das bis jetzt der Fall gewesen ist; ihre organisatorische Grundlage in der Bauernschaft muß erweitert werden (und zwar besonders im eigentlichen Polen), und sie muß die Führung aller antifaschistischen Elemente des flachen Landes übernehmen. In dieser Hinsicht besteht die vornehmste Aufgabe in der verstärkten Tätigkeit unter der Dorfjugend, unter der die Faschisten eine lebhaftige Agitation entfalten.

Die Partei hat die Aufgabe, unter den schwierigen Umständen des weißen Terrors, der sich in dem Maße der zunehmenden, gegen die Sowjetunion gerichteten Kriegsrüstungen Pilsudskis, dieser Kreatur des englischen Imperialismus, verstärkt, nicht nur das polnische Proletariat, sondern auch die polnische und die national unterdrückte Bauernmasse zum Kampf gegen den Faschismus und das militärische Abenteuerium zu mobilisieren.

A. MARTYNOW:

## DER ZYKLUS DER IDEOLOGISCHEN EVOLUTION — GESCHLOSSEN

(Das neue Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands)

Der Kampf um die Bauernschaft ist einer der charakteristischsten Wesenszüge der neuzeitlichen Epoche der Kriege und Revolutionen. Das revolutionäre Proletariat ist bestrebt, die Bauernschaft auf seine Seite herüberzuziehen, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen, während die Bourgeoisie bestrebt ist, mit Hilfe der Bauernschaft die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stabilisieren. Auf wessen Seite steht in diesem Kampf um die Bauernschaft die deutsche Sozialdemokratie? Darauf gibt der von der Agrarkommission unter dem Vorsitz Hilferdings ausgearbeitete Entwurf eines Agrarprogramms, der im „Vorwärts“ vom 12. Januar 1927 abgedruckt wurde, eine unzweideutige Antwort.

Um diesen bemerkenswerten Entwurf gebührend würdigen zu können, muß man sich vor allem darüber klar werden, was er eigentlich darstellt — ein Maximal- oder ein Minimalprogramm. Die Agrarkommission zur Ausarbeitung des neuen Programms war vom Zentralkomitee der SPD auf Grund des Beschlusses des Heidelberger Parteitags eingesetzt worden, der

das neue Parteiprogramm angenommen hatte. Dieser Entwurf ist somit eine Ergänzung des neuen Programms, das anscheinend auf dem gleichen Grundsatz beruht. Das Heidelberger Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterscheidet sich von dem alten Erfurter Programm dadurch, daß es die Trennung in ein Maximalprogramm und ein Minimalprogramm nicht kennt. Es geht davon aus, daß die jetzige „demokratische“ deutsche Republik

„die Staatsform ist, deren Erhaltung und Ausbau für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse eine unerläßliche Notwendigkeit ist.“

Mit anderen Worten: Das Heidelberger Programm geht davon aus, daß das deutsche Proletariat einer Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus bereits nicht mehr bedarf, da in Deutschland jene Staatsform gegeben sei, in deren Rahmen sich der Sozialismus (durch die Koalition mit der Bourgeoisie) errichten lasse. Dementsprechend entfällt die Notwendigkeit einer Trennung des Programms in ein Maximal- und ein Minimalprogramm. Das Heidelberger Programm stellt denn auch wirklich einen sozialreformistischen Brei dar, in dem die sozialistischen Probleme und die kleinsten demokratischen Forderungen bunt durcheinander gemengt sind.

Offensichtlich ist auch der Teil des Programms, der sich auf das Agrarproblem bezieht und dessen Entwurf soeben veröffentlicht wurde, nach dem gleichen Plan konstruiert worden. Offensichtlich soll auch er, neben einer Reihe von Teilforderungen, jene ganze Portion Sozialismus (auf dem Gebiete des Agrarwesens) umfassen, die die deutschen Sozialdemokraten zu verdauen vermögen. Wenn wir also von diesem Standpunkt aus an den Entwurf herantreten, so gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in den eineinhalb Jahren seit dem Heidelberger Parteitag mächtig fortgeschritten ist: d. h., daß das Heidelberger Programm den Marxismus offen durch den Sozialreformismus ersetzte, während in dem jetzigen Entwurf des Agrarprogramms selbst von dem reformistischen Sozialismus auch nicht die Spur mehr vorhanden ist. Die Toten reiten schnell!

Schon der prinzipielle einleitende Teil des Entwurfs des Agrarprogramms zeigt klar, daß die deutsche Sozialdemokratie den Sozialismus und den Klassenkampf als lästigen Ballast über Bord geworfen hat. Der Entwurf beginnt mit folgender Tirade:

„Die Steigerung des Ertrages der Volkswirtschaft durch stets gesteigerte Anwendung von Wissenschaft und Technik ist das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land.“

In der Industrie habe der Kapitalismus ein ständiges und rasches Wachstum der Produktionskräfte bewirkt. In der Landwirtschaft dagegen habe der Kapitalismus bei dieser seiner Aufgabe verhältnismäßig geringere Erfolge erzielt, infolge der natürlichen Begrenzung des fruchtbaren Bodens und der Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung auf gegebener Fläche unbegrenzt zu steigern. Darum müsse hier

„an die Stelle der Marktregelung die bewußte Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe auf die Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion treten.“

Darin erschöpft sich der Inhalt des prinzipiellen Teils des Agrarprogramms. Von Sozialismus und Klassenkampf kein Wort! Aber die Beihilfe der Gesell-

schaft zur Verbesserung der Landwirtschaft in dem modernen kapitalistischen Deutschland ist doch auch den deutschen Gutsbesitzern erwünscht. Wodurch also unterscheidet sich prinzipiell die deutsche Sozialdemokratie von der deutschen Gutsbesitzerklasse? Scheinbar durch nichts!

Der erste Teil des Entwurfs des Agrarprogramms ist der „Bodenreform“ gewidmet. In Deutschland gibt es 3 500 000 Bauernknechte und Landarbeiter, von denen nur 200 000 kleine Fetzen eigenen oder gepachteten Grund und Bodens besitzen. Außerdem gibt es in Deutschland 3 500 000 Zwergbauernwirtschaften, die unter zwei Hektar Land besitzen, und eine Million Kleinbauernwirtschaften mit einer Bodenfläche von 2 bis 5 Hektar. Auf diesem Grund und Boden hausen 13 Millionen Bauern (einschließlich ihrer Familien). Es überrascht nicht, daß diese Millionen Kleinbauern und ein Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter Bodenhunger verspüren. Es überrascht nicht, daß in Deutschland eine ziemlich starke Bewegung zugunsten der „inneren Kolonisierung“ (Siedlungsbewegung) besteht. Aber an der „Bodenreform“, an der inneren Kolonisierung Deutschlands ist nicht nur die Dorfarmut interessiert. Mit ihr sympathisieren auch gewisse Schichten der Bourgeoisie und sogar der Gutsbesitzer (solange man diese Reform nicht auf ihre Kosten zu vollziehen beabsichtigt) im Interesse der „Gesundung der Nation“, d. h. im Interesse einer „Entspannung der Atmosphäre“, einer Abstumpfung des Klassenkampfes und einer Erhöhung der Stabilität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Damit erklärt sich die kleinbürgerlich-demokratische Bodenreformbewegung, die noch vor dem Kriege in Deutschland entstanden ist und unter der Führung von Adolf Damaschke steht, eine Bewegung, der seinerzeit sogar eine solche Säule des Konservatismus, wie der Anhänger Bismarcks, Prof. Adolf Wagner, seine Sympathie bekundete.

Diese Bewegung wird nun auch von der heutigen deutschen Sozialdemokratie unterstützt, die mit der Bauernschaft durch die große Organisation des „Reichslandbundes der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe“, die ungefähr 60- bis 70 000 Mitglieder zählt, in Verbindung getreten ist. Wovon geht nun die Sozialdemokratie aus, wenn sie für die „Bodenreform“ eintritt? Von den Klasseninteressen des Proletariats, das die Kleinbauernschaft im Kampfe um die proletarische Revolution auf seine Seite herüberzuziehen versucht, oder von den Interessen der Konsolidierung der bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung? Die Antwort auf diese Frage erteilt der Entwurf des Agrarprogramms, in dem es heißt:

„Aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik fordert deshalb die Sozialdemokratie eine grundlegende Aenderung der Grundeigentumsverhältnisse, eine planmäßige Bodenreform.“

Wiederum werden also hier die Produktionsinteressen in den Vordergrund gestellt, als wäre Deutschland bereits eine am Aufbau des Sozialismus arbeitende Sowjetrepublik. Aber um dieser Ziele willen — zwecks einer gleichmäßigeren Ansiedlung der Bevölkerung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, fordern auch die Herren Damaschke und die bürgerliche Partei der „Demokraten“, die aus der bürgerlichen „Fortschrittspartei“ der Vorkriegszeit hervorgegangen ist, die Durchführung der Bodenreform. Die Scheidelinie zwischen der Sozialdemokratie und diesen bürgerlichen Strömungen ist somit sichtlich verwischt.

Um bei dem Leser jeden Zweifel in dieser Hinsicht zu beheben, braucht er sich nur den Inhalt der „Bodenreform“ anzusehen, die in dem Programm-entwurf vorgeschlagen wird. Im Heidelberger Programm der Sozialdemokratie lasen wir:

„Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen (diese Kautschukformel hat in Heidelberg die Forderung der Enteignung der Produktionsmittel ersetzt — A. M.); 2. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätessystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft (d. h. Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie! — A. M.)“

In dem jetzigen Entwurf des Agrarprogramms wird der Sinn dieser schleierhaften Formeln entziffert und erläutert, in welcher Weise die Sozialdemokratie sich dazu anschickt, unter Verwirklichung der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie den „Sozialismus“ auf dem Gebiete der Agrarfrage zu realisieren. Wir lesen im Entwurf:

„Wir fordern daher die Beseitigung des auf Raub- und Rechtsbruch zurückgehenden Herrneigentums.“

Gleich aber, nach diesen drohenden Worten über die „Beseitigung des Herrneigentums“, erläutert der Verfasser, der Angst vor der eigenen Courage bekommen hat:

„Wir verlangen eine Boden- und Wirtschaftspolitik, die die schädlichen Wirkungen (!) dieses Privat- und Bodenmonopols beseitigt, und die auch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben (also neben den großkapitalistischen! — A. M.) genügende Lebensbedingungen sichert.“

Im Heidelberger Programm also wurde die Enteignung ersetzt durch das Wörtchen „Entziehung“, in dem jetzigen Entwurf aber wird erläutert, daß unter dem Wort Entziehung die „Beseitigung der schädlichen Wirkungen“ zu verstehen ist. Worin besteht nun diese Beseitigung der schädlichen Wirkungen? Erstens in einer faktischen Abschaffung der Fideikommisse, d. h. jener Einrichtung der vererbten, keiner Aufteilung unterliegenden Adelsländereien, zweitens in der zwangsweisen, gegen eine Entschädigung vorzunehmenden Abtretung des überschießenden Teils der landwirtschaftlichen Großbesitzungen an das Reich, die eine „optimale, d. h. für die Volkswirtschaft nicht angemessene Betriebsgröße“ überschreiten. Für den deutschen Osten z. B. wird diese, einer Enteignung nicht unterliegende Norm auf 750 Hektar festgesetzt.

Die russischen Bolschewiki haben 1905, als ihr Kurs noch auf die bürgerliche Revolution hinsteuerte, die Forderung der Nationalisierung des Grund und Bodens aufgestellt. Die deutsche Sozialdemokratie dagegen, die der Arbeiterklasse gegenwärtig ein sozialistisches Paradies bereitet, läßt in diesem Paradies die kapitalistischen Großbetriebe des landwirtschaftlichen Privateigentums im Umfang von 750 Hektar bestehen, denn — wir wiederholen — der Programmentwurf ist kein Minimalprogramm und gibt erschöpfend Aufschluß darüber, was die Sozialdemokratie in der deutschen Republik der Gegenwart, die nach Meinung der Sozialdemokratie ja keine Revolution mehr nötig hat, zu unternehmen gedenkt.

Die „Ueberschüsse“ an Grund und Boden, die der Entwurf zu enteignen vorhat, bestimmt er für die Bildung neuer Siedlungen, für die Abrundung von Grund und Boden (Anliegsiedlung) und für

„Gartensiedlung, Heimstätten- und Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und landlose Gemeindeangehörige.“

Die in Anführung gesetzten Worte sind überaus bezeichnend. Aus ihnen geht hervor, daß die Sozialdemokraten keinesfalls beabsichtigen, irgendwelchen jetzigen Landarbeitern oder Landlosen Bodenanteile als **V o l l b e s i t z** zu überweisen, die ihr Auskommen gewährleisten. Das wäre eine Gefahr für die Gutsbesitzer, denen auf diese Weise Arbeitskräfte entzogen werden könnten. Die Landlosen erhalten deshalb nur Heimstätten- oder Pachtland, was ihnen keine Freizügigkeit gewährt, den Grundbesitzer aber in den Stand setzt, sie leichter zu versklaven.

Der zweite Teil des Absatzes über die Bodenreform spricht von der Schaffung eines Rechtsschutzes für die Interessen der kleinen Pächter. Gegen diese Maßnahmen haben wir nichts einzuwenden. Sie sind notwendig. Wir werden hier auch darauf nicht eingehen, ob diese Maßnahmen für den Rechtsschutz der Pächter ausreichend sind. Wir heben lediglich einen Umstand hervor, und zwar den, daß die Tatsache der Existenz von Kleinpächtern auf dem Besitz großer Grundherren für die Verfasser des Entwurfes anscheinend keine vorübergehende Erscheinung ist. Darüber, daß der verpachtete Grund und Boden früher oder später den großen Grundherren durch Enteignung abzunehmen ist, wird in dem Entwurf des Agrarprogramms nirgends etwas gesagt. Die deutsche Sozialdemokratie wagt es also nicht einmal, die Enteignung jenes Grundherreneigentums zu fordern, das der Grundherr selbst nicht bewirtschaftet. Hier kann die Dienstbeflissenheit gegenüber den Starken dieser Welt nicht einmal durch die geliebten „Produktionsmotive“ erklärt werden.

So sieht also die von der Sozialdemokratie verkündete „Agrarreform“ aus. Die neueste Geschichte dieser Renegatenpartei liefert aber den überzeugenden Beweis dafür, daß sie nicht einmal für diese gestutzte bürgerliche Reform ernsthaft kämpfen wird. Das Mitglied der Agrarkommission, Otto Braun, der an diesem bemerkenswerten Entwurf mitgewirkt hat, war bekanntlich vom November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920 Landwirtschaftsminister in Preußen, und damals konnte man sich davon überzeugen, wie die Sozialdemokraten die Bodenreform in der Praxis durchführen. Als die demobilisierten Bauern stürmisch die Zuteilung von Grund und Boden zu fordern begannen, arbeitete der sozialdemokratische Landwirtschaftsminister zur Beschwichtigung der Gemüter einen Gesetzentwurf aus, auf Grund dessen bei Gutsbesitzern mit über 100 Hektar Land die Enteignung eines Drittels des Bodens zwecks Zuteilung an die bedürftigen Bauern vorgenommen werden sollte. Schon in diesem Gesetzentwurf des pfiffigschlauen Ministers war der Vorbehalt gemacht, daß die Sache der Enteignung von Gutsbesitzerland zugunsten der Siedlungsgesellschaften dem Großgrundbesitzerverband übergeben werden muß. Das bedeutete, daß man den Bock zum Gärtner machte. Was dabei herauskam, ist nicht schwer zu erraten. Die preußischen Gutsbesitzer besitzen ungefähr 17 Millionen Hektar Land. Auf Grund des Gesetzentwurfes mußten also von ihrem Besitz 5 bis 6 Millionen Hektar enteignet werden. In Wirklichkeit aber wurden nur 70 000 Hektar enteignet. Die Dorfarmut, die ihr Blut „auf dem Altar des Vaterlandes“ geopfert hatte, wurde also mit 70 000 Hektar abgespeist — eine Ziffer, die sogar im Vergleich zu den 2 ½ Millionen Hektar der reaktionären,

mittelalterlichen Fideikomnisse, die in der „demokratischen“ deutschen Republik bestehen blieben, verschwindend klein ist. Womit erklärte Otto Braun nun den Umstand, daß die Regierung die Bauern betrog und ihre eigenen Versprechungen nicht erfüllte? Die Antwort darauf gab er in der „Gesellschaft“ von 1924:

„Infolge der Aufteilung des Grund und Bodens, die eine gewisse Zeit braucht, sowie infolge der Nutzung einer großen Menge Bodens zum Bau von Straßen und Wegen, würde der Bodenertrag mindestens auf einige Jahre zurückgegangen sein, was wir bei unserer gegenwärtigen Ernährungsnot nicht ausgehalten hätten.“

Das heißt also, daß die Ernährungsnot schlimmer geworden wäre, wenn man den unter der Ernährungsnot leidenden armen Bauern Land zugeteilt hätte. Wessen Ernährungsnot? Doch wohl der Gutsbesitzer? Wir sehen also, daß die Sozialdemokratie keinen einzigen Schritt zugunsten der besitzlosen Klassen zu unternehmen vermag, aus Angst davor, daß die Produktivkräfte der kapitalistischen Wirtschaft sich vorübergehend vermindern könnten. Schon daraus allein geht hervor, was ihr Agrarprogramm für die besitzlosen Klassen wert ist, ein Programm, das mit der Behauptung beginnt, daß die Steigerung des Ertrages der Volkswirtschaft das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land darstelle.

Der nächste Punkt des Agrarprogramms handelt von der „Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.“ In diesem Abschnitt lesen wir:

„Die soziale Lage der kleinen und mittleren Bauern, die in vielen Teilen Deutschlands eine sehr gedrückte ist und keineswegs ihrer unermüdlichen Arbeit entspricht, kann nicht durch das Emportreiben der Lebensmittelpreise auf Kosten der Konsumenten, sondern nur durch Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten gebessert werden.“

Auf welche Weise aber soll nun die Produktion der Kleinbauern gesteigert werden? Hierzu ist es natürlich vor allem notwendig, daß der Kleinbauer zu günstigen Bedingungen Produktionsmittel geliefert bekommt. Wir haben bereits von der entschädigungslosen Zuteilung von Bodenanteilen aus der Masse des enteignenden Gutsbesitzerlandes gesprochen, darauf aber läßt sich, wie wir gesehen haben, die Sozialdemokratie nicht ein. Ein zweiter Teil der Aufgabe besteht in der Ausrüstung der Kleinbauern mit billigen Produktionsmitteln, mit landwirtschaftlichen Maschinen, billigen Düngemitteln usw. Wie kann das erreicht werden? Diese Maschinen und Düngemittel befinden sich in den Händen des monopolistischen Großkapitals, wobei sich in letzter Zeit in Deutschland, im Zusammenhang mit der Rationalisierung der Landwirtschaft, eine äußerst starke Tendenz zur Bildung eines monopolistischen Agrarkapitals und dessen Verschmelzung mit dem Industrie- und Finanzkapital bemerkbar macht. Uebersaus charakteristisch in diesem Sinne ist in Deutschland die gegenwärtige Tendenz zur Konzentration der Genossenschaften und ihre Umwandlung in zentralisierte, von den Genossenschaftsmitgliedern völlig unabhängige Kreditsinrichtungen für den Ein- und Verkauf, die Tendenz zur Entwicklung von landwirtschaftlichen Banken usw. Sogar derart kulturpolitische Vereinigungen wie die „Gesellschaft zur Förderung der deutschen Pflanzenzucht“ stellt auf Grund dieser Tendenz ihre kulturtechnischen Aufgaben gegenwärtig zurück und rückt die politische wirtschaftliche Aufgabe — den Kampf um Schutzzölle, um Staatskredite usw. — in den Vordergrund. Auf dem Rostocker Verbandstag des Reichsverbandes Landwirtschaftlicher Konsumgenossenschaften sowie auf

dem Hamburger Verbandstag der Raiffeisenvereine wurde die alte Parole des Kampfes gegen die industriellen Kartelle ersetzt durch die neue Parole der Umwandlung der Konsumgenossenschaften selbst in ein landwirtschaftliches Kartell. Zur Verwirklichung dieser Tendenz aber müssen sich die landwirtschaftlichen Betriebe enger mit dem Finanzkapital verbinden, eine Tendenz, die bereits feste Formen anzunehmen beginnt. Wir sehen z. B., daß die Düngemittelindustrie sich gegenwärtig an einer Landwirtschaftsbank der Firma Krupp beteiligt, und daß eine deutsche Getreidehandelsgesellschaft entsteht, an der einerseits der Verein deutscher Landwirte und andererseits die Stickstoff- und Kalisyndikate (siehe Edwin Hörnle: „Entwicklungslinien der deutschen Landwirtschaft“) beteiligt sind.

Unter diesen Verhältnissen ist eine billige Belieferung der Kleinbauern mit landwirtschaftlichen Maschinen und Düngemitteln sowie überhaupt mit industriellen Produkten nur möglich nach einer Konfiskation der monopolistischen Großbetriebe, was wiederum nur nach Eroberung der Macht durch das Proletariat erreichbar ist. Solange aber die proletarische Revolution nicht gesiegt hat, sind gewisse Teilerfolge im Sinne einer Verwirklichung der bezeichneten Aufgabe nur möglich bei einer Verschärfung des revolutionären Kampfes des Proletariats, im Bündnis mit den Kleinbauern gegen das Monopolkapital, sowie bei einer Organisierung der Kontrolle der proletarischen und der Kleinbauernorganisationen über die Produktion. Dieser Weg aber ist der deutschen Sozialdemokratie versperrt.

Zwecks Steigerung der Produktion in den Kleinbauernbetrieben schlägt der Entwurf des Agrarprogramms der Sozialdemokratie in erster Linie eine ganze Reihe rein kultureller Maßnahmen vor, wie den Ausbau des Schulnetzes, der Fachschulen, der Versuchsfelder, der Verbesserung des Wegebaus usw. usw., ganz harmlose Maßnahmen, gegen die weder ein Kapitalist noch ein Unternehmer irgend etwas einzuwenden haben wird. Ferner schlägt dieser Entwurf die Errichtung einer „öffentlichen Kontrolle“ über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel vor, insbesondere öffentlich rechtliche Kontrollbefugnisse bei der Preisfestsetzung des Kunstdüngers, ferner Förderung der Verbilligung des Baus landwirtschaftlicher Maschinen „mit öffentlichen Mitteln“ und nötigenfalls durch Eingreifen des Staates. Diese Phrasen über die „öffentliche“, d. h. gesellschaftliche und staatliche Kontrolle können nur den einen Zweck haben: den Arbeitern und Kleinbauern Sand in die Augen zu streuen. Als ob nicht bekannt wäre, daß die moderne deutsche „Gesellschaft“ eine bürgerliche Gesellschaft ist, daß der moderne deutsche Staat ein kapitalistischer Staat ist und daß in dieser „Gesellschaft“ und in diesem Staat gegenwärtig das Wetter gerade von jenem Monopolkapital gemacht wird, gegen das es zu kämpfen gilt um die Verbilligung der Produktionsmittel der Kleinbauern! Also wird hier wieder einmal der Bock zum Gärtner gemacht.

Dieses Ziel — der Betrug an den Arbeitern und Kleinbauern — verfolgt auch der nächste Punkt des Programmwerfs, der sich mit der Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse befaßt. Zur Regelung der Preise schlägt der Entwurf in erster Linie die ganz harmlose Maßnahme der Errichtung einer Statistik der Marktbewegungen und zweitens die Errichtung eines Reichsmonopols für die Ein- und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten vor. Diese Maßnahme sieht sehr

radikal aus und ist fast eine Imitation des Außenhandelsmonopols der Sowjetunion. Nur besteht ein ganz kleiner Unterschied zwischen dem Außenhandelsmonopol der Sowjetunion und dem Reichsmonopol für den Getreidehandel, das der sozialdemokratische Entwurf vorschlägt. In der Sowjetunion ist das Staatsmonopol ein wirtschaftlicher Hebel in den Händen des Proletariats, das die Herrschaft im Staate besitzt, in Deutschland aber wäre das Reichsmonopol ein Hebel in den Händen des Finanzkapitals, das in der heutigen deutschen Republik die Herrschaft besitzt. Es ist deshalb kein Zufall, daß auch der Konservative Kanitz seinerzeit ein Anhänger dieses Monopols war. Die Verfasser des Entwurfs wollen durch ihre Forderung des Reichsmonopols den Junkern die Hände binden, die sich gegenwärtig durch das System der „Einfuhrscheine“ bereichern. Aber sie wollen den Junkern nur in jenen „vernünftigen“ Grenzen die Hände binden, die das vereinigte Finanzkapital in Deutschland diesen Junkern zu setzen bereit ist. Dieses System, den Junkern durch die Großindustriellen und durch die Großfinanz die Hände zu binden, macht sich besonders glänzend im Munde der Sozialdemokratie, jetzt, wo die Partei des Großkapitals ein politisches Bündnis mit den konservativen Agrarierparteien eingeht und sie zur Beteiligung an der Regierung unter Ausschließung der Sozialdemokraten heranzieht, denen man den Laufpaß gibt, weil man sie nicht mehr braucht!

Nicht besser formuliert ist auch jener Punkt des Programms, der sich mit der Besteuerung befaßt. Wir wissen, daß die landwirtschaftlichen Steuern in Deutschland auf einem System beruhen, das in umgekehrtem Verhältnis zur Ausdehnung des Besitzes steht: Je kleiner der Bodenanteil eines Landwirtes ist, um so größer ist der Steuersatz, der auf den Hektar entfällt. Es sollte also scheinen, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch eine bürgerlich-demokratische Partei in ihrer Steuerpolitik vor allem den Kampf gegen dieses räuberische System in den Vordergrund stellen und dessen Ablösung durch ein System der Progressivsteuern fordern müßten. Aber, wie wir bereits gesehen haben, tritt der sozialdemokratische Entwurf stets und überall viel mehr für „höhere“ Interessen, als für die Interessen der unterdrückten Klassen ein. Dieser Entwurf verteidigt die Interessen der Entwicklung der Volkswirtschaft (lies: kapitalistischen Produktion), deshalb beginnt der entsprechende Punkt des Programmentwurfs auch mit folgenden bemerkenswerten Worten:

„Die Steuerpolitik muß den sozialen Zweck erfüllen, das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen und den produktionspolitischen Zweck, den Uebergang des Bodens an den besten Wirt zu fördern.“

Diese beiden aufgezeigten Ziele stehen in einer kapitalistischen Gesellschaft in offenem Widerspruch zueinander. — Das erstere Ziel erfordert den Interessenschutz der werktätigen Bauern, das letztere dagegen den Interessenschutz der Gutsbesitzer, da es doch gar keinem Zweifel unterliegt, daß der Gutsbesitzer unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Deutschland besser wirtschaftet als der Kleinbauer, und daß die Förderung des Uebergangs des Bodens an den besten Wirt nur in einer Steuerpolitik münden kann, die den Kleinbauern ruiniert und den Gutsbesitzern hilft, ihn aus dem Konkurrenzfelde zu schlagen. Wie will nun die Sozialdemokratie diese beiden unversöhnlichen Aufgaben unter einen Hut bringen? Anscheinend dadurch, daß sie sich den Verhältnissen anpaßt, mit anderen Worten, daß sie sich in ihrer Schuftigkeit nach der Decke streckt.

Der letzte Punkt des Programms betrifft die „Forderungen für die Land- und Forstarbeiter“. Hier werden die üblichen sozialdemokratischen Gewerkschaftsforderungen aufgestellt, auf die wir hier nicht einzeln eingehen werden, weil es in der vorliegenden Frage nicht darauf ankommt, was im Programm steht, sondern darauf, wie die Partei in der Praxis um die Verwirklichung ihrer Forderungen kämpft. Auf diese Frage aber hat die Geschichte bereits eine vielsagende Antwort erteilt. Wie die Sozialdemokratie für die gewerkschaftlichen Interessen der Landarbeiter kämpft, zeigt am besten die Geschichte des Verhaltens von Otto Braun zu ihnen, als er noch preußischer Landwirtschaftsminister war. Trotz des Versprechens der Einführung des Achtstundentages für die Land- und Forstarbeiter lautete das am 24. Januar 1919 in Preußen erschienene Gesetz:

„Ohne Arbeitspausen und ohne Fütterungszeiten bei den Arbeitsgespannen soll die Arbeitszeit vier Monate im Jahre 11 Stunden täglich, vier Monate 10 Stunden und vier Monate 8 Stunden betragen. Darüber hinaus sind Ueberstunden zulässig. An Sonn- und Feiertagen kann auch gearbeitet werden, allerdings nur „naturnotwendige und dringliche Arbeiten“. (Anscheinend war Braun in diesem Fall darum besorgt, daß der Landarbeiter die Kirche besuchen kann — A. M.)“

Weiter war die Verordnung über die Tarifverträge und das Schlichtungswesen vom 23. Dezember 1918 derart formuliert, daß die Möglichkeit eines Landarbeiterstreiks ausgeschlossen war. Außerdem erklärte der sozialdemokratische Minister Otto Braun am 3. Dezember 1918 in seinem Regierungsprogramm:

„Es muß gesagt werden, daß die Arbeiter jetzt von übertriebenen Lohnforderungen abstehen müssen.“

Der gleiche Minister, der die Einmischung der Arbeiter- und Bauernräte in die Angelegenheiten der „Landwirtschaftskammern“ verbot, hat schließlich zur gleichen Zeit die Streikbrecherorganisation der sogenannten „technischen Nothilfe“ nach jeder Richtung hin unterstützt. Der Gehilfe Otto Brauns, der sozialdemokratische Innenminister Severing, schrieb im Dezember 1920 folgendes:

„Die Staatsumwälzung wurde für viele die Einleitung einer einzigen großen Lohnbewegung, bei der die volkswirtschaftlichen Folgen viel zu wenig in Betracht gezogen wurden . . . Unter diesen Umständen wurde die Einrichtung der „technischen Nothilfe“ zur Notwendigkeit.“ (Siehe der „Arbeiterkandidat“ Otto Braun als „Schützer“ der Landwirtschaft!)

Wir sehen also, daß die Sozialdemokratie ihrem Prinzip treu geblieben ist, das schon in den ersten Zeilen des Programmentwurfes dargelegt wird: Die Interessen des Proletariats müssen den Interessen der „Volkswirtschaft“, d. h. der kapitalistischen Produktion geopfert werden.

Zusammenfassend können wir sagen: Der neue Entwurf des Agrarprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zeigt, daß diese Partei nach der Herstellung eines Bündnisses der Arbeiteraristokratie mit der Mittel- und Kleinbauernschaft zwecks Festigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Deutschlands und der Niederschlagung der revolutionären Bewegung des Proletariats strebt. Wenn die österreichische Sozialdemokratie in ihrem neuen Agrarprogramm bemüht war, ihren Verrat an der Arbeiterklasse hinter sozialistischen und revolutionären Phrasen und sogar hinter Plagiaten aus dem bolschewistischen Agrarprogramm zu verbergen,

während sie gleichzeitig über die Hauptsache — über die Diktatur des Proletariats und die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes — verschämt schwieg, so hält es die deutsche Sozialdemokratie schon nicht mehr für notwendig, zu heucheln und streicht mit zynischer Offenheit aus ihrem Programm sogar die Worte: Sozialismus und Klassenkampf. Der Entwurf des Agrarprogramms der deutschen Sozialdemokratie bedeutet somit, daß der Kreislauf ihrer ideologischen Evolution zu einer bürgerlichen Partei vollendet ist.

S. DUBROWSKI:

## DIE AGRARREFORMEN DER NACHKRIEGSZEIT

Der Kampf der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Bewegung, das Anwachsen des Faschismus sowie die faschistischen Umwälzungen der letzten Zeit, die Versuche endlich, einen gegen die USSR gerichteten Block in erster Linie aus den die Union im Westen umgebenden Ländern zu schaffen — all das ist mit dem Kampfe der Bourgeoisie für die Bauernschaft eng verknüpft. Die Bourgeoisie ist bestrebt, die bedeutenden Bauernschichten von der revolutionären Bewegung loszureißen und, gestützt auf die Großbauern, diese nicht nur zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung, sondern auch als Kanonenfutter für ihre Angriffe auf die USSR zu benutzen. In den Versuchen, auf das Dorf einzuwirken, in den Versuchen, den Faschismus zu befestigen, spielten und spielen die sogenannten Agrarreformen, die in der teilweisen Parzellierung des Großgrundbesitzes bestehen, nicht die untergeordnetste Rolle. Durch diese Reformen versucht die Bourgeoisie einerseits die Unzufriedenheit des Dorfes zu dämpfen, und andererseits versucht sie damit Kadern einer starken Landbourgeoisie zu schaffen, die der gesamten bürgerlichen Ordnung erhöhte Widerstandskraft verleihen, die gewissermaßen als Stiefel dienen sollte, um jedwede revolutionäre Bewegung niederzutreten. Die Oktoberrevolution hat der Entfaltung des revolutionären Kampfes der Bauern in den anderen Ländern und insbesondere in den an Rußland unmittelbar angrenzenden Ländern einen machtvollen Anstoß gegeben. In einer Reihe von Ländern haben die Bauern im Bunde mit den Arbeitern die Ländereien der Gutsbesitzer an sich gerissen. Die zur Macht gelangten kleinbürgerlichen Regierungen und selbst die bürgerlichen und bürgerlich-agrarischen Regierungen waren unter dem Druck der revolutionären Massen oder der unmittelbar drohenden Revolution gezwungen, auf eine teilweise Aufteilung des Großgrundbesitzes und auf die Zuweisung von Land an einen Teil der Bauern einzugehen.

Agrarreformen wurden in dem einen oder anderen Umfange in allen Ländern Mitteleuropas, von Skandinavien bis zur Balkanhalbinsel, von Finnland bis Griechenland, verwirklicht. Reformen wurden bekanntlich in den baltischen Ländern, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und Ungarn, in Rumänien und auf der Balkanhalbinsel, insgesamt in vierzehn Staaten, durchgeführt. Sie fanden Wiederhall auch in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, bei der sogenannten inneren Kolo-

nisierung, und selbst in England in den reformistischen Strömungen. Darüber hinaus könnte man die Aufzählung von Agrarreformen auch bezüglich der Länder anderer Erdteile und insbesondere des heutigen Ostens wesentlich erweitern. Im Jahre 1925/26 wurde in Japan die Vorbereitung von Agrarreformen in Angriff genommen. Erste Schritte zu Reformen sehen wir auch in Indien und Indonesien, von den afrikanischen Ländern in Marokko, Algier und Tunis, während man bei den amerikanischen Staaten auf Mexiko hinweisen kann. In den Ländern Europas, über die eine machtvolle revolutionäre Welle hinweggegangen ist, beobachten wir eine intensivere Durchführung dieser Reformen. In der zweiten Ländergruppe sind nur Anfänge von Reformen zu verzeichnen.

Wir werden uns im vorliegenden Aufsatz in der Hauptsache mit den Reformen in den Ländern beschäftigen, die noch bedeutende Ueberreste der Leibeigenschaft aufzuweisen haben. Dies ist natürlich keine zufällige Erscheinung, denn die Reformen waren die unmittelbare Folge einer revolutionären Massenbewegung der Bauernschaft in diesen Ländern; die entscheidende Voraussetzung dieser Bewegung war aber der in diesen Ländern erhalten gebliebene Großgrundbesitz, der seinen Ursprung im Feudalismus oder in der Leibeigenschaft gehabt hat. In vielen dieser Länder haben sich auch sonstige Ueberreste der Leibeigenschaft erhalten, wie z. B. verschiedene Arten von so wucherischen Pachten, daß die Pächter in Schuldknechtschaft geraten usw. In vielen Ländern haben sich solche Ueberbleibsel der Leibeigenschaft erhalten, wie zum Beispiel das Kmetentum in Jugoslawien, das Torparentum in Finnland, das Kolonat usw. In einigen Ländern haben sich die aus der Epoche des Feudalismus oder der Leibeigenschaft zurückgebliebenen Servitute u. a. erhalten. In den Ländern, die das System der partiellen Leibeigenschaft ganz oder teilweise beseitigt haben, oder in denjenigen Ländern, wo es weder Feudalismus noch Leibeigenschaft im Großgrundbesitz gegeben hat, wie zum Beispiel in den transozeanischen, sind die Voraussetzungen für eine Bauernbewegung vor allem in der Entwicklung des Finanzkapitals und des Imperialismus gegeben. In den Ländern aber, in denen sich in der einen oder anderen Form ein starker halbfeudaler Großgrundbesitz erhalten hat, bilden die vor allem aus diesem Prinzip resultierenden Gegensätze die entscheidende Voraussetzung einer Bauernbewegung. Eine Analyse des Systems der halben Leibeigenschaft gab Lenin in seinen Arbeiten über Rußland, wo die Ueberreste der Leibeigenschaft überaus bedeutend waren, im übrigen aber nicht größer als in Rumänien oder in einigen Balkanländern.

Daraus ergibt sich, daß die Frage der Dauerhaftigkeit eines Triumphes der Reaktion in diesen Ländern sowie die Frage der Befestigung des Faschismus und der Hineinziehung der Bauernschaft mittels der Großbauern in einen bürgerlich-bäuerlichen Block vor allem auf die Frage hinausläuft, wie weit es den herrschenden Klassen gelungen ist, die wichtigsten Voraussetzungen der bäuerlichen Unzufriedenheit und der bäuerlich-revolutionären Bewegung, d. h. vor allem die Ueberreste des Feudalismus zu beseitigen. Hieraus folgt, daß die entscheidende Frage beantwortet werden muß, — ob diese Reformen das halbfeudale System liquidiert und damit zugleich die Aufgabe einer Vernichtung desselben durch die Revolution in diesen Ländern von der Tagesordnung abgesetzt haben, oder ob

sie nur einen Versuch zu einem kapitalistischen, noch nicht letzten Anstrich darstellen. Endlich muß auch die Frage geklärt werden — ob diese „Reformen“ den Klassenkampf schwächen oder verschärfen, und damit zugleich die Voraussetzungen für den Kampf um eine revolutionäre Liquidierung des Feudalismus beseitigen oder umgekehrt erst schaffen.

Gestützt auf die Leninsche Analyse der Agrarentwicklung, kann man annehmen, daß die in der Durchführung begriffenen Agrarreformen im großen und ganzen als zweiter kapitalistischer Anstrich des halbfeudalen Systems anzusehen sind, die größtenteils von den herrschenden Klassen selbst zwecks Abwendung der ihnen drohenden Revolution vorgenommen werden. Der erste kapitalistische Anstrich waren jene Reformen, durch die in der Mehrzahl der Länder die Leibeigenschaft im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgehoben wurde. Diese Reformen brachten für die Bauern den Verlust des Bodens mit sich, wobei nur eine partielle Zuteilung jenes Landes erfolgte, das sie in der Epoche der Leibeigenschaft besessen hatten und für das sie in der Regel eine hohe Auskaufsumme entrichten mußten. In einigen Ländern jedoch, wie z. B. in den baltischen, erhielten die Bauern ihre Freiheit ohne Zuteilung von Land. Die Reformen des 19. Jahrhunderts führten lediglich zu einer Umwandlung des Bauern aus einem Arbeiter mit einem kleinen Anteil am gutsherrlichen Boden in einen kleinen Pächter oder Halbbauern, der den gutsherrlichen Boden bewirtschaftete. Nahezu in allen aufgezählten Ländern hatten sich mit kleinen Abweichungen die halbfeudalen großen Latifundien mit halbleibeigenen kleinen Bauern voll und ganz erhalten. Pächter, Semibauern u. ä., das waren die Formen, die die Leibeigenschaft vornehmlich annahm.

Die Reformen des 19. Jahrhunderts haben demnach den Feudalismus auf dem Lande nicht beseitigt, sondern lediglich die Form der feudalen Ausbeutung verändert, indem sie den ersten kapitalistischen Anstrich brachten und so die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft durch die preußische Methode, wie Lenin sie nannte, eröffneten.

Der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus bei bestehenden Ueberresten des Feudalismus in agrarischen Ländern verschärft unvermeidlich den revolutionären Kampf der Bauern, drängt die verelendeten armen und mittleren Bauern in den Kampf gegen die Ueberreste der Leibeigenschaft, gegen die Herrschaft des halbfeudalen Grundbesitzes. Die Periode nach dem ersten kapitalistischen Anstrich hat deshalb nach der Aufhebung der Leibeigenschaft im 19. Jahrhundert die bäuerliche Revolution nicht nur nicht liquidiert, sondern die Voraussetzungen für die zweite bäuerliche Revolution in den agrarischen Ländern geschaffen. Diese begann denn auch mit der allgemeinen revolutionären Bewegung in den Nachkriegsjahren. Die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufene allgemeine Krise des kapitalistischen Systems drängte das Proletariat und die Bauernschaft zu revolutionären Aktionen. Nirgends aber, außer in der USSR, ist es dem Proletariat und der Bauernschaft gelungen, den Sieg zu erringen. In den von uns genannten Ländern wurde die revolutionäre Bewegung von der Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern niedergeschlagen. Den letzteren gelang es, die Versuche der Bauern abzuwehren, die Ländereien der Gutsbesitzer

zu konfiszieren und den Feudalismus endgültig zu liquidieren, wie dies zum Beispiel dem Proletariat und der Bauernschaft in der USSR gelungen ist.

Einstmals schrieb Lenin über die russische Revolution von 1905:

„Die durch die Revolution unwiderruflich vollzogene große Wendung besteht darin, daß die Autokratie begriffen hat, daß es ohne Bruch mit der alten Agrarordnung keinen Ausweg aus jenen Widersprüchen gibt, die zur russischen Revolution geführt haben. Selbst die Regierung,“ fährt Lenin fort, „kann sich schon nicht mehr auf die mittelalterlichen Formen des Grundbesitzes stützen und ist gezwungen, mit fieberhafter Eile an der Zerstörung derselben zu arbeiten.“<sup>\*</sup>

Diese Worte sind voll und ganz auf die Politik der bürgerlichen Regierungen nach der Unterdrückung der bäuerlichen Revolutionen anzuwenden. Die herrschenden Klassen selbst haben begriffen, daß es ohne Bruch mit dem alten System des Grundbesitzes keinen Ausweg aus den Widersprüchen gibt, aus denen die Revolution geboren ist. Dadurch erklärte sich, daß nicht nur die zur Macht gelangten kleinbürgerlichen Regierungen, sondern selbst Regierungen der Großbourgeoisie und sogar die bürgerlich-agrarischen Regierungen gezwungen waren, auf Agrarreformen einzugehen, in den einen Ländern in radikalerer, in anderen in gemäßigter Form.

Auf welcher Linie haben sie nun begonnen, diesen Bruch zu vollziehen? In der Hauptsache auf der Linie der Liquidierung vor allem des vorkapitalistischen Großgrundbesitzes und auf der Linie des Ueberganges zum kapitalistischen Grundbesitz.

Viele bürgerliche und kleinbürgerliche Volkswirtschaftler sind bei der Untersuchung der durchgeführten Agrarreformen von der Tatsache betroffen, daß der Großgrundbesitz in seiner Masse liquidiert wird und seinen Platz an den kleinen und mittleren Besitz abtritt. Sie leben in der Vorstellung, daß die Liquidierung des Großgrundbesitzes gleichzeitig auch die Liquidierung der kapitalistischen Großwirtschaft bedeutet. Der grundlegende Irrtum besteht hier darin, daß die Größe der Wirtschaft mit der Größe des Grundbesitzes verwechselt wird. Wie Lenin in seinen Arbeiten, besonders in der Arbeit „Neue Beiträge zu den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ nachgewiesen hat, ist der Umfang der Wirtschaft, der an dem in der Wirtschaft investierten Kapital, d. i. an den Aufwendungen für Gebäude, lebendes und totes Inventar und sonstige Ausrüstungen gemessen wird, beim Uebergang vom feudalen zum kapitalistischen System in ununterbrochenem Wachsen begriffen, während die Bodenfläche (wenn es sich um den Uebergang von der feudalen Wirtschaft zur kapitalistischen handelte) eine Einschränkung erfährt. Die kleinbürgerlichen Theoretiker lassen außer Betracht, daß gegenwärtig als Regel nicht so sehr eine Liquidierung der großen kapitalistischen Wirtschaften vor sich geht wie die Liquidierung des großen halbfeudalen Grundbesitzes. Die Wirtschaft der zur Liquidation gelangenden ungeheuren Latifundien beruht auf Pacht, auf Abarbeitung und ähnlichen halbfeudalen Methoden. Der Uebergang von solchen großen Latifundien zur kapitalistischen Wirtschaft wird den Zerfall dieser Latifundien in kleine und mittlere kapitalistische Wirtschaften und in mittlere und Zwergwirtschaften bedeuten, die notwendige Elemente der kapitalistischen Produktion im gegebenen Sta-

\* Lenin, Gesammelte Werke, russisch, Band 9, Teil 1, S. 7.

dium ihrer Entwicklung sind. Die Fesselung der Bauern an die winzigen Schollen liefert auf diese Weise den Großbauern und den Gutsbesitzern die erforderlichen Arbeitskräfte. Nebenbei bemerkt sind es eben diese Ueberlegungen, die die Ansiedlungen der kleinen Bauern in solchen kapitalistischen Ländern wie Deutschland, oder die Veräußerung des Bodens an die Tagelöhner wie in England diktieren. So lesen wir auch beispielsweise bei einem stockbürgerlichen Volkswirtschaftler, daß die ihrem Umfange nach verschiedenen Gruppen von Wirtschaften dazu berufen seien, in der besten Weise die verschiedenen Produktionsaufgaben zu erfüllen: die reine Familien-Arbeitswirtschaft (so nennt er die mittlere Wirtschaft. S. D.) sei die eine Gruppe, der große Bauernhof, der sich der Dienste gedungener Arbeiter und Arbeiterinnen bediene, sei die zweite Gruppe, und endlich die großen Güter die dritte Gruppe. Alle diese Kategorien von Wirtschaften ergänzten einander, sie müßten auch weiterhin (!) beieinander bleiben, wobei je nach den gegebenen Bedingungen der Produktion die eine oder andere Kategorie vorherrschen müsse. In sozialer Beziehung werde die „gemischte“ Verteilung des Eigentums, wo neben einer begrenzten Zahl von leitenden (!) großen Wirtschaften eine breite Zwischenschicht von selbständigen Bauernwirtschaften — großen und kleinen — vorhanden sei, und wo außerdem die Zahl der im Dorfe ansässigen Handwerker und Arbeiter im richtigen Verhältnis zur Nachfrage nach der Arbeit stehe, „für das absolut Beste gehalten“. So schreibt Professor Sehring, einer der erzbürgerlichen Volkswirtschaftler, einer der Inspiratoren und Verwirklicher der deutschen inneren Kolonisierung. Das ist nun der wahrhaft preußische Entwicklungsweg, auf dem die Großgrundbesitzer selbst im Interesse ihrer Wirtschaft bestrebt sind, sich mit „großbäuerlichen Wirtschaften“ und einer entsprechenden Zahl von mittleren, kleinen und kleinsten Bauernwirtschaften zu umgeben.

Nur von dieser Seite her kann man an die Agrarreformen, die heute durchgeführt werden, herantreten. Es ist der Weg der Liquidierung des halbfeudalen Grundbesitzes im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft. Der Uebergang vom feudalen Großgrundbesitz zum mittleren und kleinen kapitalistischen Grundbesitz ist gleichzeitig der Uebergang von der kleinen halbfeudalen Produktion zur mittleren und großen kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft. Das ist das Wesen der durchgeführten Reformen; das ist der typischste Versuch der herrschenden Klassen, als Antwort auf die revolutionäre Bewegung von unten durch Reformen von oben den grundlegenden Widerspruch zwischen den halbfeudalen Produktionsverhältnissen und den kapitalistischen Produktivkräften zu lösen.

Wir müssen nunmehr untersuchen, wie weit dieser Versuch der Bourgeoisie Erfolg haben wird, wie weit die Bourgeoisie die grundlegenden Widersprüche zu lösen vermag und in welchem Ausmaße es ihr gelingen wird, die zweite bäuerliche Revolution unter den Bedingungen des zerfallenden Kapitalismus von der Tagesordnung abzusetzen.

Wir wollen zunächst untersuchen, welcher Grundbesitz in erster Linie der Parzellierung unterzogen wurde. In Finnland wurde auf Grund der Gesetze der inneren Kolonisierung von 1919, dann von 1921 und vom 25. November 1922 dem Kolonisationsfonds ein Teil der staatlichen und kirchlichen Ländereien und nur ein unbedeutender Teil des Privatgrundbesitzes zuge-

wiesen; von diesem in der Hauptsache nur der Besitz der großen Forstgesellschaften. In Estland unterlagen gemäß dem Bodengesetz vom Oktober 1919 alle Lehngüter der Adligen ebenso wie alle Kirchengüter sowie deren Pachthöfe, alle ehemaligen Krongüter usw. der Expropriierung. In Lettland wird nach dem Gesetz vom 16. Oktober 1920 der Landfonds zusammengesetzt aus den Ländereien des Staates, der Barone und der Kirchen. Nach dem Gesetz können auch Privatgüter aufgeteilt werden, und in einem solchen Falle dürfen den Besitzern nicht mehr als 50 Hektar verbleiben. In Polen unterliegen der Expropriierung nach den unter dem Donner rotarmistischer Kanonen angenommenen Gesetzen vom 15. Juni 1920 alle Güter, die Eigentum des Staates sind, Güter, die den Mitgliedern der Dynastien jener Länder gehören, die ehemals an der Teilung Polens mitgewirkt haben, die Güter der Russischen Bauernbank und der Preußischen Kolonisierungskommission sowie die Güter der sogenannten toten Hand (nach vorherigem Uebereinkommen mit der römischen Kurie) und die Güter der anderen öffentlichen Institutionen. Die Güter der Großgrundbesitzer können jedoch nur einem Zwangsverkauf unterzogen werden, aber auch hier wird eine ganze Reihe von Einschränkungen durchgeführt, wie beispielsweise in einem Falle, wo „die Bewirtschaftung eines Gutes in unzumutbarer Weise und zum Schaden der landwirtschaftlichen Produktion“ geleitet wird, oder für „die Güter, die während der Kriegszeit von Personen erworben wurden, die sich vorher mit der Landwirtschaft beruflich nicht beschäftigt hatten“. Wie aus der Aufzählung der diesbezüglichen Güter zu ersehen ist, werden demnach offenbar nicht die kapitalistischen, sondern die feudalen Wirtschaften parzelliert, die ihre Wirtschaft nicht „zweckmäßig“ führen. Eine entschiedener Formulierung fand das Gesetz über die Agrarreform vom 16. April 1919 in der Tschechoslowakei, doch ist auch hier die Gesetzgebung faktisch gegen den halbfeudalen Landbesitz gerichtet; sie schützt die kapitalistische Wirtschaft. Hier erlitten, wie in den baltischen Ländern, die den Deutschen gehörenden Wirtschaften den Schaden. In Rumänien werden nur die gesamten Güter der Ausländer expropriert, die gesamten Ländereien der von ihren Gütern abwesenden Gutsbesitzer und die für die Bearbeitung geeigneten staatlichen und Apanagengüter, die Besitzungen der Landbanken, der Wohltätigkeitsinstitutionen, der Institute und sonstigen juristischen Personen. Was den Großgrundbesitz jedoch betrifft, so wird er nur in einer bestimmten Proportion expropriert; so werden von einem Gute von 110 Hektar ein Hektar, von einem Gute von 500 Hektar — 259, von einem Gute von 1000 Hektar — 750, und endlich von einem Gute von 10 000 Hektar — 9500 Hektar expropriert. Das gesamte, den ursprünglichen Besitzern überlassene Areal wird ihnen an einer Stelle auf einem der Güter angewiesen. Der Boden wird gegen eine Entschädigung expropriert. Man könnte weiter analoge Auszüge aus den Gesetzgebungen anderer Staaten bringen; wir glauben jedoch, daß die angeführten Beispiele die Reformen vollumfänglich charakterisieren, selbst im Augenblick ihrer Entstehung, d. i. in dem Augenblick der radikalsten Formulierung ihrer Aufgaben, die im Hinblick auf die Bedrohung durch die außerordentlich starke bäuerliche Bewegung getroffen wurde. In Wirklichkeit jedoch werden sie, wie das gesammelte Material über die Agrarreformen beweist, in überaus zwitterhafter Weise durchgeführt. Nach Maßgabe der Abwürgung der revolutionären Bewegung

werden die Reformen sabotiert oder wieder zurückgenommen. Expropriert werden die staatlichen Güter, die Apanagengüter, zum Teil die Kirchengüter, d. h. diejenigen Kategorien von Ländereien, deren Bewirtschaftung in der Regel nicht durch die Besitzer selbst erfolgte. Von den gutsherrlichen Besitzungen dagegen wird überall nur ein bestimmter Teil derselben liquidiert, jener Teil, der nicht nach kapitalistischen, sondern nach feudalen Grundsätzen bewirtschaftet worden ist. Die Bedingungen der entschädigungspflichtigen Liquidation sind für den Gutsbesitzer günstig. Und wenn dem Gutsbesitzer ein Teil seines Besitzes belassen wird, so erhält er eben den Teil, der vor der Reform nach kapitalistischen Methoden bearbeitet wurde. Lediglich ein Vorbehalt wäre hier zu machen, und zwar der, daß bei diesen Reformen auch das Element des nationalen Kampfes mitspielt. Bekanntlich stand der Halbfeudalismus mit der Tatsache im Zusammenhang, daß der Grundbesitz Gutsherren einer anderen im Lande herrschenden Nation angehörte; so war der Grundbesitz in der Tschechoslowakei Eigentum der Deutschen, in Bessarabien der Russen, in den baltischen Provinzen sowie in Polen ebenfalls der Deutschen und Russen. In den baltischen Ländern wurden bekanntlich die Güter der russischen Grundbesitzer und der deutschen Barone expropriert. Die Enteignung der Güter in Polen, in der Tschechoslowakei, Rumänien usw. erfolgte nach nationalen Merkmalen; darunter fielen natürlich auch kapitalistische Wirtschaften; es wäre aber verfehlt, zu glauben, daß dies eine vollständige Liquidierung der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet hätte. Es war in der Mehrzahl der Fälle lediglich ein Wechsel des Eigentümers der kapitalistischen Wirtschaft, eines Deutschen gegen einen Tschechen, eines deutschen Barons gegen einen lettischen oder estnischen „grauen Baron“ usw. (oder genauer: eines Eigentümers gegen mehrere kleinere). Zu Schaden kam so nur ein Teil der kapitalistischen Güter, vornehmlich in den baltischen Ländern und in der Tschechoslowakei, was den allgemeinen Charakter und den Sinn der Reformen natürlich nicht verändert.

Die Prüfung des gesammelten Materials bezüglich der faktischen Durchführung der Reformen in den verschiedenen Ländern zeigt deutlich, daß in den oben erwähnten europäischen Ländern in größerem oder geringerem Maße überall die Versuche gemacht wurden, den halbfeudalen Grundbesitz zu liquidieren. Eine endgültige Liquidierung dieser Art von Grundbesitz wurde jedoch nirgends durchgeführt. Ueberall, besonders aber hinsichtlich des privaten Grundbesitzes, wurde die Liquidierung nur parzellenweise vorgenommen; ein bedeutender Teil des Grund und Bodens verbleibt noch bei den früheren halbfeudalen Eigentümern. Eine entschiedenerere, jedoch keineswegs gänzliche Vernichtung des Feudalsystems wurde in Rumänien und in den baltischen Ländern durchgeführt. In den übrigen Ländern, wie z. B. in Polen, Bulgarien, Oesterreich und Ungarn, wurden die Reformen von den Besitzern durchkreuzt. Die Bourgeoisie hat somit nirgends diese Reformen zu Ende geführt. Nirgends ist die Vernichtung der halbfeudalen Wirtschaften endgültig vollendet, nirgends sind die halbfeudalen Wirtschaften endgültig vernichtet. Selbst die eigentlichen feudalen Ueberbleibsel sind nicht restlos ausgemerzt worden. Es ist nur eine teilweise Liquidierung des Feudalismus erfolgt; in Finnland z. B. der Auskauf der Güter durch die Tarpore, wenn auch zu äußerst wucherischen Bedingungen, die Ablösung

des Kolonats und des Kmetentums in Jugoslawien; in Polen — die Versuche zur Liquidierung der Servitute usw. Es ist somit nur eine teilweise Liquidierung der feudalen Beziehungen erfolgt.

Auf wen ist nun aber der Boden übergegangen? Welches sind die Resultate der Reformen in diesen Ländern? Vor allem ist nirgends der Landmangel und der Landhunger der Bauern behoben, selbst nicht in den Ländern, die die Agrarreform in der entschiedensten Weise durchgeführt haben. Ein großer Teil der Landbedürftigen und Landlosen bleibt. Aus den teilweise zerstörten kapitalistischen Wirtschaften, besonders in den baltischen Ländern und in der Tschechoslowakei, wurden die Tagelöhner herausgeworfen. Ein Teil der Landlosen und Landarmen wird anfangen müssen, bei den neuen Farmern, denen im Ergebnis der Reform Land zugeteilt wurde, Tagelöhnerdienst zu verrichten, während ein Teil derselben unvermeidlich Pächter und Halbpächter des bestehen gebliebenen halbfeudalen Grundbesitzes werden müssen.

Wir wollen nunmehr die Lage derer untersuchen, denen Land zugeteilt wurde. Die Zuteilung erfolgte offensichtlich nach zwei Richtungen: in der Richtung der Schaffung eines Farmertums und in der Richtung der Fesselung der Lohnarbeit an die Scholle — und zwar für die Zwecke des Farmeriums. Die ersten Aufgaben herrschten natürlich gegenüber den zweiten vor. Das bezüglich der Reformen gesammelte Material zeigt, daß den Tagelöhnern Land nur in ganz winzigem Umfange zugeteilt wurde, und zwar nur in den ersten Augenblicken der Reform, als die Bourgeoisie sich gezwungen sah, der revolutionären Bewegung der Knechte und armen Bauern zu begegnen. „Zu den Tagelöhnern mit einem Anteil“ gehören nicht nur die mit Land ausgestatteten Tagelöhner, sondern auch die kleinen Bauern, besonders die Pächter, die die winzigen Anteile Landes erhalten. In der Hauptsache aber bewegen sich die Reformen in der Richtung der Schaffung großbäuerlicher Wirtschaften. Man darf die Sache natürlich nicht so hinstellen, als wenn nur die Großbauern Land erhalten hätten. Ein Teil des Bodens, wenn auch nur ein winziger, ist zweifellos den armen und mittleren Bauern zugefallen. Von diesen mit Land versehenen armen und mittleren Bauern werden sich jedoch nur wenige hocharbeiten, d. h. auf die eine oder andere Weise Unternehmer werden; die Hauptmasse wird entweder eine elende, halbverkommene Wirtschaft ihr eigen nennen, oder aber ihre Anteile an die aufkommenden kapitalistischen Farmer verkaufen. Für diese Perspektive spricht beispielsweise, daß die Ziffern jener Wirtschaften, die wohl Land erhielten, aber keine Mittel zur Anschaffung von Inventar besitzen, in allen Ländern ziemlich bedeutend sind. Der Verkauf des Landes wird zweifellos auch durch die spezifischen Bedingungen in der Durchführung der Reformen gefördert, so besonders durch die Zuteilung von Land an Kriegsinvalide, an Witwen der im Kriege Gefallenen, an Kriegsteilnehmer, die sich besonders ausgezeichnet haben usw. Vielen von diesen, besonders den zu den beiden ersten Kategorien Gehörenden, droht zweifellos das Schicksal der Proletarisierung. Bezeichnend für die Reformen in allen Ländern ist die große Menge der mit Land ausgestatteten Beamten, Offiziere usw.; das sind zweifellos die typischsten Kandidaten für eine neue Landbourgeoisie. Die Zuteilung von Land an die Bauern bewegt sich somit gegenwärtig vollkommen auf der kapitalistischen Linie, auf der Linie der Schaffung von Farmerwirtschaften als

der Quelle der Lohnarbeit für diese neu entstehenden Farmerwirtschaften. Man muß jedoch sagen, daß die neuen kapitalistischen Unternehmer unter äußerst ungünstigen Bedingungen ihre Wirtschaft übernehmen. In der Mehrzahl der Länder muß die entstehende Landbourgeoisie eine Entschädigung für die erhaltenen Ländereien zahlen. Das bedeutet, daß das Kapital, das eigentlich in Produktionsmittel für die Entwicklung der Wirtschaft investiert werden müßte, in Form einer Bodenrente an die ehemaligen Eigentümer abgeführt wird. Die Lage ändert sich auch nicht dadurch, daß dieser Auskauf der Ländereien zunächst vom Staate erfolgt. Dies belastet die Bauern nur mit der Entrichtung von Zinsen an das Bankkapital. Bei Bestehen des Privateigentums an Grund und Boden setzt eine jede Erweiterung der Produktion den weiteren Ankauf von Land voraus, ein solcher Ankauf bedeutet jedoch die Entziehung des Kapitals aus der landwirtschaftlichen Produktion. Bei den unter den jetzigen Bedingungen bestehenden ziemlich hohen Bodenpreisen bildet die Abführung der Kaufsumme eine wesentliche Entziehung von Mitteln aus der landwirtschaftlichen Produktion. Ferner gerät die neu entstehende Landbourgeoisie in große Abhängigkeit von Kreditinstitutionen und selbst von privaten Wucherern, an die sie sich um Geldmittel zum Zwecke der Anschaffung von Inventar wendet. Des weiteren erfolgt die Entstehung der Wirtschaften der neuen Landbourgeoisie unter den Bedingungen des allgemeinen kapitalistischen Verfalls, unter den Bedingungen einer Abwälzung der Lasten für die Wiederherstellung der Valuta, für ein normales Staatsbudget, zum Teile auch für die Industrie usw. auf die mittlere und Kleinbourgeoisie, von der armen und mittleren Bauernschaft, vom Proletariat und den Tagelöhnern ganz zu schweigen. All das wird zweifellos die Entwicklung der neuen kapitalistischen Wirtschaften und damit zugleich die Liquidierung des Feudalismus aufhalten.

Die Untersuchung der Wirtschaftsverhältnisse der neuen Kolonisten gibt deshalb zunächst keinerlei Anlaß zu einer optimistischen Beurteilung ihrer Lage. Die Mehrzahl derselben wird bestenfalls eine überaus opfervolle Uebergangsperiode durchmachen.

Wir müssen uns hier noch damit beschäftigen, ob die durchzuführenden Reformen den Klassenkampf abtumpfen oder verschärfen. Im allgemeinen verschärft ohne Zweifel schon der Prozeß des Ueberganges von der feudalen Wirtschaft zur kapitalistischen unvermeidlich die Klassengegensätze im Dorfe. Wenn, sagen wir, große Güter, die bisher verpachtet wurden, parzelliert werden, d. h. in große, mittlere und kleinere Abschnitte geteilt werden, so kann keinesfalls auf diesen Parzellen die Zahl von Bauern untergebracht werden, die bisher das Land dieses Gutsbesitzers gepachtet hatten, als Tagelöhner bei den großen Pächtern oder beim Gutsbesitzer selbst arbeiteten, wenn er eine große kapitalistische Wirtschaft betrieben hatte. Eine solche Parzellierung bedeutet bekanntlich die Proletarisierung eines gewissen Teiles der Bauernschaft, wenn auf das von ihnen bisher gepachtete Land neue Kolonisten kommen. Gerade dadurch erklären sich auch die häufigen Reibungen zwischen den ortseingesessenen Bauern und den sogenannten Kolonisten. In besonders scharfer Form vollzieht sich dieser Kampf da, wo die Parzellierung der Güter zwecks Ansiedlung von Kolonisten der herrschenden Nation durchgeführt wird. Die Bauern der nationalen Min-

derheiten werden ihres Bodens beraubt, den sie vorher bei dem angesessenen Gutsbesitzer gepachtet hatten, oder sie werden gar von ihrem eigenen Boden vertrieben. Die Chronik der gegenwärtigen revolutionären Bewegung weist auf eine ganze Reihe von solchen Zusammenstößen hin.

Wir wollen uns hier noch mit einem Beispiel der Liquidierung des Feudalismus beschäftigen. Die Liquidierung der Servitute in Polen bedeutet beispielsweise in der Mehrzahl der Fälle einen gänzlichen oder teilweisen Raub des bäuerlichen Weiderechts auf den gutsherrlichen Wiesen und in den Wäldern. Dies führt unvermeidlich zu einer Verschärfung des bäuerlichen Kampfes gegen die Gutsbesitzer.

Die Reformen müssen ferner nach einer vorübergehenden Desorganisation des Landproletariats zweifellos einen weiteren Schritt zur Differenzierung der Bauernschaft, des Anwachsens der Dorfarmut und der Zahl der Tagelöhner zur Folge haben, was unvermeidlich mit einer Verschärfung des Klassenkampfes im Dorfe verknüpft sein wird. Ebenso wie die Stolypin-Aera in Rußland den Klassenkampf im Dorfe nicht nur nicht abgeschwächt, sondern noch verschärft hat, so können auch die gegenwärtigen Agrarreformen den Kampf im Dorfe, insbesondere den Kampf der Tagelöhner, der Dorfarmut und eines Teiles der mittleren Bauern gegen die Großbauern nur verschärfen, d. h. sie werden den Eintritt der zweiten Etappe der Revolution — des Kampfes der Dorfarmut gegen die Großbauern vorbereiten.

Die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Reformen zu Ende zu führen, die Ausplünderung der Bauernschaft durch dieselbe, die Unterstützung der Großbauern, die aus der Bauernschaft selbst hervorgehen, sowie die Förderung der angesiedelten Offiziere, Beamten usw. muß den breiten Bauernmassen immer mehr die Augen darüber öffnen, daß die Bourgeoisie ihre wirklichen Forderungen keineswegs befriedigen kann. Die Reformen werden deshalb nach Maßgabe ihrer Entwicklung den Klassenkampf im Dorfe verschärfen und damit zugleich die Voraussetzung einer allgemeinen, gegen die Regierung gerichteten Bewegung der breiten Bauernmassen bilden. Gleichzeitig damit bilden sie aber auch die Voraussetzung eines Blockes der Arbeiter mit den armen und mittleren Schichten der Bauernschaft.

N. MESCHTSCHERJAKOW:

## DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN UND DAS FINANZKAPITAL

Mit fortschreitender Entwicklung des Finanzkapitals verstärkt sich auch die Ausbeutung der Zwischenschichten, in der Hauptsache der Bauernschaft, durch das Kapital. Daneben erlangt auch die Auspressung von Mehrwert aus den Kolonien erhöhte Bedeutung. Das Aufkommen kapitalistischer Monopolorganisationen — der Pools, Ringe, Corners, Syndikate, Trusts usw. — erlaubt es dem hinter ihnen stehenden Finanzkapital, sich sowohl im Einkauf als auch im Absatz das Monopol zu sichern. Gestützt auf dieses Monopol, setzt das Finanzkapital beim Verkauf von Industrieerzeugnissen

übermäßig hohe, beim Rohstoffeinkauf dagegen äußerst niedrige Preise fest, es treibt Handelsspekulationen (Pools und Corners) und preßt auf diese Weise allen Konsumenten, d. h. im großen Maße auch der Bauernschaft, ungeheure Ueberprofite ab. So wird die Bauernschaft unmittelbar zum Ausbeutungsobjekt des Finanzkapitals.

Andererseits erblickt das Finanzkapital, das zu dieser Zeit bereits die Oberherrschaft auf politischem Gebiet erlangt hat, im Großgrundbesitz keinen gefährlichen Feind mehr. Dieser fühlt die Ueberlegenheit des Kapitals und geht leicht auf eine Verständigung ein: die Großgrundbesitzer werden zu Verbündeten und sozusagen zu Agenten des Finanzkapitals, das sie durch Ueberlassung eines Anteils seiner Beute an seinen Geschäften interessiert.

Damit es aber möglich ist, die Bauernschaft mit gutem Erfolg und in großem Maßstabe auszubeuten, muß sie organisiert werden, denn das Kapital kann nicht gut mit zersplitterten kleinen Produzenten arbeiten, die die Erträge ihrer Landwirtschaft in kleinen Mengen und dabei in verschiedenartigsten Qualitäten an die finanzkapitalistischen Organisationen liefern. Das Kapital ist daran interessiert, daß die landwirtschaftlichen Produkte in großen Mengen und in gleichartiger, standardisierter Qualität auf den Markt kommen. Das Kapital will nicht die mühsame Kleinarbeit übernehmen, aus kleinen zersplitterten Lieferungen große standardisierte Partien landwirtschaftlicher Produkte zusammenzustellen. Diese Arbeit überläßt es gerne den Genossenschaftsorganisationen, die sich die Bauernschaft im Kampfe gegen Vermittler und Aufkäufer schafft. Der kapitalistische Staat unterstützt sogar die landwirtschaftlichen Genossenschaften, wenn ihre Leitung in zuverlässigen Händen liegt oder unter Kontrolle des Großgrundbesitzes steht, der, wie schon gesagt, jetzt Verbündeter und Agent des Finanzkapitals ist. Die zu dieser Zeit noch schwachen landwirtschaftlichen Genossenschaften können selbstverständlich nicht ihre Preise diktieren und werden daher von den großkapitalistischen Gesellschaften beim Ein- und Verkauf ausgebeutet.

Der Bauer oder Farmer, der außerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen steht, wird zum hilflosen Opfer des Aufkäufers. Je weiter die Hineinziehung der Bauernschaft in den Weltwarenverkehr fortschreitet, um so dringender bedarf der Bauer der Beteiligung an landwirtschaftlichen Genossenschaften, insbesondere an Absatzgenossenschaften. Wir sehen daher, daß tatsächlich in einigen Ländern (beispielsweise in Dänemark und in der Schweiz) die Bauernschaft fast ausnahmslos in bäuerlichen Genossenschaften organisiert ist. Unter diesen Umständen braucht die Frage, ob der Bauer oder Farmer Mitglied der landwirtschaftlichen Genossenschaft sein soll oder nicht, erst gar nicht gestellt werden: ein Bauer, der das nicht tut, verfällt fast unvermeidlich dem Ruin.

Gegenwärtig sehen wir in manchen Ländern ein weiteres Vordringen des Finanzkapitals zur Eroberung der Landwirtschaft und zu ihrer Unterwerfung. Mit besonderer Schärfe tritt dies in Kanada in Erscheinung.

Auf oben dargestelltem Entwicklungsstadium fallen die Früchte der Ausbeutung der Farmerschaft zum großen Teil verschiedenen mehr oder minder großen Getreidehändlern, Exportgesellschaften usw. zu. Es ist allerdings richtig, daß das Finanzkapital mit Hilfe von Banken in engem, sozusagen

verwandtschaftlichem Zusammenhang mit diesen Händlern und Gesellschaften steht, sie finanziert, sie auf diese Weise in der Hand hat und diesen handelskapitalistischen Organisationen einen bedeutenden Teil ihrer Gewinne wieder abnimmt. Nichtsdestoweniger fallen die Gewinne nur zum Teil in den Schoß des Finanzkapitals. Andererseits aber konkurrieren diese Kaufleute und Gesellschaften häufig miteinander und können beim Einkauf landwirtschaftlicher Produkte kein strenges Monopolregime durchführen. Das Finanzkapital kann, gestützt auf seine Macht, dieses Monopol viel leichter und konsequenter durchführen, dabei in solchen Formen, die für die Farmerschaft weniger augenfällig sind. So löst das Finanzkapital sein Bündnis mit dem Handelskapital auf: es bringt dieses zum Opfer und nimmt die unmittelbare, direkte Ausbeutung der Farmerschaft selbst in die Hand.

Diese Ausbeutung ist, wie oben ausgeführt, für das Finanzkapital nur dann möglich, wenn die Farmerschaft nicht zersplittert, sondern organisiert ist. Dabei müssen diese Organisationen groß genug sein, da die Banken mit kleinen Genossenschaftsorganisationen nicht gerne zu tun haben. Andererseits werden die Farmer in ihrem Kampf gegen die Getreidehändler und Exportgesellschaften ebenfalls zum Zusammenschluß ihrer landwirtschaftlichen Genossenschaften zu großen Verbänden gedrängt. Lange Zeit hindurch ist es in Kanada zu keinem Zusammenschluß landwirtschaftlicher Genossenschaften gekommen. Zersplitterte Genossenschaften lokaler Natur, die sich mit dem Verkauf von Weizen befassen, gibt es in Kanada seit fast 80 Jahren, und erst im Laufe der letzten Jahre ist das Land zur Schaffung großer, sich über ganze Einzelstaaten erstreckender Verbände übergegangen. Diese Verbände haben sich schließlich zu einer einheitlichen Organisation, dem Kanadischen Weizenpool, vereinigt, in dessen Händen bereits rund 75 Prozent des gesamten in Kanada produzierten Weizens konzentriert sind. Zwei Gründe haben zur Bildung dieser Pools beigetragen.

Erstens die Agrarkrise, die in der ganzen Welt nach Beendigung des Weltkriegs ausgebrochen ist und durch die die Farmer stark erschüttert wurden. Aus der Wiederherstellung der Landwirtschaft der europäischen Länder nach dem Kriege erstand dem in den letzten Jahren erstarkten kanadischen Ackerbau eine starke Konkurrenz. Es folgte ein Sinken der Getreidepreise, das die Lage der Farmer der Vereinigten Staaten und Kanadas sehr ungünstig beeinflusste. Während der Kriegsjahre sind verschiedene Organisationen des Kapitals, darunter auch des Handelskapitals, denen die kanadischen Farmer den Ertrag ihrer Felder verkauften, außerordentlich gewachsen. Dadurch wurde die Lage der Farmer noch mehr verschlimmert. Eine natürliche Folge davon war der Gedanke des Zusammenschlusses der zersplitterten schwachen Genossenschaftsorganisationen, um den Getreidehändler zu verdrängen. Diese Bildung von Weizenpools setzte in Kanada erst vor drei Jahren ein und machte rasche Fortschritte. Wie gesagt, konzentrieren die Pools heute zirka 75 Prozent des gesamten kanadischen Weizens.

Berücksichtigen wir, daß die Weizenausfuhr aus Kanada gegenwärtig 35 bis 40 Prozent des gesamten Weizenweltexports beträgt, so sehen wir, daß für solche gewaltige Transaktionen die Pools auch gewaltiger Geldmittel bedürfen, und doch sind ihre eigenen Mittel geradezu lächerlich gering. Der Eintrittsbeitrag der einzelnen Farmer beträgt nur 2 Dollar, der Anteil-

schein 1 Dollar. Das Gesamtkapital der kanadischen Pools beträgt, laut dem Material des Genossen Warjasch, nur 5,75 Millionen Rubel, während der Jahresumsatz fast 700 Millionen Rubel ist. Das eigene Kapital bildet somit nur 0,8 Prozent dieser Summe, während die Pools in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Ernterealisation gewaltige Summen ausbezahlen haben. Die notwendigen Mittel hierzu können sie nur von den Banken erhalten, und die Banken, diese ausschlaggebenden Machtpositionen des Finanzkapitals, kommen den Pools gerne entgegen und gewähren ihnen ausgedehnten Kredit.

Wovon lassen sich die Banken dabei bestimmen? Keineswegs von den wohlwollenden Beziehungen zu den Farmern, keineswegs selbstverständlich von dem Bestreben, sie selbstlos zu unterstützen. Maßgebend ist hier das Bestreben zur größtmöglichen Ausbeutung der Farmer, zur Herauspressung möglichst großer Profite aus der Landwirtschaft, das Bestreben, die ganze Landwirtschaft unter die Kontrolle der Banken zu stellen.

Bei dieser Ausbeutung verfahren die Banken selbstverständlich mit größter Geschicklichkeit und Umsicht. Sie hüten sich davor, alles an sich zu reißen, was die Farmer ihrerseits mit Hilfe der Pools den Getreidehändlern entrisen haben. Würden die Banken die Farmer so rücksichtslos über die Löffel barbieren, so würden sich die letzteren rasch davon überzeugen, daß die Pools ihnen keinerlei Vorteil bringen. Jeder Impuls für den Beitritt zu den Pools würde in Wegfall kommen, die Pools sind aber für das Finanzkapital von größtem Nutzen. Ist aber — nach gewisser Zeit — der Getreideabsatz mit Hilfe der Pools für den Farmer die einzig mögliche Form desselben geworden, so wird auch das Finanzkapital wahrscheinlich in der Lage sein, die Ausbeutung der Farmer zu steigern, und es wird diese Möglichkeit nicht ungenutzt lassen, denn die Beteiligung an den Pools wird der einzige Ausweg für die Farmer sein. Doch in der ersten Zeit des Bestehens der Pools ist eine so unbeschränkte Ausbeutung derselben durch die Banken nicht von Vorteil für das Finanzkapital.

Die Farmer wurden jedoch nicht nur von den Getreidehändlern, sondern auch von den Elevatoren (Getreidespeicher)-gesellschaften, von den Getreidemühlen usw. ausgebeutet. Die Pools kaufen daher energisch bereits vorhandene Elevatoren und bauen neue, obwohl sie in dieser Sache bisher noch keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen haben. Nach den Statistiken des Genossen Popowitsch nehmen zirka 17 Prozent des Weizens der Pools den Weg über ihre eigenen Elevatoren.

Obwohl die Pools einen speziellen Beitrag pro Bushel des verkauften Getreides für die Errichtung von Elevatoren erheben, sind ihre eigenen Mittel trotzdem ungenügend. Die Banken schießen ihnen die erforderlichen Summen für die Erwerbung und Errichtung von Elevatoren vor, wodurch aber die Abhängigkeit der Pools vom Finanzkapital noch mehr gesteigert wird. Das gleiche ist auch über den Mühlenbau zu sagen.

Somit ist das Wohlwollen des Finanzkapitals, das bestrebt ist, die Farmerpools zu seinem gefügigen Werkzeug zu machen, die zweite Ursache, die zur Bildung der großen kanadischen Pools beigetragen hat.

Der eigentliche Kern der ganzen Politik des Finanzkapitals ist immer das Bestreben zur Aufrichtung eines Monopols. Dies ist auch die Grundlage der von ihm den Getreidepools gegenüber eingeschlagenen Politik.

In Kanada ist die Zeit nicht mehr fern, wo die zu einem Zentralpool vereinigten Einzel-Pools über dieses Monopol verfügen werden. Wie gesagt beherrschen sie bereits über 75 Prozent des gesamten kanadischen Exportweizens. Somit behaupten sie bereits eine starke Stellung, die von amerikanischen und englischen Banken, die den kanadischen Pools Kredit gewähren, kontrolliert wird.

Auch in anderen Ländern gibt es Getreidepools. Ihre Entwicklung in Australien und in den Vereinigten Staaten macht rasche Fortschritte. In Argentinien und selbst in Schweden gibt es einen Getreidepool. Gegenwärtig sind die kanadischen Pools bestrebt, ihre Tätigkeit mit derjenigen der Pools der Vereinigten Staaten und Australiens zu koordinieren, und es wird eine energische Kampagne für die Bildung eines Welt pools geführt. Diese Frage wurde bereits auf einem Kongreß erörtert und im Februar 1927 soll ein weiterer Kongreß stattfinden.

Ist das Zustandekommen eines solchen Welt pools möglich und wahrscheinlich?

Theoretisch liegt das selbstverständlich im Bereich der Möglichkeit, jedoch praktisch dürfte der Plan eines solchen Weizenwelt pools, d. h. einer Organisation, die sich auf sämtliche weizenproduzierende Länder erstreckt, kaum verwirklicht werden. Ein Hindernis dafür ist der vorübergehende, labile Charakter der Stabilisierung in allen Zweigen des Wirtschaftslebens, darunter auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Durch die Entwicklung der Landwirtschaft und die gesteigerte Ausfuhr aus solchen Ländern wie z. B. die USSR, die Donauländer usw. wird die Konkurrenz verschärft und dadurch die Bildung eines wirklichen Weltweizen pools erschwert. Wahrscheinlich ist daher die Bildung eines internationalen Pools, der sich auf diejenigen Länder erstreckt, deren Konkurrenz auf dem Weltmarkt besonders stark fühlbar ist (Kanada, Australien, Vereinigte Staaten). Doch auch eine solche Organisation wird die Festsetzung hoher Monopolweizenpreise auf dem Weltmarkt außerordentlich erleichtern. Da aber diese Preise nur mit Hilfe eines von Großbanken gewährten Kredits bestehen können, so wird das Finanzkapital die Möglichkeit der Kontrolle und Herrschaft über diese mächtige Weizen-Monopol-Organisation erhalten.

Ein weiterer Umstand trägt dazu bei, daß das Finanzkapital die Bildung der Pools fördert.

Wir stehen gegenwärtig in einem solchen Stadium der kapitalistischen Entwicklung, wo alle Märkte der Welt vom Kapital des einen oder anderen Landes erfaßt sind, wo das Kapital sich auf diesen Märkten beengt fühlt und wo es andererseits immer größerer Rohstoffmengen für seine Industrie bedarf. Die Entwicklung der Industrie in denjenigen Ländern, wo sie vorläufig noch schwach ist, wird das Kapital der ausschlaggebenden Industrieländer der Möglichkeit berauben, seinen Export nach diesen Ländern zu steigern und die erforderlichen Rohstoffe aus diesen Ländern zu beziehen. Daher das Bestreben, die industrielle Entwicklung der Kolonien und Halbkolonien zu hemmen, sie künstlich auf der Stufe von Konsumenten der Industrie kapitalistischer Länder und von Rohstofflieferanten zu halten. Eine solche Politik wird z. B. von den Vereinigten Staaten in Mexiko und anderen Republiken Zentral- und Südamerikas verfolgt. In diesen Ländern wird Erdöl, Kautschuk, Baumwolle usw. gewonnen, und alle diese Rohstoffe oder Halb-

fabrikate werden von den Vereinigten Staaten zur Weiterverarbeitung in ihren industriellen Betrieben exportiert. Die gleiche Politik befolgt das englische Kapital seinen Kolonien gegenüber. Zwar hat diese Politik den Widerstand eines Teils der Kapitalisten — nämlich der Maschinenbau-Industrie — zu überwinden, deren Streben danach geht, ihre Maschinen auf möglichst vielen Märkten, darunter auch in den Kolonien abzusetzen. Daher setzt in diesen letzteren immerhin eine allmähliche industrielle Entwicklung ein, was auch durch den Umstand begünstigt wird, daß der Kapitalismus, im Bestreben, die Kolonien als Rohstoffquellen auszubeuten, dort eine Reihe industrieller Betriebe errichtet: Betriebe zur Ausbeutung der Erdölquellen, Bergwerke, Eisenbahnen, Dampfschiffverkehr usw. Diese Industrien bedürfen ihrerseits einer Reihe von Hilfszweigen. Dies führt zur Entwicklung der Industrie der Kolonialländer, zu ihrer Industrialisierung, doch das Entwicklungstempo ist infolge des Widerstandes der Mutterländer nur ein sehr langsames. Nebenbei sei bemerkt, daß diese Politik der Verhinderung der industriellen Entwicklung der Kolonien eine der Ursachen dafür ist, daß die nationale Freiheitsbewegung in diesen Ländern breite Bevölkerungskreise, oft auch die Bourgeoisie erfaßt. Besonders deutlich tritt dies in China in Erscheinung.

Aus leichtbegreiflichen Gründen ist das Finanzkapital Englands und der Vereinigten Staaten bestrebt, auch Kanada als Kolonie, als Absatzmarkt für Industrieerzeugnisse und als Rohstoffquelle zu erhalten. Um ihre in Entwicklung begriffene, aber noch schwache Industrie vor der vernichtenden Konkurrenz der vorgeschritteneren kapitalistischen Länder zu schützen, sind die Kolonien und Halbkolonien bestrebt, die Einfuhrzölle für Industrieerzeugnisse zu erhöhen. Dies ist in China, Mexiko, Brasilien und anderen Ländern zu beobachten. Doch diese Erhöhung der Einfuhrzölle ist dem Industriekapital der Vereinigten Staaten und Englands, für das diese Länder als Absatzmärkte in Frage kommen, durchaus unerwünscht. Andererseits ist sie für die Farmer unvorteilhaft, da dadurch die Preise der Industrieerzeugnisse hinaufgeschraubt werden und die „Schere“, unter der die kanadischen Farmer so schwer leiden, noch mehr auseinanderklafft. Daher ist die starke Herabsetzung der Einfuhrzölle eine der wichtigsten Farmerforderungen. In diesem Punkte decken sich somit vorübergehend die Interessen der Farmer und des ausländischen Finanzkapitals, und dieses letztere ist bestrebt, die Entstehung starker Farmerorganisationen, wie die kanadischen Weizenpools es sind, möglichst auszunützen.

Die Entstehung solcher mächtiger Organisationen auf dem Gebiete der Versorgung der Konsumenten mit den notwendigsten Lebensmitteln, wie es der Weizen ist, noch mehr aber das Bestreben zur Bildung eines internationalen Weizenpools, bringt die Gefahr des Steigens der Weizenpreise, d. h. gefährdet außerordentlich die Interessen der Konsumenten. Daher sind die Konsumgenossenschaftsorganisationen Englands, wo die Tätigkeit der Pools sich besonders stark auswirkt, außerordentlich beunruhigt durch die Nachrichten über das weitere Erstarken dieser Monopolorganisationen. Die Zeitschrift „Scottish Cooperator“ schreibt z. B. in ihrem Heft vom 11. Dezember 1926:

„Die Tätigkeit der Getreidepools erweitert sich im Weltmaßstabe, und das völlige Aufhören konkurrierender Verkäufe durch Vermittler auf dem Weltgetreidemarkt

scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Welches wird das Endergebnis für den Konsumenten sein? Es existieren zahlreiche große, auf genossenschaftlichem Prinzip aufgebaute, doch außerhalb eines Zusammenhangs mit den Konsumgenossenschaften stehende Organisationen. Doch ein Monopol, auch wenn es sich selbst als genossenschaftliches bezeichnet, hört deswegen nicht auf, ein Monopol zu sein. Hat denn der Konsument eine Garantie dafür, daß er vom Farmerpool nicht in der gleichen Weise ausgebeutet wird wie von einem kapitalistischen Kartell? Soll das genossenschaftliche Prinzip, welches fast ein Jahrhundert lang Schutz und Trutz des Konsumenten gewesen ist, heute zu einer gegen ihn gerichteten Waffe werden?"

Die Leiter des kanadischen Weizenpools antworten darauf, daß sie nicht die Absicht haben, die Konsumenten auszubeuten, daß sie von den gleichen hohen Idealen beseelt sind, wie auch die englischen Genossenschaften, daß ihr Bestreben nur dahin geht, den Farmern „gerechte und gemäßigte Preise“ für ihre Produkte zu sichern.

„Was sind aber „gerechte und gemäßigte Preise“? — fragt der „Scotish Cooperator“. „Wer wird diese Preise festsetzen? Ist es möglich, daß eine Organisation, die eine völlige Kontrolle über den Markt ausübt, darauf verzichtet, die daraus entstehenden Vorteile bis an die Grenzen der Möglichkeit auszunutzen? Unter solchen Verhältnissen und unter der Voraussetzung, daß die menschliche Natur so bleibt, wie sie heute beschaffen ist, können die Preise kaum andere sein als Monopolpreise.“

Alle diese Ueberlegungen des Organs der Schottländischen Konsumgenossenschaften sind natürlich vollkommen richtig. Die kanadischen Pools sind noch nicht erstarkt, ihre Zusammenarbeit mit den Pools Australiens und der Vereinigten Staaten steht noch nicht auf genügend festen Füßen. Das internationale Poolabkommen hat noch keine festen Formen gewonnen. Ist es aber einmal so weit, so kommt es auf dem Weizenweltmarkt zu einem vollständigen Monopol und die Getreidepreise werden zu ungunsten der Konsumenten steigen. Dies ist um so unvermeidlicher, als die wirklichen Herren der Pools, diejenigen, die ihre Politik bestimmen, nicht die Farmer sein werden, sondern das sie finanzierende und kontrollierende Finanzkapital, das für die gezuckerten Reden über hohe Genossenschaftsprinzipien taube Ohren hat.

Was für einen Vorschlag macht das Organ der Schottländischen Konsumgenossenschaften im Kampf gegen diese Gefahr?

Es schlägt vor, eine enge Fühlung zwischen den Weizenpools und den Konsumgenossenschaften herzustellen. Doch zu diesem Zwecke müssen die Pools finanziert werden. Der „Scotish Cooperator“ findet, daß diese Finanzierung verwirklicht werden kann.

„Es wird möglich sein,“ lesen wir in dem bereits mehrfach zitierten Artikel, „die Pools von uns aus zu finanzieren und sie auf diese Weise von kapitalistischen Einflüssen zu befreien.“

Doch weder die Konsumgenossenschaften noch die ganzen englischen Genossenschaften verfügen über die dazu erforderlichen gewaltigen Mittel. Nur durch eine so mächtige Organisation, wie es ein Staat ist, der sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, können die Pools den Krallen des Finanzkapitals entrissen werden.

Welches sind die voraussichtlichen Entwicklungsperspektiven der kanadischen Pools?

In der nächsten Zukunft werden die Pools voraussichtlich sich weiterentwickeln und erstarken. In kürzester Zeit werden sie sich über die ganze Farmerbewegung Kanadas erstrecken. Damit wird jede Konkurrenz der

Pools in Kanada aus der Welt geschafft und das Finanzkapital wird in der Lage sein, sich in der Ausbeutung der Pools und damit auch der kanadischen Farmer keinerlei Beschränkung mehr aufzuerlegen. Seine Macht nach dieser Richtung hin wird unbegrenzt sein, da durch Kreditverweigerung in einem für die Pools kritischen Augenblick die Banken stets den Bankrott derselben herbeiführen können.

Es ist auch ein internationales Abkommen zwischen den Pools einiger Länder möglich. Dadurch wird diesen Organisationen und folglich auch dem sie kontrollierenden Finanzkapital das Monopol auf dem Weltmarkt gesichert sein, und es wird ihnen auf diese Weise eine erhöhte Ausbeutung aller Weizenkonsumenten ermöglicht werden. Die Lage der Arbeiterklasse wird dadurch verschlechtert, ihre Unzufriedenheit und ihre revolutionäre Gesinnung gesteigert werden. Nicht die Farmer, sondern das hinter ihrem Rücken stehende Finanzkapital wird der wahre Schuldige an dieser Ausbeutung sein, in ihm, nicht in der Farmerschaft werden die Arbeiter ihren wahren Feind zu erblicken haben. Das müssen sich die Leiter und Mitarbeiter der Arbeiterkonsumgenossenschaften wohl merken. Sie müssen daher heute schon mit dem Studium der Pools und anderer landwirtschaftlicher Genossenschaftsorganisationen sowie mit der Aufklärung der Arbeitermassen über die Ausbeutungsmachinationen des Finanzkapitals beginnen.

Die kanadischen Farmer bauen in verstärktem Maße Weizen an, und unter dem Einfluß dieser verstärkten Weizenproduktion wird der Boden Kanadas rasch erschöpft. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die Weizenernten stark zurückgehen werden und die Wirtschaft der kanadischen Farmer einen schweren Schlag erleiden wird.

Was kann das Ende dieser unvermeidlichen Krise sein? Es sind zwei Möglichkeiten gegeben.

Die eine ist: es kommt niemand den Farmern zu Hilfe. Dies wird den Ruin der Farmerschaft und ein rasches Steigen ihrer revolutionären Stimmung zur Folge haben. Der Ausweg, der sich den kanadischen Farmern aus ihrer verzweifelten Lage bieten wird, ist die Verwandlung Kanadas in ein Land, dessen Staatsmacht sich in den Händen der Werktätigen, d. h. in den Händen der Arbeiter und Farmer befindet, denn nur ein Arbeiter- und Bauernstaat wird ihnen Hilfe bringen können und wollen. Dies wird aber einen großen Schritt auf dem Wege zur Weltrevolution bedeuten.

Ebenso ist aber möglich, daß das Finanzkapital auch diesmal den Farmern sein wohlwollendes Interesse zuwenden und ihnen weitgehenden Kredit zur Intensivierung ihrer Wirtschaft gewähren wird. Diese Verschuldung wird aber die Farmer noch mehr an das Finanzkapital ausliefern, ohne daß das Finanzkapital dabei etwas riskiert, da sämtliche Darlehen durch das ganze Hab und Gut der Farmer garantiert werden. Der Farmer wird das Risiko, wird die ganze Last der Arbeit zu tragen haben, das Finanzkapital wird aber seine Schäfchen scheren und seine Taschen füllen. Dieser Weg ist also ein Weg der völligen Verknechtung der Farmerschaft. Eine solche Lösung der Frage wird natürlich ebenfalls zu einem Wachsen der Unzufriedenheit und der revolutionären Stimmung der kanadischen Farmerschaft führen, doch ist dieser Weg kein kurzer.

ORLOWSKI:

## DIE KOMINTERN UND DIE LANDARBEITER

In den vom 2. Kongreß der Komintern angenommenen Leitsätzen über die Agrarfrage wird die Bedeutung der Tätigkeit unter den Landarbeitern folgendermaßen charakterisiert:

„Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des flachen Landes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in den kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten:

Erstens: Durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter, Saison-, Wanderarbeiter und Tagelöhner, die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und mit ihnen verbundenen industriellen Unternehmungen finden. Die selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse einschließlich der Forstarbeiter, Gutshandwerker usw. (politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche Organisation, desgleichen für Bildungswesen usw.), eine gesteigerte Propaganda und Agitation unter dieser Gruppe und das Herüberziehen dieser Gruppe auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die grundlegende Aufgabe der Kommunistischen Parteien in allen Ländern usw.“

Auf diese Weise steht das landwirtschaftliche Proletariat an erster Stelle unter denjenigen Gruppen der ländlichen Bevölkerung, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß.

Bei der Erörterung der Frage über die Bedeutung des Massenkampfes der werktätigen Massen auf dem flachen Lande sowie der Organisationsformen dieses Kampfes, heißt es im Punkt 8 dieser Leitsätze:

„Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der werktätigen Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus geistig unentwickelt, zerstreut, unterdrückt und oft in einem Zustand halb mittelalterlicher Abhängigkeit gehalten werden, zu organisieren und zu revolutionären Kämpfen zu erziehen, verlangt von der Kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die Streikbewegung auf dem flachen Lande, kraftvolle Unterstützung und allseitige Entwicklung der Massenstreiks der ländlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen in Deutschland, Polen, Italien, England und anderen fortgeschrittenen Ländern, beweist, daß nur die fortschreitende Streikbewegung der Massen (unter Umständen unter Teilnahme der Kleinbauern) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und die Einsicht von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Massen des flachen Landes hervorzurufen und die Wichtigkeit ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen. Die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter und die Mitarbeit der Kommunisten in Land- und Forstarbeiter-Gewerkschaften ist aus diesem Grunde besonders notwendig.“

Schwerlich kann die Frage der Arbeit unter den Landarbeitern klarer und bestimmter aufgerollt werden, wie die Komintern es getan hat.

Leider aber läßt die Durchführung dieser Leitsätze in der Praxis viel zu wünschen übrig.

In der Nachkriegszeit, in den Sturm- und Drangjahren, als Millionenmassen der Landarbeiter in Europa zum erstenmal aus ihrem jahrhundertelangen Schlaf erwachten und ihr Erwachen durch Streiks und Massenaaktionen manifestierten, beteiligten sich viele kommunistische Parteien sowie einzelne Kommunisten oder kommunistische Gruppen oder mit ihnen

sympathisierende Arbeiterführer in Ländern, wo sich noch keine kommunistische Parteien herausgebildet hatten, überaus aktiv an dieser gewaltigen Bewegung des europäischen Landproletariats.

In denjenigen Ländern, wo die Landarbeiter einer der wichtigsten Trupps des Proletariats sind, das unmittelbar für den Sturz der Bourgeoisie und für die proletarische Diktatur kämpfte (Lettland, Ungarn, Finnland u. a. m.), beteiligten sich die Kommunisten aufs aktivste an der Bewegung des Landproletariats.

Von nicht minderer Bedeutung war die Arbeit der Kommunisten unter dem Landproletariat jener Länder, wo die Arbeiterklasse noch nicht zum endgültigen Angriff auf die Festen des Kapitalismus übergegangen war, wo aber das landwirtschaftliche Proletariat dank dem Hochgehen der revolutionären Wogen auf dem flachen Lande seinen Klassenfeinden bedeutende Zugeständnisse abgetrotzt hatte.

Trotz der großen Erfolge aber, die die Kommunisten unmittelbar nach dem Kriege in bezug auf die Eroberung breiter Massen des ländlichen Proletariats erzielt haben, geht der kommunistische Einfluß auf die Landarbeitermassen mit dem Beginn der allgemeinen kapitalistischen Offensive zurück und das organisatorische Vordringen der kommunistischen Partei gerät ins Stocken.

Von den Ländern des weißen Terrors und Faschismus, wie z. B. Ungarn und Italien ganz abgesehen, geht der kommunistische Einfluß unter den Landarbeitern selbst in Ländern, wo noch Ueberreste von Demokratie und „bürgerlichen Freiheiten“ erhalten sind, z. B. in Deutschland, Polen usw., merklich zurück.

Dieser Rückgang des kommunistischen Einflusses auf das ländliche Proletariat kommt in erster Linie darin zum Ausdruck, daß die leitenden Gewerkschaftsorgane, in denen die Kommunisten an erster Stelle standen, fast ganz und gar in reformistische Hände übergehen (Polen, Litauen, Ungarn). Dort aber, wo die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Elemente die führende Rolle in den Gewerkschaften behaupten, entstehen parallele reformistische Landarbeiterverbände (Frankreich, Tschechoslowakei u. a. m.).

Gleichzeitig geht auch der Einfluß der roten Fraktionen innerhalb der Landarbeiterverbände zurück. So verschwindet in Polen die rote Fraktion fast gänzlich, ihre Resolutionen vereinigen nur 6 bis 14 Stimmen (unter 100 bis 120 Kongreßdelegierten) auf sich. Ihre Vertreter werden nicht in den Vorstand gewählt usw. In Deutschland, auf dem letzten Verbandstag der Landarbeiter (März 1926) hat es keinen einzigen kommunistischen Delegierten gegeben.

Gleichzeitig ist auch kein einziger Fall der Bildung von roten Landarbeiterfraktionen in denjenigen Ländern, wo es bisher solche nicht gegeben hat, zu verzeichnen.

Im Zusammenhang mit der verstärkten kapitalistischen Offensive und mit dem Uebergang der Landarbeiterverbände in die Hände der Reformisten, die den Landarbeitern gegenüber eine verräterische Politik führen, ist ein außerordentlicher Mitgliederrückgang in den Verbänden zu bemerken. So ist z. B. in Italien die Mitgliederzahl des klassenmäßig eingestellten Landarbeiterverbandes von 1 Million auf einige hundert gesunken. In Ungarn.

von 1 Million auf 25 000, in Deutschland von 700- bis 800 000 auf 170- bis 180 000, in Polen von 126 000 auf 40- bis 50 000, in der Tschechoslowakei von 250 000 auf 25 000, obwohl dort gleichzeitig auch ein reformistischer Verband entstanden ist, der nominell 30 000 Mitglieder zählt usw. usw.

Laut den Mitteilungen des Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Landarbeiter gibt es heute nur in 22 Ländern Verbände von Landarbeitern.

In diesen 22 Ländern gibt es 31 Klassenorganisationen im Landesmaßstab. Außer der USSR gibt es weiter noch sechs Länder, wo die Verbände auf der revolutionären Klassenplattform stehen, und zwar die Gewerkschaften der Land- und Forstarbeiter in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Finnland, Kanada, Bulgarien und Estland. In diesen letzteren zwei Ländern sind die Verbände illegal und haben nur je einige hundert Mitglieder.

Außerdem gibt es auch „Oppositionen“ (rote Fraktionen) in Deutschland, Polen, Oesterreich und Ungarn; diese Fraktionen stehen unter kommunistischem Einfluß.

Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter beträgt in allen Ländern der Welt nur 1 600 000, dabei entfallen zwei Drittel dieser Zahl oder über 1 Million auf die USSR.

In allen übrigen Landarbeiterverbänden sind zirka 600 000 Arbeiter organisiert, davon sind 345 000 der Amsterdamer Internationale angeschlossen und nur 45 000 (außer der USSR), an die RGI.

Noch bescheidener ist die Zahl der kommunistischen Parteizellen unter der Landarbeiterschaft verschiedener Länder.

Indessen kann und soll die revolutionäre Bewegung des landwirtschaftlichen Proletariats von größter Bedeutung in den nächsten Kämpfen des Proletariats sein.

Das landwirtschaftliche Proletariat ist sowohl im Vergleich mit der ganzen Landbevölkerung als auch im Vergleich mit dem Industrieproletariat eine ganz beträchtliche Größe.

Nach den Berechnungen des Genossen Michalski beträgt die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter der ganzen Welt über 145 Millionen, d. h. nahezu die Hälfte der gesamten Lohnarbeiter und über ein Fünftel der gesamten ländlichen Bevölkerung (siehe die Arbeit des Genossen Michalski „Zur Frage der numerischen Stärke des Proletariats, insbesondere des Landproletariats“). Nach den Berechnungen dieses Genossen beträgt die Zahl der „selbsttätigen“ landwirtschaftlichen Arbeiter in Europa (mit Ausnahme der USSR) über 27 Millionen, das ist 35 Prozent der gesamten „selbsttätigen“ Bevölkerung in der Landwirtschaft und 27 Prozent des ganzen „selbsttätigen“ Proletariats. Dabei ist zu beachten, daß in vielen Agrarländern, z. B. in Lettland, Bulgarien, Ungarn usw. die Landarbeiter 50 bis 60 Prozent des gesamten Proletariats dieser Länder bilden, in Industrieländern aber, wie z. B. Deutschland, Belgien, Holland usw., 40 bis 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung dieser Staaten.

Ebenso gibt es in Amerika ungefähr 22 Millionen Landarbeiter, d. h. etwa 40 Prozent des ganzen Lohnproletariats, in Asien 72 Millionen, in Afrika 21 Millionen usw.

Nicht minder interessant ist auch die Dynamik, die Zunahme der Zahlenstärke des landwirtschaftlichen Proletariats.

Nur in wenigen europäischen Ländern, dort, wo die Bodenreform verhältnismäßig am vollständigsten durchgeführt wurde, ist die Zahl der Landarbeiter zurückgegangen.

So ist z. B. in der Tschechoslowakei die Zahl der Landarbeiter von 1 008 000 auf 793 000 in den Jahren 1921 bis 1924, d. h. in den Jahren der intensiven Durchführung der Bodenreform, zurückgegangen. Ebenso fiel auch die Zahl der Landarbeiter in Lettland von 200 000 auf 100 000 in der Zeit zwischen 1919 und 1925, in Estland von 120 000 auf 70 000 in den Jahren 1919 bis 1922. Auch in Polen ist infolge der Bodenreform die Zahl der Landarbeiter etwas zurückgegangen.

In anderen Ländern Europas aber geht die Zahl der Landarbeiter nicht nur nicht zurück, sondern ist im Steigen begriffen. So reichen die vorhandenen Arbeitskräfte in der französischen Landwirtschaft nicht aus, so daß hunderttausende von Emigranten aus Italien, Spanien, aus der Tschechoslowakei und aus Polen für die französische Landwirtschaft herangezogen werden müssen.

In England ist die Zahl der Landarbeiter von 772 000 im Jahre 1923 auf 806 000 im Jahre 1924 gestiegen.

Auch in Amerika nimmt die Zahl der Landarbeiter zu.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Landwirtschaft von Kanada und Südamerika, deren Zeugen wir in der Kriegs- und Nachkriegszeit sind, wächst dort auch die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

Die Zahl der Landarbeiter in den Vereinigten Staaten ist, laut den Berechnungen des Genossen Ossinski, in den Jahren 1910 bis 1920 um 6,2 Prozent gewachsen. In einzelnen Bezirken ist diese Zunahme noch bedeutender: sie beträgt im nordwestlichen Zentralgebiet 46 Prozent, im Gebiet der Rocky Mountains — 109 Prozent (siehe Heft 5/6 der Zeitschrift „An der Agrarfront“, Jahrgang 1925).

Abgesehen von seiner numerischen Stärke spielt das Landproletariat auch eine gewaltige Rolle als ein natürliches Bindeglied, als Brücke zwischen der städtischen Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Bekanntlich ist in den meisten Ländern die Klassenteilung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht so deutlich ausgeprägt, wie dies in Städten und Industriebezirken der Fall ist.

Selbst in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern, wie z. B. in Frankreich, Deutschland, Italien usw., sind auf dem flachen Lande neben modernen kapitalistischen Verhältnissen auch beträchtliche Ueberreste des Feudalismus erhalten.

Auf dem flachen Lande gibt es heute noch Uebergangsschichten, die in wirtschaftlicher Beziehung ein Mittelding zwischen Proletariat und Kleinbesitzer sind. Man vergegenwärtige sich nur die Zwergbauern, die Gemüsebau treibenden Bauern usw., die zwar einen kleinen Bodenbesitz haben, jedoch ohne den Verkauf ihrer Arbeitskraft nicht bestehen können. Diesen Uebergangsguppen sind auch solche Bauern zuzuzählen, die bei den benachbarten Grundbesitzern Boden, Inventar usw. gegen bestimmte Arbeitsleistungen oder einen Teil des Ernteertrages pachten, die finnischen und norwegischen „Torpars“, die kleinen Pächter usw., die für ihre Arbeit zum Teil Geldlohn, zum anderen Teil Naturallohn erhalten. Andererseits aber haben auch typische Landproletarier vielerorts noch Reste von Eigentum —

Kühe, Gemüsegärten usw. Je nach Wirtschaftskonjunktur, Getreidepreisen, je nach dem Fehlen von Absatzmärkten usw. nähern sich diese Uebergangsguppen ihrer wirtschaftlichen Lage nach bald Kleineigentümern, bald reinen Proletariern. Daher decken sich die Klasseninteressen obiger Gruppen zum Teil mit denjenigen der Kleinbauern, zum anderen Teil mit den Interessen der Lohnarbeiterklasse. Andererseits aber stehen die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter in engsten persönlichen, Familien- u. a. Beziehungen mit diesen Uebergangsguppen und -schichten der Bauernschaft. Daher ist es in den meisten Fällen unmöglich, eine deutliche Scheidelinie zwischen Kleinbauern und Landarbeitern auf dem Lande zu ziehen.

Es ist bezeichnend, daß viele Landarbeiterverbände verschiedener Länder, so z. B. Frankreichs, Italiens, Finnlands, Lettlands, Schwedens, Norwegens usw., auch eine bestimmte Anzahl dieser Kleineigentümer, Pächter, Naturalpächter usw. in ihre Reihen einschließen.

Es ist leicht verständlich, welchen Einfluß die reinen Landproletarier auf diese — in sozialer Hinsicht — Uebergangsschichten und die ihnen nahestehenden Bauerngruppen haben können.

Die Landarbeiter können entweder revolutionäre oder auch reaktionäre und reformistische Ideen in breiteste Schichten der Bauernschaft tragen, — je nachdem, welchen politischen Parteien die Organisationen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter angeschlossen sind.

Die bürgerlichen Parteien wissen diese Bedeutung des Landproletariats wohl zu schätzen und machen die größten Anstrengungen, um ihren Einfluß auf die Landarbeiterschaft aufrecht zu erhalten.

Es genügt ein Hinweis auf die christlichen Landarbeiterverbände in Deutschland und Polen, den katholischen Landarbeiterverband in Bayern, die Agrarpartei in der Tschechoslowakei usw., die großen Einfluß unter den Landarbeitern und Bauern haben und es als ihr Ziel betrachten, die revolutionäre Bewegung auf dem Lande zu bekämpfen.

Das Landproletariat ist in allen Ländern zweifellos der am schlimmsten unterdrückte und geknechtete Teil der Arbeiterklasse. Eben mit Rücksicht auf diesen Umstand ist seinen Aktionen eine gewaltige potenzielle revolutionäre Energie eigentümlich, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Augenblick eines erneuten revolutionären Aufschwungs, einer neuen revolutionären Flut das Landproletariat eine hervorragende Rolle wird spielen können.

Darum fällt der Gewinnung der Landarbeiter durch die kommunistischen Parteien verschiedener Länder, besonders im gegenwärtigen Augenblick, erstrangige Bedeutung zu.

Wenn, wie Lenin sagt, die Lehren der Konterrevolution für die Hebung des Klassenbewußtseins des Proletariats mindestens die gleiche Bedeutung haben wie die Lehren der Revolution, so haben die Landarbeiter der meisten Länder eine gute Schule durchgemacht. Die Schläge der Konterrevolution wecken das Klassenbewußtsein der Landarbeiter nicht minder gut als das Grollen des Revolutionssturmes.

Die Offensive des Kapitals gegen das Landproletariat geht an ihm nicht spurlos vorüber.

Dank der Reaktion und der Agrarkrise setzten die Großbauern und Grundbesitzer die Arbeitslöhne der Landarbeiter herab. So erhielten in Ungarn

vor dem Kriege die Arbeiter ein Zwölftel der Ernte, jetzt nur ein Dreizehtel; die Naturlöhne in Litauen betragen jetzt einige Pud weniger als vor dem Kriege.

In England betrug der Wochenlohn der Landarbeiter Dezember 1921 — 37 Schilling, Dezember 1924 nur 27,11 Schilling. In Schweden betrug der durchschnittliche Jahreslohn für Landarbeiter im Jahre 1920 — 868 Kronen, im Jahre 1925 nur 495 Kronen. In Amerika ist der Reallohn der Landarbeiter im Vergleich zur Vorkriegszeit ebenfalls zurückgegangen. (Der Nominalindex des Arbeitslohnes beträgt 169, der Budgetindex 173,5.) Der reale Arbeitslohn der deutschen Landarbeiter beträgt heute nur 65 Prozent der Vorkriegszeit usw.

Nicht minder groß sind die Verluste der Landarbeiterschaft auch in bezug auf die Arbeitszeit.

In manchen Ländern, so z. B. in Deutschland, den Vereinigten Staaten und Italien, beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit auf den Gütern 10 bis 10½ Stunden, in anderen Ländern (England, Polen, Oesterreich) — 9 und 9¼ Stunden, in der Tschechoslowakei sogar nur 8 Stunden. Doch auch in diesen Ländern wird unter verschiedenen Vorwänden oft bedeutend länger gearbeitet. In anderen Ländern, in erster Linie in den Ländern des weißen Terrors (Ungarn, Bulgarien, Litauen) bestehen keinerlei Beschränkungen der Arbeitszeit: die Landarbeiter beginnen zu schaffen, „wenn's tagt“, und verlassen die Arbeit, „wenn nichts mehr zu sehen ist“.

Besonders schlecht ist es um diejenigen Landarbeiter bestellt, die bei reichen Bauern als Knechte arbeiten. Sie müssen buchstäblich 24 Stunden täglich ihren Brotherren zur Verfügung stehen. Außer den allgemeinen landwirtschaftlichen Arbeiten sind sie Stall- und Hofknechte, oft genug auch müssen sie in der Küche helfen und Kinder versorgen.

Die ländlichen Unternehmer beschränken sich nicht nur auf die Herabsetzung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit, sondern greifen auch die sogenannten sozialen Errungenschaften des Landproletariats wütend an. Sie sträuben sich gegen die Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Landarbeiter dort, wo sie bisher noch nicht eingeführt ist, so z. B. in Polen. Dort, wo sie bereits besteht, sind die Arbeitgeber bestrebt, die allgemeinen staatlichen Versicherungskassen durch kleine lokale Kassen zu ersetzen (Deutschland, Tschechoslowakei), oder aber die Sozialversicherung der Landarbeiter gänzlich abzuschaffen (Italien).

Außerdem sind die ländlichen Unternehmer bestrebt, ein Verbot der Gewerkschaftsorganisationen, der Landarbeiterkomitees, der Wahl von Delegierten und Vertretern durchzusetzen; sie verlangen die Aufhebung der Kollektivverträge, der Schiedsgerichte, des Einmischungsrechts der Gewerkschaften in die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern usw.

Für den erfolgreichen Kampf gegen die Landarbeiter und besonders für die Bekämpfung der Streikbewegung organisieren die Unternehmer Streikbrecherorganisationen aus Junkersöhnchen, ehemaligen Militärs, Intellektuellen, Schülern und Studenten (Polen, Ungarn, Deutschland), die die Arbeit der Streikenden tun; oder aber sie zwingen die Streikenden durch halbfaschistische Methoden (Mißhandlungen, Niederschießungen usw.) zur Arbeit.

In Italien sind die faschistischen Kampfmethoden die beliebteste Art der Einwirkung der ländlichen Unternehmer auf die Arbeiter und ihre Organisationen (Ermordungen der leitenden Funktionäre der Landarbeitergewerkschaften, Zerstörung der Gewerkschaftsräume, Mißhandlungen von Gewerkschaftsmitgliedern usw.).

Zur Zusammenfassung und Leitung dieser antiproletarischen Bewegung wurden von den ländlichen Unternehmern mächtige Grundbesitzer- und Großbauernorganisationen geschaffen (Grundbesitzerbund in Polen, Bund der Landwirte in Deutschland, Ungarn usw.). Diese Grundbesitzerorganisationen beeinflussen die Regierungen, die Parlamente und die Selbstverwaltungsorgane ihrer Länder im Sinne der Verschlechterung der Landarbeitersgesetzgebung, um sich die Unterstützung der Polizei, der Behörden und des Militärs bei ihren Kämpfen gegen die Landarbeiter zu sichern usw. Diese Organisationen sind gleichzeitig auch Urheber und Organisatoren der Streikbrecher- und Faschistenbanden, die gegen die Landarbeiter mit Mord und Totschlag vorgehen.

Es versteht sich, daß dieses aggressive Vorgehen des Agrarkapitals eine entsprechende Abwehr des Landproletariats hervorruft.

In letzter Zeit sind wir Zeugen eines neuen Erwachens der Landarbeiterschaft. Immer häufiger kommt es zu Landarbeiterstreiks (Polen, Frankreich, Ungarn).

Wenn auch die Mehrzahl dieser Streiks vorläufig noch Abwehrstreiks sind und meist mit einer Niederlage enden, so sind immerhin bereits einige Streikbewegungen zu verzeichnen, aus denen die Landarbeiter als Sieger hervorgegangen sind (Landarbeiterstreiks in Ungarn Sommer 1926, Holzfällerstreik in Norwegen u. a. m.).

Die Resolution des 7. Plenums des EKKI verweist auf die Notwendigkeit einer Belebung der Arbeit unter der Bauernschaft.

Wenn wir also die Ausarbeitung eines Aktionsplanes unter der Bauernschaft in Angriff nehmen, dürfen wir auch die Tätigkeit der kommunistischen Parteien unter den Landarbeitern nicht vergessen. Man darf sich ihren Schwierigkeiten nicht verschließen, doch muß man ihre Bedeutung im Auge behalten.

Das Landproletariat birgt gewaltige revolutionäre Kräfte in sich. Seiner Klassenlage nach ist es ein Teil des Gesamtproletariats, dem im Kampfe um den Sturz des Kapitalismus die Hegemonie zufällt. Die Landarbeiter sind diejenigen Elemente, die am besten die kommunistischen Ideen in die Tiefen der Bauernmassen tragen können. Gleichzeitig sind sie auch ein Element, das den Arbeiter- und Bauernblock, ohne den der Sieg der sozialen Revolution unmöglich ist, am besten zusammenschweißen kann.

Daher müssen alle Kominternsektionen der Arbeit unter dem Landproletariat die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden und das auf diesem Gebiet Versäumte in eifriger Arbeit nachholen.